

Über die Schwierigkeiten sich freiwirtschaftsintern und -extern zu verständigen

Tristan Abromeit

www.tristan-abromeit.de

Text 62.0

August 2008

Antworten auf verschiedene Beiträge in der NWO-Liste, die direkt oder indirekt durch meinen Text „**Brechung der Zinsknechtschaft ...**“ ausgelöst wurden . Und gleichzeitig ist dies der Anlauf, mich aus dem aktiven Diskussionszusammenhang der Freiwirtschaft zurückzuziehen, indem ich (nochmals) auf mir wichtig erscheinende Themen eingehe. Meine Lendenwirbel machen mir zwar immer wieder unangenehme Beschwerden, aber sonst geht es mir trotz Bypässe gut. Ich bin nicht lebens- aber altersmüde. Ich habe das Gefühl, daß ich bis zu meiner Beerdigung nicht alles erledigen kann, was ich glaube noch erledigen zu müssen. Da mir meine schriftlichen Bemühungen als in den Wind geschrieben erscheinen und meine Frau schon seit Jahren – zu recht - meint, ich würde mich nur wiederholen, sollte ich versuchen, einfach meine Klappe zu halten. Wenigsten darüber würden sich einige Zeitgenossen freuen. Ich hoffe ja auch noch auf eine Phase, wo ich einfach Zeit für die Enkelkinder habe und sonst nichts mehr will als mich an den Bewegungen der Bäume im Wind, an den Flug der Libellen oder im Winter an der Kristallbildung durch Tau und Frost an den Gräsern und Zweigen zu erfreuen. ¹

Anhänge in gesonderten Dateien:

1. Auszug aus: *Katechismus des gesunden Menschenverstandes* von Victor de Kowa
2. Stichwort Tabu aus Wikipedia
3. *Vergangenheit die nicht vergehen will* von Ernst Nolte
4. *chrematische Volkswirtschaft* aus Louis Rothschilds Taschenbuch für Kaufleute
5. Auszug aus *Die Bodenreform* von Adolf Damaschke
6. Anhang „*Bargeldloser Verkehr*“ aus der NWO von Silvio Gesell
7. Zum Begriff *Freiland* / Buchhinweis *Franz Oppenheimer* von Dieter Haselbach
8. *Spurensuche über die Zusammenhänge zwischen Zins und Krieg*

¹ Bis auf die Titelseite sind meine Stellungnahmen linksbündig, 1 ½ -zeilig in Times New Roman geschrieben. Zitate sind zentrisch, einzeilig in Book Antiqua gesetzt.

Über die Freiwirte

Ich fange mit einem Satz von Marco Lustenberger aus seiner Mail vom 9. 8. 2008 an. Er lautet:

Dies zur Klärung und Rehabilitation der „Anarchisten“ (die es als einheitliche Gruppe gar nicht gibt) und von denen viele uns nahe stehen. (z.B. Uwe Timm)

So ist es! So ist es aber auch mit den Schweizern, den Deutschen, den Juden etc. und den FreiwirtInnen. Die Zusammenfassung von Menschen zu einer Gruppe, zu einer Einheit geschieht immer durch Erfassung weniger Merkmale und unter Weglassung von Trennendem.

Nicht nur die Außenwelt wirft nun der locker gefügten Freiwirtschaftsgemeinschaft Dinge vor, die bei einzelnen Mitgliedern (organisiert oder nicht) vorkommen mögen, aber nicht vorkommen müssen. Der Frust mit den geringen Fortschritten bei der NWO-Realisierung und die häufig auftretenden Verständigungsschwierigkeiten bei Themen der Theorie und Strategie führt dann da zu, daß wir uns gegenseitig beschimpfen als Leute von gestern, Dogmatiker, Blinde, Unbelehrbare usw.

Ähnliches hatte ich auch aus mehreren Mails von B.C. herausgelesen, wobei mich die Tonlage und „die Freiwirte“ störte und nicht der Inhalt - soweit er sachlich begründet war -. Ich habe dann am 2. 8. in einer Stellungnahme zu den Schwierigkeiten mit dem Dateiformat meines Textes geschrieben:

„Es ist nicht erfreulich, wenn man sich bemüht, von B. C. dann auch noch wegen technischer Mängel angeblafft zu werden.“

B. C. hat dann geantwortet:

„Tut mir leid, ich war wohl nicht gut drauf (auch etwas genervt, daß ich die Dateien nicht öffnen konnte, auf die ich neugierig war). Ich bitte um Entschuldigung.“

Anstatt nun einfach zurückzufunkeln: i. O. habe ich – weil ich gleichzeitig erklären mußte, daß Anselm. Rapp gar nicht gemeint war - geantwortet:

„Hallo Anselm Rapp und B. C. !

Ich war auch wohl nicht gut drauf. Aber von Ihnen Anselm Rapp fühlte ich mich auch gar nicht angeblafft. Daß ich Sie, B. C. , meinte habe ich auch zum Ausdruck gebracht. Aber hier wirkte vermutlich nicht nur ihre aktuelle Mail, sondern auch vorangehende nach. Ich habe manchmal das Gefühl, daß Sie hochnäsiger und besserwisserischer argumentieren. Es kann aber sein, daß sich mein Ohr nicht genügend auf ihre Tonlage eingestellt hat.“

Das war zwar ehrlich von mir empfunden, aber unklug es auch zu sagen. Denn wer läßt sich schon gerne als hochnäsiger oder besserwisserischer beurteilen. Ich räume mit dem letzten Satz zwar ein, daß meine Wahrnehmung falsch sein kann. Und die Überlegung, ob die eigene Wahrnehmung richtig ist, induziert doch auch die Frage, wie man selber wahrgenommen wird – vielleicht auch besserwisserischer. Es ist aber eben nicht immer leicht einen Balance zwischen Höflichkeit und Ehrlichkeit zu finden. In einer Kommunikation, die von Dauer sein und Gutes bewirken will, darf die Verbindlichkeit nicht zur Lüge werden.²

Worauf ich hinaus will: Ich kenne von den zahlreicher werdenden Freunden der Freiwirtschaft keine zwei, die einen identischen Inhalt im Kopf oder eine identische politische oder weltanschauliche Ausrichtung haben. Und da wo die Ähnlichkeiten dieser Inhalte groß ist, ist in der Regel noch die Form, in der sich die Inhalte äußern sehr verschieden. Folglich ist es auch unsinnig die FreiwirtInnen – intern – kollektiv zu beschimpfen. Trotzdem muß natürlich interne Kritik an einzelne Freunde, Gruppen, Inhalte oder Maßnahmen möglich sein. Denn mein Eindruck ist der, daß unser geringer Erfolg auch darauf zurückzuführen ist, daß unser Einsatz für das große Ziel einfach nicht optimal, manchmal unsicher, manchmal überheblich und zu oft verzagt und ängstlich ist.

Wir wissen oder glauben zwar, daß wir eine gut und heilsam wirkende Idee vertreten,

2 Aus einer Mail von B. C. hatte ich auch den Vorwurf herausgehört, daß die Freiwirte das Modell der konkurrierenden Währung ignorieren oder blockieren. Das ist so nicht richtig. Wenn der Wettbewerb eine Bedingung der Freiheit ist, dann ist es erst einmal logisch auch konkurrierende Währungen (in einem Wirtschaftsraum / einer Volkswirtschaft) zu fordern. Sogar die Einführung der direkten Demokratie entspricht ja dem Gedanken der Konkurrenz in der Gesetzgebung. Konkurrierende Währungen in einem Geltungsbereich sind nach meiner Einsicht nur möglich, wenn es sich um Warenwährungen handelt, die aus knappen Gütern wie Edelmetalle bestehen. Ich kann damit aber weder eine Preisniveaustabilität noch stabile Wechselkurse (Fixierte Wechselkurse sind „Teufelszeug“!) ermöglichen. Das Zentralbankmonopol ergibt sich aus der Unmöglichkeit konkurrierende Papierwährungen in einem Geltungsbereich zu installieren. In einem der *espero*-Ausgaben habe ich versucht, das näher (aber noch nicht zufriedenstellend) auszuführen. www.utespero.de

uns genügt aber nicht unsere Selbsteinschätzung, sondern wir möchten auch als die guten Deutschen anerkannt werden, reagieren deshalb sauer auf interne und externe Personen, die scheinbar oder tatsächlich ein Hindernis auf diesem Weg der öffentlichen Anerkennung sind. Und am liebsten möchten wir für unser Wollen und Tun noch Orden von denen umgehängt bekommen, von denen wir glauben, daß sie durch ihre praktische Unfähigkeit oder ihren korrupten Geist unsere Gesellschaft in den erneuten Ruin führen.

Der abgebaute Staat

B. C. an Edgar Betz am 24. 7. 08:

B. C. Vorweg:

- >> Gesell hatte übrigens in seinem letzten Werk ganz
- >> andere Vorstellungen entwickelt als in seiner NWO
- >> und würde sicherlich heute auf diesem Weg noch
- >> weiter gegangen sein, aber dies nur nebenbei.

E. B. Rückfrage:

- >Pardon, bitte nicht das wichtigste und zugleich unbekannte
- >Werk nebenbei. Darf ich erfahren, um was es sich da handelt?

B. C. Die Antwort:

Hierbei handelt es sich selbstverständlich um das Werk „Der abgebaute Staat“ (nicht das viel frühere "Der Abbau des Staates"), das Gesell unter seinem Pseudonym Acratillo veröffentlicht hat (glaube ich -- bin auch Mystiker! ;-)) --denn ich habe das Buch nicht zur Hand zur Überprüfung und lange nicht gelesen, es liegt in meinem "Tresor"), in welchem Gesell ein privates rein marktwirtschaftliches, nicht ein staatliches, Konzept entwickelt um welches die meisten Gesellianer als brave Bundesbürger herumschleichen wie die sprichwörtliche Katze um den heißen Brei. Bei einem INWO-Kongreß in Konstanz vor Jahrzehnten [im berühmten Konzilssaal! kein besserer Ort ließe sich somit finden... ;-)] ! Übrigens eine sonst wie absolut großartige Veranstaltung] wurde dieses Buch sozusagen von der Kanzel herunter verdammt; ich glaube (schon wieder!) mich zu erinnern, daß es einer der Gebrüder Vogel war, also ein Anthroposoph, was in mancher Hinsicht doch eher etwas überrascht. Aber es ging darum, die breite Öffentlichkeit, um die geworben werden sollte, nicht vor den Kopf zu stoßen. Wie sich inzwischen doch die Zeiten geändert haben und derzeit besonders schnell weiter verändern bei der Jugend, was man in punkto freiheitlicherer Lösungen der Menschheit zumuten kann, nicht unbedingt so sehr in Deutschland, wo seit Jahren jährlich hunderttausende junge besonders Tüchtige das sinkende Schiff verlassen wie ehemals die DDR...

1. Ich war auch in Konstanz auch auf dieser Veranstaltung (oder gab es mehrere ?) und kann mich nicht an eine Verdammung von Gesells Schrift „Der abgebaute Staat“ erinnern. Das schließt aber nicht aus, daß eine solche Verdammung stattgefunden hat. Aber wenn solches geschehen ist, dann ist es doch ein großer Unterschied, ob diese Verdammung von einem Vortragenden, einem Diskussionsredner oder als Beschluß mehrheitlich von der Tagungsgemeinschaft vorgenommen wurde.
2. Die Menschen, die für sich das Thema „Freiwirtschaft“ entdecken, haben doch einen ganz unterschiedlichen sozialen, beruflichen, geistigen und politischen Hintergrund. Das bedeutet, daß sie auch unterschiedliche Elemente des Gesellschaftsmodells *Freiwirtschaft* für sich entdecken und als Arbeitsthema wählen. Freiwirtschaft ist eben nicht nur: Lösung der Bodenfrage und des Geldproblems. Da in den letzten Jahren die *Wirkungen des Zinses* das Schwerpunktthema unter den NWO-Freunden war, haben manche Neuzugänge gar nicht so recht mitbekommen, daß es auch noch das Bodenrecht, das Patentrecht, die Sicherung der Freiheit – eben die gesamtgesellschaftliche Ordnung zu beackern gilt. (Und ohne Gesamtordnung erstickt die Freiheit im Chaos oder Willkür von Machtgruppen.)
3. Der Staat der eine Hilfskonstruktion der Gesellschaft der Freien (Franz Oppenheimer)³ sein soll, wird ja immer wieder zum Problem. Ich selber denke, daß wir nicht ganz ohne Staat (oder eine ähnliche Konstruktion) auskommen können. Das hängt damit zusammen, daß wir nur zwei reine Formen der Koordination einzelwirtschaftlicher Aktivitäten zur Verfügung haben. Die eine, die Zentralverwaltungswirtschaft kommt ohne einen diktatorischen Staat nicht aus. Das liegt an seiner Logik der Planung. Aber auch die andere, die Verkehrswirtschaft ist auf Zusammenhänge - die über die Einzelwirtschaft hinausgeht - angewiesen. Dies liegt bei der Marktwirtschaft daran, daß hier die Kooperation der Einzelwirtschaften über das Instrument *Vertrag* läuft und für die Erleichterung des Verkehrs eine Normierung vieler Sachverhalte erforderlich ist. Es würde das marktwirtschaftliche System unmöglich machen, wenn alle Vertragspartner für ihre Beziehungen untereinander erst ein Vertragsrechts- und Normierungssystem ent-

3 Das Wortpaar Gesellschaft der Freien ist von Oppenheimer. Diese Gesellschaft gibt es erst, wenn der Staat, der auch noch als Verfassungsstaat ein Klassenstaat ist, abgestorben ist. Der Staat ist nach ihm Ausdruck der politischen Ökonomie. Die reine (ausbeutungsfreie) Ökonomie gibt es erst nach der Überwindung der politischen Ökonomie. Ich glaube Dieter Haselbach stellt das alles in seinem Buch „Franz Oppenheimer / Soziologie / Geschichtsphilosophie und Politik des 'liberalen Sozialismus'“ in Frage. Ich kann das aber noch nicht beurteilen, weil ich das Buch bisher nur angelesen habe.

wickeln müßten. Und auch wenn sie es könnten, wäre damit die Durchsetzung dieses Rechts- und Normierungssystem noch nicht gesichert. Wir können uns jetzt zwar vorstellen, daß die Einzelwirtschaften Verbände gründen, die diese Arbeit für sie übernehmen. Der Gültigkeitsbereich und die Durchsetzungsmacht dürften immer zu klein sein.

4. Wenn wir den schlanken – in seiner reduzierten Form aber starken (das heißt vor allem nicht bestechlichen, auf seine notwendigen Aufgaben beschränkten, aber durchsetzungsfähigen) – Staat für notwendig halten, dann können wir auf die libertäre Literatur – auch wenn sie manchmal überzieht oder ins Nirgendwo landet – nicht verzichten. Wo sollen wir uns unsere Schlankheitspillen für den Staat denn sonst holen?
5. Gesells beide Schriften über den Staat habe ich auch schon lange nicht mehr gelesen, und ich könnte sie somit hier nicht referieren. Ich bin aber davon überzeugt, daß man diese Arbeiten nicht verstecken muß, aber auch nicht einfach als Modell für das nehmen kann, was die kommenden Generationen zu leisten haben. Aber in Zeiten, wo das ganze Anliegen der NWO verloren zu gehen drohte, war es bei der vorhandenen Staatsgläubigkeit durchaus sinnvoll, diese Titel nicht besonders zu propagieren.

Links liegen lassen

Nochmals zu Marco Lustenberger und seine Überschrift:

„Liegen lassen ist richtig. Aber weder links noch rechts“. Josefs Hüwes Antwort

„Lieber Herr Lustenberger,
mit links meinte ich hier nicht die politische Schublade. Der Ausdruck
'links liegen lassen' ist mir seit Jahrzehnten als Synonym für
'ignorieren' geläufig.“

ist richtig. Im Wikipedia heißt es dazu:

Warum heißt es "links liegen lassen"? Kann man auch was rechts liegen lassen?
Oder werden hier wieder mal latent die Linkshänder diskriminiert?

- Beste Antwort - Ausgewählt durch Abstimmung
- Ja! Das ist so! Links war viele Jahrhunderte negativ bewertet und deshalb sind auch so viele Begriffe dementsprechend ("linker Hund" etc.). Klar ist das so. Ein anderes Beispiel ist das Wort sinister für unheilvoll oder unglücklich. Das lateinische Wort sinister heißt nämlich links. Wenn

jemand unbeholfen ist, ist er nicht 'rechtisch', sondern 'linkisch'. Wenn meine Vorgehensweise in Ordnung ist, ist sie nicht 'linkig', sondern 'richtig'. Das juristische Regelwerk heißt ja auch nicht 'Link' und Gesetz, sondern 'Recht' und Gesetz. Das rührt daher, dass 70 Prozent aller Menschen Rechtshänder sind.

Freiwirte verpißt Euch, ...

Dann zu dem Satz:

Freiwirte verpißt Euch, keiner vermißt Euch!

1. Diese Aussage ist unehrlich. Denn die Menschen, die so reden, brauchen uns als Projektionsfläche für ihren Haß, der seine Entstehung in der Erziehung haben kann, aber auch in der Wahrnehmung gesellschaftlicher Ungerechtigkeit, der man machtlos gegenübersteht. Wenn wir verschwinden würden, müßten sie sich ja eine neue Projektionsfläche schaffen. Ich halte es für möglich, daß solche Haß-Kranken von Leuten manipulierend eingesetzt werden, die sich selber bedeckt halten. Wenn das Verhältnis zwischen dem „schwarzen Block“ und den Rechtsradikalen anschauen, dann ist hier leicht auszumachen, daß sich Linke und Rechte für ihren jeweiligen Haß gegenseitig die Projektionsfläche liefern. Als gegenseitig Abhängige bilden sie eine Einheit. Ich verstehe daher nie so recht, wenn Pastoren und andere kluge Leute Linksradikele in ein Bündnis gegen Rechte aufnehmen.
2. Es ist gut, daß wir solche Diskriminierungen erfahren, weil wir so die Chance haben, ein vertieftes Verständnis für diskriminierte Minderheiten – seien es Juden, Zigeuner, Schwarze⁴ usw. - zu entwickeln.
3. In einer konkreten Situation muß man auch fähig und in der Lage sein, es solchen Leuten mit gleicher Münze zurück zu zahlen. Das kann (muß nicht in jedem Fall) den Effekt haben, daß mich der Schimpfende als einen Menschen wahrnimmt, der bereit ist, auf gleicher Augenhöhe mit ihm zu verhandeln. (Ich wollte nun ein Beispiel für eine mögliche Antwort geben. Ich unterlasse es, um empfindliche Gemüter zu schonen.)

Vielleicht wäre es eine erfolgreiche Strategie, wenn wir per Anzeigen die bekannten

4 Ich weiß die Bezeichnungen Zigeuner – die sich jedenfalls zum Teil selber so nennen – und Schwarze ist ein Verstoß gegen die politische Korrektheit. Die politische Korrektheit ist aber mehr ein Herrschaftsmittel, als ein solches zum Schutze von Minderheiten.

NWO-Verleumder namentlich zu einer offenen Verhandlung über die Vorwürfe einladen würden. Auch wenn sie nicht erscheinen, können wir dadurch zeigen, daß wir keine Angst vor ihnen haben, und daß wir eine Auseinandersetzung mit ihren Vorwürfen nicht scheuen und auch keinen Grund haben, sie zu scheuen..

Neue Namen sind kein Schutz ...

Ein Teil der NWO-Freunde meinen ja nun, die ungerechtfertigten Vorwürfe gegenüber der Freiwirtschaft und auch die Versuche der Lächerlichmachung von Seiten der „Wissenschaft“ hingen fest verklebt an die alten Namen und Bezeichnungen, so daß sie neue Bezeichnungen für das alte Anliegen gesucht haben oder noch suchen. Ich selber halte nicht viel davon, weil die Wiedererkennung des Inhaltes dadurch erschwert wird und die alten Verleumdungen bald auf die neuen Namen übertragen wurden und werden.

Ich selber habe nichts dagegen „Freiwirt“ genannt zu werden. Das war nicht immer so. Es war ein langer Prozeß von vielen Jahren, bis ich mir eingestehen konnte. „Ja, du gehörst zu diesem Haufen von Weltverbesserern, die immer über die eigenen Füße stolpern!“ Das Gute an der Freiwirtschaft ist, daß sie nicht nur ein bisher unübertroffenen sozialökonomischen Leitfaden zu bieten hat, sondern in ihr können Menschen auch stillschweigend oder bekennd Christen, Atheisten, Anarchisten, Liberale oder Sozialisten sein, sofern sie das Grundgerüst freiwirtschaftlicher Erkenntnis teilen oder fortführen. Und noch etwas: Die Schuld und das Versagen der Freiwirtschaft sind im Vergleich zu anderen weltanschaulichen, religiösen und politischen Vereinigungen und Orientierungen noch überschaubar und das Potential zum Guten noch groß.

(Nebenbei: Demnächst werde ich zum 60. Jahrestag meiner Konfirmation fahren, aber nicht am Abendmahl teilnehmen, weil ich schon in den 50er Jahren aus der Kirche ausgetreten bin. Ich war damals gekränkt, weil der Notar seine Gebühren nach der ersparten Kirchensteuer berechnet hat. Mir ging es aber um das Glaubensbekenntnis, das ich für mich nicht akzeptieren konnte. Da ich in einem katholischen Dorf groß geworden bin, werde ich wohl ein Treffen mit meinen katholischen Mitschüler (Volksschulabschlußjahr 1948) organisieren.)

Reform der Geldreform?

Edgar Betz schrieb am 7. 8. 08:

Lieber Tristan Abromeit,

gestatten Sie, dass ich auf diese Mail antworte.

Schließlich sandten Sie diese wegen anderer Antworten auch an die NWO-Liste.

> ...Giralgeld ist kein Geld, sondern Guthaben oder Kredit)...

Ihre Feststellung, dass Giralgeld kein Geld ist, ist nur die halbe Wahrheit und wird nur dann richtig, wenn Sie - kein Bargeld sagen, was m. E. auch einer der Hauptgründe ist, warum die Freiwirtschaft so wenig angenommen wird.

Dieses scheinbar unumstößliche Dogma werde ich in meinen übernächsten Zukunftsgedanken (ZG 9) als Halbwahrheit zu entlarven versuchen und über Geld im allgemeinen - sowie darüber, wie GOLD zu GELD wurde - und über dessen Besitzanspruch (wenn nicht im rechtliche Sinn gestohlen), aufzuklären:

...

Wenn wir behaupten, dieses oder jenes sei eine Halbwahrheit, dann können wir dies doch nur dann sagen, wenn wir die ganze Wahrheit kennen. Wir können sonst die Halbwahrheit als solche nicht erkennen. Natürlich ist die Aussage „Giralgeld ist kein Geld, sondern Guthaben oder Kredit“ erst einmal nur eine Behauptung. Eine Behauptung können wir aber nicht dadurch für unsinnig erklären, daß wir eine Gegenbehauptung aufstellen. Wir müssen uns schon bemühen, daß Gegenteil zu beweisen. Da fangen die Schwierigkeiten aber an. Es hat in der Geschichte der Freiwirtschaft schon so viele Auseinandersetzungen um dieses Thema gegeben, daß ich annehme, daß dieses Problem sich nicht mit den Mitteln einer schriftlichen oder mündlichen Diskussion klären läßt. Es ist aber so, daß die ganze freiwirtschaftliche Theorie für die Katz ist, wenn die „Giralgeldschöpfer“ recht haben. Die Indexwährung ist nur möglich, wenn die Geldmenge quantifizierbar ist. Wenn aber noch andere Dinge wie Banknoten und Münzen Geld sind, fällt die Quantifizierbarkeit weg. Die Notenbankpolitik wird dann zur Metaphysik. Man braucht gar nicht leugnen, daß die Mehrheit jener Leute, die sich mit dem Thema Geld befassen, glauben, daß Giralgeld Geld ist. Damit ist diese Ansicht aber noch nicht sachlich richtig. Zum Beispiel ging der ehemalige Bankier von Bethmann davon aus, daß alles Geld ist, womit man bezahlen kann. Nach dieser Definition ist das Kind, daß eine hungernde Familie gegen eine Kuh eintauscht, auch Geld.

Wenn jemand als Reformator eines Geldreformators auftritt, dann kann er nicht einfach die Spaltung der Geldreformaktivisten in Giralgeldschöpfer und die Verneiner dieser Möglichkeit übergehen. Er muß klar bekennen von welcher Position er ausgeht und warum er sich für A oder B entschieden hat. Mit dieser Begründung hätte er dann soviel Schwierigkeiten, daß er gerne freiwillig verzichten würde, ein Reformator des Reformators zu sein.

Außerdem: Wenn die Giralgeldschöpfung möglich wäre, könnten sich die Giralgeldschöpfer aus dem Güter- und Leistungsstrom bedienen, ohne eine Gegenleistung hinzuzufügen. Das wäre ein Fall für den Staatsanwalt (Karl Walker). Dieser könnte dann alle anderen Diebstähle zu Bagatellsachen erklären und bräuchte sie darum nicht mehr zu verfolgen, sondern nur noch die Giralgeldschöpfer verfolgen.

Helmut Creutz zur Anpassung ...

Ich erleichtere mir jetzt die Argumentation und füge die Antwort vom von Helmut Creutz ein:

Lieber Edgar Betz,

auch wenn ich mir vorgenommen hatte, mich nicht mehr mit ihren Ideen zu befassen, möchte ich - ausgehend von Ihrer Mail vom 8. d.M. an Anselm Rapp - doch noch einmal auf einige ihrer Passagen "zur Anpassung der Freiwirtschaft an das Heute" eingehen.

Sie schreiben:

- > "Kein Schwund auf alles (auch der Armen) Geld. Das schreckt ab. Keine
 - > Umlaufgebühren, die zu steter Kaufhandlung führen. Vielmehr Geldnutzungs-
- > Gebühren auf das zur Vermehrung angelegte Geld (Zins- und Spekulation),
- > weil das zum Kauf ausgegebene Geld eh schon zweckerfüllend umläuft."

Damit entwickeln sie aber das Freiwirtschafts-Programm nicht weiter, sondern stellen es förmlich auf den Kopf! Denn statt die Bargeldhaltung und Zurückhaltung mit "Schwund" zu belasten (ich weiß nicht, wer diesen unglücklichen Ausdruck außer Ihnen heute noch benutzt!), wollen sie das bei jenem Bargeld tun, das man bei den Banken anlegt und damit der Wirtschaft wieder zur Verfügung stellt! - Das heißt: Bargeld kann nach Ihrer Sicht in jeder beliebigen Menge gehalten und sogar dem Kreislauf entzogen werden, mit Gebühren bestraft werden nur diejenigen, die es zur Bank bringen!

Auch mit Ihrer Auffassung, dass das "ausgegebene Geld eh schon zweckerfüllend umläuft" stellen Sie die Realitäten auf den Kopf. Denn von dem ausgegebenen Bargeld, dass man zwar als "umlaufend" bezeichnet, läuft in Wirklichkeit weniger als die Hälfte um! Das hat bereits 1995 eine von der Bundesbank veröffentlichte Untersuchung gezeigt, nach der alleine 35 bis 40 Prozent der DM-Bestände ins Ausland verschwunden waren, von den im Inland gehaltenen Bargeldbeständen in kriminellen- und Steuerhinterziehungskassen usw. nicht zu reden. Ebenfalls zeigte sich das beim Umtausch in den Euro, als man vorher rund die Hälfte der gesamten DM-Bestände abgebaut hatte, ohne dass es zu irgendwelchen Engpässen in der Wirtschaft gekommen ist.

Ein weiteres Indiz für diese riesigen und von Ihnen bestrittenen Bargeld-Hortungen ist der Tatbestand, dass das Gros der vor dem Umtausch abgebauten Gelder aus 500- und 1000-DM-Scheinen bestand. Und der Wiederaufbau dieser Hortungen lässt sich daran ablesen, dass bis 2007 allein die 500-Euroscheine wieder 40 Prozent der gesamten Bargeldmenge erreichten! -

Gerade im Hinblick auf die angesprochenen "80 Prozent Draufzahler", müsste Ihnen das nicht auf den Kopf gestellte Gesell-Modell doch besonders gut gefallen. Zwar würden diese 80 Prozent der Haushalte bei einer Kassenhaltung von z.B. 1.000 Euro und einer sechsprozentigen Gebühr p.a. mit 60 Euro belastet, aber die Zinsbelastungen, die heute bei ihren Ausgaben von z.B. 30.000 Euro mit 40% = 12.000 Euro p.a. zu Buche schlagen, würden sich nach und nach abbauen.

Auch die von Ihnen angesprochenen riesigen Finanzmarkt-Spekulationen in vielstelliger Milliardenhöhe, die heute keine Anlagemöglichkeiten auf den normalen Märkten mehr finden, würden als Folge sinkender Zinseinkommen nicht mehr in dieser Weise weiter wuchern und schließlich sogar langsam abschmelzen. Mit einer internationalen Besteuerung der Spekulatonsvorgänge, wie sie unter dem Begriff "Tobinsteuer" häufig diskutiert wird, könnte dagegen nur die Hektik der Vorgänge entschleunigt werden. - Die vielmals wirksameren Absenkungen der Zinsen können jedoch nur dort bewirkt werden, wo sie auch entstehen, nämlich bei den ständig wiederholbaren leihweisen Freigaben des Bargeldes! -

Weiterentwicklungen und neue Ideen sind auf allen Gebieten immer zu begrüßen, aber nur dann, wenn sie auf den Realitäten aufbauen!

In diesem Sinne mit besten Wünschen und Grüßen

Helmut Creutz

Und ergänze mit einem späteren Mail vom 13. 8. 08:

Lieber Edgar Betz,

es tut mit leid, aber auf dieses verwirrende Durcheinander von Fakten,

Vermutungen und Phantasien kann ich beim besten Willen nicht eingehen. - Sie wollen die ganze Welt und den Menschen nach Ihren schwer nachvollziehbaren

Vorstellungen verändern, mir geht es lediglich um die Korrektur eines geldtechnischen Fehlers, die zu einer Verstetigung des Geldkreislaufs und -daraus resultierend - zu einem marktgerechten Absinken der Zinssätze und in deren Folge zu einem Nachlassen des Wachsumszwangs und der sozialen

Spannungen führt!

Mit besten Grüßen

Helmut Creutz

Ich habe diese Anmerkung auch deshalb deutlich gemacht, daß es auch in der Freiwirtschaft den gesamtgesellschaftlichen Ansatz zur Betrachtung gibt und die Konzentration auf das Detail. In der gesamtgesellschaftlichen Betrachtung können sich leichter Spekulationen einschleichen als in der Arbeit am Detail.

Wie Sonntagsprediger

Lieber Edgar Betz, Sie machen es wie die Sonntagsprediger, Sie greifen ein aktuelles oder auch scheinbar am Rande liegendes Thema auf und so wie die Theologen dann immer noch die Kurve zur Bibel oder zu Gott bekommen, so schaffen Sie es, Ihre Zukunftsgedanken an ihren Einlassungen anzuhängen. Damit lösen Sie bei mir inzwischen die Reaktion „Klappe zu, Affe tot!“ aus. Das ist bedauerlich, denn neben Ihren – aus meiner Sicht – verkehrten Ansichten zum Geld, haben Sie sicherlich auch Richtiges mitzuteilen. Mir ist dabei aufgegangen, daß so wie ich und auch andere Listenteilnehmer auf ihre Zukunftsgedanken reagieren, Empfänger außerhalb der Freiwirtschaft auf Briefe reagieren, in denen wir hinter jeder Mitteilung auch formelhaft die freiwirtschaftliche Botschaft anhängen.

Von der Wahrnehmung

Wer sich an einer Gesprächsrunde – in schriftlicher oder mündlicher Form – beteiligt, möchte auch wahrgenommen werden. Das ist eine ganz natürliche Sache. Und wer etwas sagt, muß davon überzeugt sein, daß das, was er sagt, von Bedeutung ist. Aber ob es wirklich von Bedeutung ist, entscheidet letztlich nicht der Sender einer Nachricht, sondern die Empfänger. Nun tritt ja nicht selten der Fall ein, wo die Empfänger die gesendete Botschaft nicht – oder zur Zeit noch nicht – verstehen und der Sender – hoffentlich nach nochmaliger Überprüfung – bei seiner gesendeten Wahrheit bleibt. Ihm fallen

dann berühmte Leute ein, die von dem schwierigen Weg einer neuen Erkenntnis in die Öffentlichkeit gesprochen haben. Man denkt dann: „Ja, so ergeht es auch mir mit meiner Erkenntnis!“ Zu leicht wird dann übersehen, daß die allgemeine Aussage von dem schwierigen Weg des neuen Gedankens keine Garantie dafür ist, daß unser eigener neuer Gedanke, der auf Schwierigkeiten stößt, auch ein richtiger Gedanke ist. Es hat auch durchaus seinen Sinn, daß das Neue um Anerkennung ringen muß. Würden die Menschen nämlich alles gleich realisieren, was ihnen einfällt, gäbe es vermutlich ein Chaos mit Mord und Totschlag. Nun gibt es Gesprächsteilnehmer, die ihre eigenen möglichen Beiträge zu gering schätzen oder gehemmt sind. Die Gruppe müßte diese Teilnehmer zu Beiträgen ermuntern. Das ist in einer E-Mail-Liste aber schlecht möglich, weil diese Teilnehmer nicht von jenen zu unterscheiden sind, die die Liste nur als Unterhaltungs- oder Nachrichtensender nutzen und darum nichts von sich hören lassen. Um die Mitglieder, die zur Geschwätzigkeit neigen – ich kenne in unserer Liste keine – braucht man sich keine Sorgen zu machen. Die Aktiven der Liste oder solcher aus anderen Gesprächsrunden reagieren in unterschiedlicher Weise bremsend darauf. Dann noch etwas: Ich denke, die meisten Menschen, die bewußt denken, hoffen, daß sie auch einmal originäre Gedanken produzieren. Wenn wir aber bedenken, wieviel Abermillionen Menschen vor uns schon gedacht haben und wieviel Abermillionen Menschen jetzt neben uns denken, dann ist der originäre Gedanke schon mehr als ein Sechser im Lotto. Wir können schon froh sein, wenn uns eine originelle Formulierung eines schon x-mal vorgetragenen Gedankens gelingt. Und wenn wir dann Pech in diesem Glück haben, trägt unser Denken zum Ruhm anderer bei.

Über die Zielerreichung

Ich hatte am 7. 8. 08 geschrieben:

Hallo Volker Freystedt!

Von unten nach oben ist immer gut. Nur muß man für diese Methode auch einen erfolgreichen Weg haben. Geldreform, Bodenrechtsreform und neues Patentrecht haben einen zentralen Ansatz. Wir sind noch nicht auf dem Weg "von unten nach oben", wenn wir den Inhalt mit einem neuen Namen anbieten.

In unserem Fall muß man Dinge anbieten, die scheinbar gar nichts mit unserem Hauptanliegen zu tun haben, die die Anbieter aber als sympathische Träger einer übergeordneten Idee erkennbar machen.

Volker Freystedt, Sie antworteten ebenfalls am 7. 8. 08

Lieber Tristan Abromeit,

ob ein Weg erfolgreich ist, wissen wir ja immer erst, wenn wir ihn gegangen sind. Vorher brauchen wir eine Vision, wo wir hin wollen - die haben wir alle (hoffe ich zumindest). Dann geht es an die Überlegung, mit welchen Mitteln und mit welchem Konzept man dieses Ziel erreichen zu können glaubt - und da kommt es zu ganz grundlegenden Weichenstellungen.

Die einen versuchen, "oben" Überzeugungsarbeit zu leisten, weil dort die Hebel gestellt werden - die anderen fangen lieber "unten", im Kleinen an, weil da leichter etwas bewegt werden kann, was dann Vorbildcharakter haben könnte. Kann und könnte - denn eine Garantie hat niemand, dass sein Weg zum Ziel führt. Und oft ist der Weg einfach länger als gedacht, und gerade wenn man meint, das Ziel würde nie auftauchen, kommt eine Biegung - und dahinter ist völlig überraschend das Ziel!

Gerade in gesellschaftlichen Dimensionen muss man wohl in Generationen statt in Jahren denken! Und oft ist - leider - erst die Krise und die Katastrophe der entscheidende Katalysator.

Es bleibt spannend!
Beste Grüße,
Volker Freystedt
EQUILIBRISMUS e.V.

Ja, so ist es. Wir sind aber weder auf das Ziel, das sich hinter der Biegung zeigen könnte, vorbereitet, noch haben wir uns auf die langfristige Generationen übergreifende Arbeit eingestellt. Das überraschend sichtbar werdende Ziel kann auch ein Teilziel sein, z. B., daß wir als Berater der Politik ernst genommen werden.

Aus mündlicher Überlieferung weiß ich, daß die Bundesbank in den ersten Jahren ihres Bestehens Freiwirte zu einem Beratungsgespräch über Währungsfragen eingeladen hat. Diese Beratung war ein Fiasko, weil die Freiwirte sich vor den Bundesbankern über das Giralgeld stritten. Ihnen wurde empfohlen, ihre Differenzen erstmal zu Hause zu klären.

Versagen der Freiwirtschaft in der Wende und danach

Die Wende in der DDR konnte man durch Glasnost und Perestroika, die 1986 in der Sowjetunion eingeleitet wurde, ahnen. Auf dem Ev. Kirchentag in Berlin vor der Wende

habe ich gedacht: „Wenn die Kirchentagsbesucher aus dem Westen nicht nach Hause fahren, sondern einfach vom Weg abbiegen und sich in der DDR verteilen, dann bricht sie zusammen.“ Trotzdem: Wissen konnte man von dem baldigen Zusammenbruch der DDR nicht. Da ich mich vorher aber schon mit den Themen „Glasnost und Perestroika auch in der Bundesrepublik“ und „Glasnost und Perestroika auch in der Währungspolitik“ war ich – als das Ereignis hinter der Wegbiegung sichtbar wurde – in der Lage, im Dezember 1989 eine Empfehlung für die DDR-Bürger auf 100 einzeilig beschriebenen Schreibmaschinenseiten vorzulegen. Der Titel: „Darauf kommt es an! Gedanken eines Bürgers aus der Mängel-Demokratie BRD für die Bürgerinnen und Bürger der Entwicklungsdemokratie DDR / gegen die strukturelle Ausbeutung und Unterdrückung für eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“. ⁵ Es wäre bei ein paar Dutzend Fotokopien geblieben, wenn Hein Beba von der INWO nicht für den Druck von ein paar hundert Exemplaren im DIN A 5-Format gesorgt hätte. Aber diese Anzahl von Exemplaren war in der konkreten Situation auch noch für die Katz, es hätten ein paar hunderttausend sein müssen. Und das Thema Informationsbus, daß die Mehr Demokratie eV später (oder schon?) erfolgreich praktizierte (praktiziert hatte), hatte ich schon lange versucht in freiwirtschaftliche Köpfe zu verankern. Druckerzeugnisse erhöhen in der Regel ihre Resonanz, wenn sie mit Aktionen gekoppelt sind oder solchen zugeordnet werden können. Ich erzähle die Geschichte nicht als Klage oder Anklage, sondern um zu verdeutlichen, daß wir auf freiwirtschaftliche Eingriffsmöglichkeiten, die hinter der Wegbiegung liegen und daher für uns noch nicht sichtbar sind, organisatorisch vorbereitet sein müssen, wenn wir nicht wollen, daß alle unsere Chancen nutzlos verpaßt werden. Für die Währungspolitik bedeutet das, daß wir – so lange die Giralgeldfrage nicht eindeutig geklärt ist – in der Beratung und Praktizierung eine Priorität setzen. Da die Annahme, daß Giralgeld kein Geld ist, weniger staatliche Eingriffe erfordert und eine Ausweitung der Umlaufsicherungsmaßnahmen auf Giral- oder Buchgeld immer noch möglich ist, sollte – um eine Selbstblockierung zu vermeiden – das ältere freiwirtschaftliche Verständnis von Geld den Vorrang haben.

Das sowohl Glasnost und Perestroika in den ehemaligen Ostblockländern und auch die Wende in der DDR, die zu ihrer Einverleibung in die BRD und dem Verrat am Grundge-

5 Danach erschienen weitere Schriften. Ich nenne zwei, die ich auf Anhieb gefunden habe: „Offener Brief an die ReformenInnen in Osteuropa / Gedanken zu einer Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“, Januar 1990, von Werner Onken und „Überlegungen zu einer modernen Wirtschafts- und Währungsordnung in der DDR ...“, Mai 1990, von Elimar Rosenbohm

setz führte, nicht optimal gelaufen sind, können wir uns auch als ein Versagen der Freiwirtschaft ankreiden lassen. Es hat aber keinen Zweck, darüber in Depressionen zu fallen, weil dadurch unser Versagen nur noch größer wird. Es gibt immer wieder aktuelle Anlässe, wo die Freiwirtschaft – wenn sie denn endlich zu arbeitsfähigen Einheiten herangewachsen ist – beratend und helfend eingreifen könnte. Ich habe noch nichts davon gehört, daß eine Delegation von Freiwirten (natürlich auch immer in weiblicher Form) auf dem Weg nach Bolivien ist, um dem Präsidenten Evo Morales zu helfen, daß sein Land nicht in einen platten Sozialismus oder in einen Bürgerkrieg endet. Gleiches gilt auch für den „Bischof der Armen“, den „linksgerichteten ehemaligen katholischen Bischof“ in Paraguay, der dort Präsident des Staates wurde. (HAZ vom 16. 8. 08)

Friedensbotschaft durch Aufklärung und Pazifismus stützen

Die NWO ist eine Friedensbotschaft, die leicht die Sehnsüchte nach Freiheit, Gerechtigkeit und Wahrung unser aller Heimat, der Erde, huckepack nimmt. Nur bei der Einführung der Freiwirtschaft kann es durchaus zu Kriegen kommen, weil nicht ein pazifistisch gesinnte Stubenhocker und PC-Schreiber sie einführen werden, sondern die zur Ungeduld neigenden Massen, die endlich auch auf die Sonnenseite des Lebens kommen wollen. Um Bürgerkriege zu vermeiden ist eine Aufklärung im großen und wachsenden Maß notwendig. Botschaften in einer klaren Sprache und vielen Landessprachen, aber besonders in Bildern für Menschen, die keine Schriftsprache lesen können. Und wichtig ist in diesem Zusammenhang auch, daß wir nicht nur das Ökonomische lehren, sondern auch das Pazifistische vermitteln. Ich denke dabei nicht an einen weinerlichen sondern an einen kämpferischen Pazifismus, wie ihn Gandhi am eindrucksvollsten praktiziert hat. Einer meiner Lehrer, der Gründer der Internationalen Freundschaftsheimen in Bückeberg, Pastor Wilhelm Mensching⁶, hatte direkten Kontakt zu Gandhi. Und vergessen dürfen wir in diesem Zusammenhang nicht den Freiwirt Werner Zimmermann, der die Lebensdaten und seine persönlichen Eindrücke von Gandhi in dem kleinen Buch „Mahatma Gandhi“, 1948, beschrieben hat.⁷

6 Auf Antrag der Herderschule Bückeberg ist Wilhelm Mensching mit Datum vom 16. Mai 2001 von der israelischen Gedenkstätte Yad Vashem posthum der Titel 'Gerechter unter den Völkern' verliehen worden.

7 Meinem ersten Boot – ein Klepper-Faltboot – habe ich seinerzeit auch den Namen *Mahatma* gegeben.

Freiwirte als Forstwirte

Da ich nicht weiß, ob ich noch ein oder vielleicht zehn Lebensjahre vor mir habe, schließe ich aus, daß ich noch den freiwirtschaftlichen Durchbruch in der Politik erleben werde. Der Aspekt der über Generationen hinausgehende Ansatz freiwirtschaftlicher Arbeit hat heute bei mir mehr Gewicht als früher, wo ich dachte, mit der Arbeit für die Freiwirtschaft auch mein und meiner Familie Brot verdienen zu können. Für die langfristige freiwirtschaftliche Arbeit können wir zur Verdeutlichung das Bild vom Waldbauern oder Forstwirt nehmen. Ihre Arbeit gilt nie dem Tag oder dem Morgen, sondern der nächsten Generation oder den darauf folgenden Generationen. Aber von dem Anbau und der Pflege des Waldes für die folgenden Generationen kann weder der Waldbauer noch der Förster leben. Der Waldbauer ist auf Erträge von heute angewiesen, die die Vorgenerationen ermöglicht haben. Der Förster ist beim Start Null des Waldes auf ein Einkommen angewiesen, daß der Privateigentümer aus andern Quellen zuschießt oder daß beim öffentlichrechtlichen Wald vom Steuerzahler aufgebracht wird. Die Freiwirtschaftswaldbauern sind nun in der Situation, daß ihre Vorgänger ihnen nichts hinterlassen haben, von dem sie leben könnten. Sie können den Wald nur stümperhaft aufbauen und pflegen, weil sie sich für andere Dienste verdingen müssen. Und wenn ein Freiwirt Förster sein möchte, hat er auch schlechte Karten, weil sein Ausbildungsstatus „Freiwirt“ vom Staat nicht anerkannt wird. Hin und wider kommt es vor, daß eine Finanzierungs konstruktion gefunden wird, daß der eine oder andere Freiwirt doch Förster sein kann.

Die freiwillige, ehrenamtliche (zum Wachstum oder zum Untergang verurteilte) freiwirtschaftliche Arbeit wird immer ein wesentlicher Faktor zur Realisierung der NWO sein, aber ohne hauptamtliche, professionelle Arbeit wird es den Durchbruch meines Erachtens nicht geben. Diese Aussage übersieht nicht, daß mit der Organisierung einer Idee häufig auch ihre Verfälschung eintritt und daß Organisationen wohl unvermeidbar ein Eigeninteresse entwickeln, das mit dem Motiv, das zu ihrer Gründung geführt hat, wenig zu tun hat.

Um den freiwirtschaftlichen Wald anzubauen und zu pflegen, brauchen wir, die so viel

vom Geld und Boden reden, Geld und Boden oder Betriebsmittel. Um an diese heranzukommen, müssen wir alle Möglichen Quellen auf ihre Ergiebigkeit abtasten und gegebenenfalls anzapfen. Wir dürfen auch keine Hemmungen haben, staatliche Quellen in Anspruch zu nehmen, denn 1. werden diese Quellen auch aus unseren Steuern gespeist und 2. werden die Mittel, die wir nicht in Anspruch nehmen, womöglich gegen uns verwendet. Wir müssen junge Leute ermuntern selbst gewerbliche Unternehmen oder solche mit Dienstleistungsangeboten zu gründen. Wenn diese erfolgreich sind und dazu noch in neuen Unternehmensformen gewagt wurden, so erzeugen sie, wenn sie sich der NWO zuordnen lassen, hohe Aufmerksamkeit. Wir müssen aber auch die kleinen und mittleren Unternehmen anschreiben und sagen, daß von unserem Erfolg die Existenz erleichterung ihres Unternehmens abhängt usw. .

Arbeit herausragender Vertreter der NWO sichern

In einer Masse von Menschen fällt eine Gruppe mit einzeln herausragenden Personen eher auf als wenn sie alle gleich groß sind. Die Freiwirtschaft hat immer wieder herausragende Mitglieder gehabt, sie wurden auch gewünscht und unbewußt durch Forderung oder bewußt durch Zuwendung gefördert. Ohne andere in ihrer Leistung herabsetzen zu wollen, nenne ich Karl Walker und Helmut Creutz.⁸ Karl Walker wollte als er seine Klausen in Altenahr aufgegeben hatte und vorläufig⁹ zu seiner Nichte nach Berlin gezogen war, mit mir noch in unser damals unausgebautes Dachgeschoß¹⁰ eine kleine Forschungsstelle errichten, um seiner Arbeit über seinen Tod hinaus Kontinuität zu geben. Es war aber zu spät. Er ist einfach vom Mittagsschlaf in seinem Sessel nicht wieder aufgewacht. (So habe ich die Erzählung seiner Nichte in Erinnerung.) Und ich hatte kein Geld und keine Unterstützung, um das Projekt alleine weiter voran zu bringen. Helmut Creutz ist nun 85 Jahre alt geworden. Seine Leistungen für die gemeinsame Sache wurden zu Recht gewürdigt. Er ist heute wohl jene Person, mit der ich die größte inhaltliche Übereinstimmung empfinde. Doch ist es naiv anzunehmen, er könne uns auch noch mit

8 Die Leuchtkraft des Sterns *Walker* stand schon am freiwirtschaftlichen Himmel, als ich die Freiwirtschaft für mich durch ein Flugblatt zur Bundestagswahl 1961, das Ekkehard Lindner verteilt hatte und das für ein neutrales Deutschland warb, entdeckte. Die Leuchtkraft des Stern *Creutz* habe ich sich entwickeln und wachsen gesehen.

9 Vorläufig oder endgültig, das weiß ich gar nicht mehr genau. Ich hatte vor, den letzten Brief vom 5. Okt. 1975, den ich von Walker – geb. am 4. 1. 04, gestorben am 5. 12. 1975 – erhalten habe und meine Korrespondenz mit Günter Bartsch zu seinem „Walker-Portrait“ in den Anhang zu stellen. Es paßt inhaltlich aber nicht dort hin.

10 Im Haus meiner ersten Familie

100 Jahren wie bisher in unserer Arbeit unterstützten. Auch wenn nur ein bestimmter Prozentsatz der Menschen mit Statistiken und Wirtschaftsgrafiken erreicht werden können, so hat sich diese Arbeit in seiner Machart als erfolgreich erwiesen. Das heißt hier: Um die generationsübergreifende Arbeit mit diesen Mitteln zu sichern, können wir nicht warten, bis zufällig einen durch seine Rente unabhängig gewordenen Bürger die Fackel übernimmt, sondern wir müssen darauf hinwirken, daß seine Arbeit in einem professionellen Rahmen von jungen Leuten – am Besten einer Universität an- oder eingegliedert – fortgeführt wird. Erst muß das Ziel definiert und bekannt gemacht werden. Dann ist zu untersuchen, ob sich so ein Institut teilweise oder ganz finanziell selber tragen kann. Danach ist die Frage nach der Finanzierung der Erstausrüstung und der nicht gedeckten laufenden Kosten zu klären. Wenn hier mit der Frage nach der Finanzierung zuerst begonnen wird, wird von vornherein der Kleinmut gefördert. Hier sollte Dringlichkeit das erste Gebot sein, damit Helmut Creutz noch mündliche Einführungen in seine Arbeitsweise geben kann.

Vielfalt und Mehrfachmitgliedschaften

In der Zeitschrift *HumanWirtschaft* (ebenso in einem *CGW-Rundbriefe*) wurde der Beitrag von Roland Geitmann mit dem Titel „Lob der Vielfalt – Wie sich verschiedene Bemühungen ergänzen“ veröffentlicht.¹¹ Hier werden nochmals die Vorteile der Vielfalt betont. Und ich erinnere: Die Vielfalt ist eine Systembedingung der Marktwirtschaft. Da die Freiwirtschaft das eiernde Rad, die heutige kapitalistisch überlagerte Marktwirtschaft, zum runden Lauf verhelfen will, können auch Atheisten und Theisten für das gleiche Ziel wirken ohne sich gegenseitig auf die Füße zu treten. Die Vereinigungsdiskussionen kommen aber nach meiner Meinung nicht immer wieder hoch, weil man das Prinzip der Vielfalt verneint, sondern weil das Feuer jeder Gruppe so schwach ist, daß es die Suppe nicht zum Kochen bringt. Doppel- und Mehrfachmitgliedschaften mögen nützlich sein, um eine Neugründung zu ermöglichen, auf die Dauer dürften sie eher schädlich sein, weil jedes Mehrfachmitglied denkt, wenn es für eine Gruppe etwas tut, tut es für alle Gruppen etwas. Da das ein Irrtum ist, erzeugt das in den nichtbedachten Gruppen nur Frust. Ich denke, neue Mitglieder müssen in der Mitbürgergruppe gesucht

¹¹ Nebenbei: Bei R.G. heißt es zum Schluß, daß Günter Bartsch den schönen Ausdruck „Mitwirkebewegung“ fand. Das will ich gar nicht bestreiten. Das Wort *Mitwirker* habe ich eingeführt, weil „Sehr geehrte Damen und Herren“ als Anrede zu förmlich, „Liebe Freunde“ nicht überall und zu der damaligen Zeit nicht gern gesehen wurde und mir Mitstreiter und Mitkämpfer zu kriegerisch war. Ich verstehe diesen Hinweis als Mahnung, bei Zurechnungen vorsichtig zu sein.

werden, die zu 99,999 % noch nicht in der Freiwirtschaft engagiert sind. Das ist nicht leicht, weil auf Werbung viele Zeitgenossen mit Abweisung reagieren.

Eine wahrnehmbare Stimme trotz Vielfalt?

Die Frage ist, ob trotz der Vielfalt (das Rinnsal) von Bewegung mit einer Stimme sprechen kann. Wenn wir die Demokratie als Verfahrenstechnik nicht verneinen wollen, dürfte das in direkter Form wohl nicht möglich sein. Möglich wäre aber, daß die Gruppen und Unorganisierten einen Rat der Weisen der Freiwirtschaft (oder unter einer besseren Firmierung) bilden, deren Mitglieder nach einem akzeptablen Verfahren delegiert oder berufen werden. Der Rat kann dann Stellungnahmen im eigenen Namen (evtl. mit Minderheitsvoten) gegenüber der Presse und sonstigen Öffentlichkeit abgeben, aber nicht im Namen der Organisationen, die zur Bildung des Rates beigetragen haben. Das „Weise“ im Titel bezieht sich nicht auf das Alter, sondern auf Kenntnis der Materie. Die Presse hätte endlich einen sichtbaren Ansprechpartner in der Freiwirtschaft. Damit das Ganze auch mit einem vertretbaren Aufwand an Zeit und Geld möglich ist, wäre für die Mitglieder des Rates ein Internetanschluß eine Voraussetzung.

NWO noch nicht reif für den Einsatz?

Roland Geitmann kommentiert die vermutete höhere „Schlagkraft“ der Einheitsgruppe wie folgt:

Diese Argumentation unterstellt, wir seien schon im Besitz eines ausgearbeiteten und von allgemein anerkannten Wissenschaftlern geprüften und als geeignet bestätigten Reformkonzepts und es gehe nur noch um die Umsetzung und die dafür erforderliche Mehrheit. Doch davon sind wir weit entfernt.

Im Besitz eines Konzeptes zu sein und die Anerkennung dieses Konzeptes durch Wissenschaftler, sind zwei verschiedene Dinge. Über die Bedingungen für eine freie und gerechte Gesellschaft ist genug bekannt, so daß die Umsetzung gewagt werden könnte. Da die Gesellschaftswissenschaften soviel ökonomische Fakten verdrängt oder nicht beachtet haben, ist ihr Urteil oder ihr Rat mehr als zweifelhaft. Wenn wir aber die Demokratie als Problemlösungsverfahren beibehalten wollen, dann haben wir noch eine lange Phase des (Selber-) Lernens und Aufklärens vor uns. Und die Aufklärung ist schon nötig in den eigenen Reihen.

NWO-VertreterInnen sind nicht eindimensional

Roland Geitmann schreibt weiter:

Silvio Gesell ist für die CGW nur einer von vielen Ideengebern.

Das CGW-Faltblatt nennt daneben Mose und die Propheten, griechische und römische Philosophen, Jesus Christus und Kirchenväter, Thomas von Aquin und Luther, aber auch Mohammed bis hin zu Stimmen der Neuzeit wie P.-j. Proudhon, Rudolf Steiner, die Bodenreformer Henry George, Adolf Damaschke und Franz Oppenheimer sowie die Ökonomen Irving Fisher und John Maynard Keynes. Der katholische Theologe und vierfache Doktor Prof. Johannes Ude war in den 50er Jahren der geistliche Protektor der Vorläuferorganisation AfC.

Entsprechend breit ist das Spektrum der von CGW-Mitgliedern jeweils gesetzten Schwerpunkte. Der Begriff „Freiwirtschaft“ drückt nur sehr unzureichend aus, was sie anstreben. „Solidarische“ bzw. „Öko-soziale“ Wirtschaft, „die dem Leben dient“, bezeichnen ihre Suchrichtung präziser. Gerechte Geld- und Bodenordnung sind für sie nur zwei (allerdings unverzichtbare) Elemente einer Gesamtordnung für Kultur, Staat und Wirtschaft, zu der freies Bildungswesen und entfaltete Demokratie ebenso gehören wie Grundeinkommen, partnerschaftliche Unternehmensverfassung, sozial-ökologisches Steuersystem sowie reduziertes Patentrecht und Konsumentenschutz und -mitbestimmung.

Das ist sicher gut gemeint, klingt in meinen Ohren aber schon kränkend. Denn wer Silvio Gesell oder seine NWO für sich als Thema entdeckt, kommt nicht aus dem Nichts mit einem leeren Kopf, sondern bringt tausende Eindrücke, Erfahrungen und gedankliche Orientierungsfiguren mit. Selbst wenn eine Freundin oder Freund der NWO die Freiwirtschaft mit der Muttermilch aufgesogen hat, hat sich durch das private Umfeld, durch die Schule und Ausbildung in ihrem bzw. seinem Kopf so viel angesammelt, daß sich das Thema Gesell nicht bis an den Rändern des gedanklichen Fassungsvermögens ausdehnen kann. Wenn Schiffer unter sich sind, reden sie von Frachtraten, Hafengebühren, Dieselpreisen, Werfterfahrungen und ob man Glück mit der Besatzung hat. Wenn Schaffner zusammen kommen, werden ebenfalls die beruflichen Belange diskutiert. Wenn Schützen zusammenkommen, dann sind es Vereinsthemen, die im Regelfall den

Gesprächsstoff liefern. Wenn freiwirtschaftlich angetörnte Leute – die sonst im Regelfall mit ihren Themen alleine zu Hause hocken – zusammenkommen, dann ist es doch klar, daß sie über Gesell, aktuelle Autoren, den Zoff in ihrer Vereinigung reden. Das besagt doch nicht, daß die aufgezählten Gruppenmitglieder nichts anderes im Kopf haben als das, was sie in den speziellen Zusammenkünften von sich geben.

Und wenn Gesell irgendwo sagt, daß er über eine mehrtausendjährige Erfahrung verfügt, dann meint er die in der überlieferten Geschichte handelnden Figuren mit ihrem Denken und Tun. Er greift eben – wie jeder Denker – auf soviel Denker zurück, wie er erfassen kann. 1981 wurde unter der Firmierung „Arbeitskreis für Sozialwissenschaft Bad Boll eine Schrift unter dem Titel „Die Ordnung der Kultur, des Staates und der Wirtschaft für die Gegenwart – Sieben Thesen“¹² verfaßt und veröffentlicht. In dem Heft befindet sich eine geistesgeschichtliche Genealogie der Thesen. Ganz klar, daß Gesell nur einer von vielen Autoren ist. Man kann lesen, daß Gesell verehrt wurde und auch feststellen, daß er heute für manchen Zeitgenossen nicht nur einer von vielen Ökonomen ist, sondern der Ökonom schlechthin. Es gibt eben bei einem Teil der Menschen das Bedürfnis nach Verehrung von Menschen, die größer, klüger, erfolgreicher etc. sind. Das liegt nach meiner Meinung aber auf der gleichen Linie wie die Heiligenverehrung. Wenn diese Verehrung nicht blind macht und Kraft für das eigene Tun gibt, ist dagegen doch nichts zu sagen.

Wenn ich den zweiten Absatz des obigen Zitats von Roland Geitmann kritisch lese, dann ist das Modell Freiwirtschaft unsolidarisch, nicht ökologisch und lebensschädlich. Ich kann mir gar nicht vorstellen, daß Roland Geitmann das so meint. Aber warum schreibt er so, als hätte er die freiwirtschaftliche Literatur überhaupt nicht zur Kenntnis genommen oder hätte es nötig, die Freiwirtschaft qualitativ abzuwerten?

Respekt statt Abkanzelei

Bei unserer Orientierung an Vor-uns-Denkern werden wir auch von Ideen, die in der jeweiligen Zeit dominant sind, beeinflußt oder wir können bei der Auswahl unserer Orientierungsgrößen Mißgriffe tätigen. Die Korrektur hat von den Neben-uns-Denkern oder von den Nach-uns-Denkern zu erfolgen, aber nicht im Sinne des Abkanzeln, der herab-

¹² Erst als gesonderter Druck, dann als Heft 150 der *Fragen der Freiheit* veröffentlicht. www.sffo.de

setzenden Besserwisserei des später Geborenen zum Zwecke der eigenen Erhöhung. Gesell vorzuwerfen, daß er Elemente von Darwins Gedanken in seine eigenen aufgenommen hat, ist so unsinnig, wie uns heutigen Freiwirte vorzuwerfen, daß wir ökologische Erwägungen in unser Denken einbeziehen. Unsere gedanklichen Entgleisungen und Sackassen werden uns von den nachfolgenden Generationen nachgewiesen. Dann gibt es den Begriff *Sozialdarwinismus*. Weil das Wort als politisches Kampfinstrument gegen uns verwandt wird, ohne daß die Verwender des Wortes seinen Begriff kennen. Anstatt uns erst einmal bewußt zu werden, daß neue gedankliche Modelle in der Sozialökonomie in der Regel für den Fortschritt und für die allgemeine Wohlfahrt erdacht werden und wir einfach analysieren, wo der Sozialdarwinismus mit dem marktwirtschaftlichen System der NWO übereinstimmt und wo er ein Widerspruch ist, versuchen wir die NWO vom Vorwurf des Sozialdarwinismus freizuwaschen oder unseren Gegnern entgegen zu kommen, indem wir eingestehen, dieses oder jenes sei an der NWO sozialdarwinistisch. Wir haben als Nachfolge-Denker auch die Vor-uns-Denker Herbert Spencer und Ernst Haeckel, die als Mitbegründer des Sozialdarwinismus gelten, zu beachten und da, wo wir in der Lage dazu sind, ihnen zu widersprechen. Wir haben aber nicht unsere Versagen in eine Verachtung von Toten umzumünzen. Die verquaste Ideologie des Nationalsozialismus mag sich auch aus dem Sozialdarwinismus genährt haben. Aber daß sich der Nationalsozialismus etablieren konnte, ist nicht dem Sozialdarwinismus anzulasten, sondern den in anderen Gedankenwelt gefangenen Demokraten, den Linken, den Liberalen und Konservativen.

Ernst Haeckel und Rudolf Steiner

Ernst Haeckel mag bei uns auch schlecht wegkommen, weil er mit seiner monistischen Philosophie dem Christentum wohl Konkurrenz gemacht hat. Im Geleitwort von Heinrich Schmidt vom Ernst-Haeckel-Archiv in Jena schreibt er in der 400.000-Auflage von Haeckels „Die Welträtsel“ am 15. Dezember 1925 von dem Einfluß Haeckels auf Rudolf Steiner. Es heißt dort unter anderem:

„Die 'Welträtsel' sind mein Erbauungsbuch, das Buch ist meine Bibel geworden.“

Hinweis auf Adolf Damaschke

Ich möchte an dieser Stelle auf Damaschke hinweisen, der in seinem Buch „Die Boden-

reform“ im Kapitel *Mammonismus* ganz sachlich auf die Irrtümer von Malthus, auf den Darwin bezug nimmt, hinweist. Der Abschnitt *Kommunismus* ist für das Thema Bedingungsloses Grundeinkommen klärend. Der Abschnitt Bodenreform klärt worum es beim Thema geht.) In einem der Anhänge bringe ich Auszüge aus Damaschkes „Die Bodenreform zu den benannten Themen. Unter www.abebooks.de werden noch Exemplare von Damaschkes Buch für wenig Geld angeboten.

Das bedingungslose Grundeinkommen (BGE)

1. In einer Vereinigung müssen alle vereinspezifischen Themen diskutiert werden können. Wenn aber das (bedingungslose) Grundeinkommen (BGE) als Vereinsforderung ausgeben wird, muß erkennbar sein, daß die Vereinsmitglieder das mehrheitlich wollen, denn nach meiner Einsicht ist das bedingungslose Grundeinkommen systemsprengend, es verträgt sich nicht mit einer marktwirtschaftlichen Ordnung. Ich kann das noch nicht genau begründen. Aber einige Gedankensplitter mögen die Richtung meiner Bedenken anzeigen. Dabei ist es mir nicht möglich, die inzwischen unübersichtlich gewordene Zahl an Stellungnahmen und Veröffentlichungen zu dem Thema zu sichten.
2. Ein wesentliches Element der Zentralverwaltungswirtschaft ist die Zuteilung von Pflichten (Leistungen) und Zuwendungen (Erträge) eine Aufgabe der Zuteiler. Die Zuteiler mögen im (bisher nur gedachten) Verfahren eines demokratischen Zentralismus bestimmt worden sein, letztlich müssen die Zuteiler diktatorisch handeln. In der Verkehrswirtschaft werden die Leistungen durch die Aussicht auf einen Ertrag motiviert und letztlich durch eine Vielzahl von potentiellen Abnehmern bewertet und honoriert. Hier wird schon sichtbar, daß das bedingungslose Grundeinkommen in die Systemordnung *Zentralverwaltungswirtschaft* gehört.
3. Der andere gedankliche Ansatz geht von der Feststellung aus, daß die Markt- oder Verkehrswirtschaft ein sich selbstregulierendes kybernetisches System ist.

Daß es damit noch hapert, ist bekannt und die Behebung der Mängel ist Gegenstand freiwirtschaftlicher Analyse und Therapie. Kybernetische Systeme können aber nur funktionieren, wenn es Spannungszustände zwischen Soll- und Istwerten gibt und die Abweichungen davon in Signale verwandelt werden, die die am Aggregat beteiligten Systemteile selbständig zur Anpassungsreaktion bringen. Werden Systemteile am Reagieren gehindert, funktioniert das ganze System nicht mehr. (Ein richtiger Kybernetiker kann das sicher besser beschreiben. Ich bin ja nur ein Laie.) Die Wirkung in unserer persönlichen Ökonomie: a) Ich habe hunger. b) Ich gehe zum Kühlschrank und stelle fest, daß der leer ist. c) Ich beschließe zum Kaufmann zu gehen, um den Kühlschrank aufzufüllen. d) Ich weiß, dazu benötige ich Geld und stelle fest, daß mein Portemonaie leer ist. e) Ich muß aus meinen Vorräten einen Gegenstand verkaufen oder eine Leistung anbieten, die auf dem Markt einen Abnehmer findet, der dafür einen mir ausreichenden Preis zahlt. f) Nach Verkauf oder Leistungserbringung und Erhalt des Erlöses kann ich endlich zum Kaufmann gehen und für den Nachschub im Kühlschrank sorgen und meinen Hunger stillen. Je nach Ausstattung der Gesamtökonomie kann dieser Ablauf „ein Kampf ums Dasein“ sein oder nur ein sanfter Druck, der uns erinnert, uns zu bewegen, wenn der Magen knurrt. Das BGE wirkte nun so, als wenn in einem kybernetischen System eine Einheit am Reagieren gehindert, also blockiert wird.

4. Weitere Bedenken liegen auf der Ebene überlieferter Weisheiten.

„Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen!“

(Gemeint sind die, die arbeiten können.) Dagegen spricht:

„Sehet die Vögel unter dem Himmel an: Sie säen nicht, sie ernten nicht, sie sammeln nicht in die Scheunen; und euer himmlischer Vater nährt sie doch. ...“

In Einzelnen Fällen und für die, die nicht arbeiten können ist dagegen auch nichts zu sagen, wenn sich aber das gesellschaftliche Kollektiv den Spruch zu eigen macht, dann wird es verhungern. Ich habe hier eine Schachtel mit alten Büchern stehen. Ich wußte noch, daß es Autoren aus dem alten Griechenland sind. Ich überlegte, ob ich meinen äl-

testen Sohn damit eine Freude machen kann. Ich nehme einen Band in die Hand und lese:

„Xenophon`s von Athen, Werke, Erstes Bändchen. Cyropädie, übersetzt von Christian Walz, Stuttgart, 1827“ . Ich schlage das Buch willkürlich auf und lande auf Seite 98 und lese:

...Ich für meine Person halte nichts in der Welt für so unbillig, als daß der Schlechte und der Gute gleichen Anteils gewürdigt wird.“

...

„Glaubst du aber auch,“ sprach Ehryasantas, „der große Haufe werde, wenn er zusammen kommt, beschließen, daß nicht Jeder gleich berechtigt, sondern die Besten bei Ehrenbezeugungen und Geschenken bevorrechtigt sein sollen?“ - „Allerdings glaube ich Das,“ sagte Eyrus, „theils weil ihr den Vorschlag unterstützt, theils weil man mit Ehren nicht widersprechen kann, daß Der, welcher am meisten arbeitet, und dem Gemeinwesen am meisten nützt, auch die größten Belohnungen verdiene. Ich glaube, auch die Schlechtesten werden es angemessen finden, daß die Guten einen Vorzug haben.“

...

Da lachte einer der Tariarchen und sagte: „ich kenne einen Gemeinen, welcher damit einverstanden seyn wird, daß man nicht so geradezu Jedem gleiche Ansprüche zugestehe.“ - „Wen meinst du?“ fragte ein Anderer. Er antwortet: „ich habe einen Zeltgenossen, der überall mehr haben will.“ - „Auch von den Strapazen?“ fragte ein Anderer. Er antwortete: „ich bin hier über eine Unwahrheit ertappt. Von Strapazen und der dergleichen überläßt er ganz gutwillig Jedem, der Lust hat, ein größeres Maß.“ - „Männer“, „ sagte Eyrus: „ich meine, man sollte Leute der Art, wie Dieser gerade Einen nennt, von dem Heere ausschließen, wenn es thätig und gehorsam sein soll.“

Man sieht an diesen Ausschnitten, daß nicht nur die Frage nach dem gerechten Lohn ein altes Thema ist, sondern auch daß der Hang zur Drückebergerei bei gegebener Gelegenheit oder der Hang, mehr zu nehmen, als zu geben. Wir dürfen diesen Hang nicht institutionell Vorschub leisten, wenn wir uns nicht neue sozialökonomische Probleme einhandeln wollen.

Bei Adam Smith ist in seinem Werk *Der Wohlstand der Nationen* (Ausgabe 1974) auf Seite 44 zu lesen:

Sobald in einem Land aller Boden in Privateigentum ist, möchten auch die Grundbesitzer, wie alle Menschen, dort ernten, wo sie niemals gesät haben. Sie fordern selbst für den natürlichen Ertrag des Bodens eine Rente.

Umformuliert auf das BGE heißt das:

Sobald in einem Land das Leben ohne Arbeit zu fristen ist, möchten möglichst viele Menschen vom Ertrag der Arbeit, die nicht die ihre war, möglichst viel abbekommen.

5. Sozialismus und Arbeit. In diesen Tagen bekam ich einen Auszug aus „Robert Bosch – Dargestellt von Hans-Erhard Lessing“ Rowohlt, 2007. Hier wird mal wieder deutlich, daß sich in der Zeit, als Gesell begann, sich mit dem Thema Geld zu befassen, auch andere das Geld als Problem erkannten. Robert Bosch wollte 1885 offensichtlich das Geld abschaffen und einen sozialistischen Staat mit Arbeitszetteln einführen. Vermutlich aufgrund der Beobachtung der realen sozialistischen Modelle hat er dann 1930 formuliert:

Unser Heil kann nicht beim sozialistischen Staat und nicht beim Staatsozialismus liegen. Die freie Wirtschaft unter vernünftigen Sozialgesetzen von verantwortungsbewußten Leitern gemeistert, wird uns, wenn auch nicht ohne Irrungen, einem Zustande entgegenführen, der zu berechtigten Beanstandungen nicht allzuviel Möglichkeiten bieten wird. Dieses Vertrauen habe ich zum gesunden Menschenverstande!

Aber ich führe Bosch ja wegen der Arbeit in seinem sozialistischen Modell an:

Jedermann hat zu arbeiten, solange er arbeitsfähig ist. Wird er heute krank, so erhält ihn der Staat. Nahrungssorgen und Hunger werden niemanden quälen, denn es wächst stets soviel, daß Alles vollauf hat, und da alles international ist, wird Europa Amerika, dieses Asien usw. aushelfen.

...

Wenn ich Dir oben schrieb, jedermann hat jeden Tag zu arbeiten, wenn er essen will, so ist das wieder nicht ganz wörtlich zu nehmen, denn gesetzt den Fall, ich will eine Reise zu meinem Vergnügen machen, so werde ich einfach vorher solange länger arbeiten, bis ich denke, daß ich die nötige Anzahl Stunden-Schecks habe und mich dann mit meinem Geld wohlgemut auf den Weg machen. Sparen werde ich nie, denn werde ich morgen krank, dann ist ja der Staat da.

Vor einiger Zeit entdeckte ich zum Thema Arbeit – Nichtarbeit in „Die Ausbürgerung Anfang vom Ende der DDR“ von Wolf Biermann und andere Autoren, Hrsg. Fritz Pleitgen eine interessante Stelle, die in diesem Zusammenhang mit bedacht werden sollte. (Das Buch hat mir ein Nachbar durch den Zaun gereicht. Ich habe es mit Interesse gelesen.) Das Zitat ist aus dem Beitrag von Ekke Maß mit dem Titel „Vom Pfarrhaus in Schönburg zur Schönhausener Allee“, Seite 187 f.:

Obwohl Mieten und Grundnahrungsmittel in der DDR verhältnismäßig billig waren, war unsere soziale Situation schwierig. Wir hatten zwei süße Kinder,

meine Frau kämpfte um ihre Zulassung als Keramikerin, ich arbeitete als Kleindarsteller an Berliner Theatern, trat mit Okudshawa - und manchmal heimlich mit Biermannliedern in kirchlichen Gemeinden und Jugendklubs auf. Ohne offizielle Arbeit galt man nach den neuen Honeckerschen Gesetzen als asozial und konnte bestraft werden. Eine Einstufung als Liedersänger, um die ich mich zäh bemühte, wurde auf Weisung der Stasi lange Zeit verhindert, ich wurde vom Kulturministerium monatelang hingehalten.

Schließlich entdeckte ich durch Zufall die Lücke im Gesetz und wurde freischaffend als literarischer Übersetzer, das war die einzige Möglichkeit, eine Steuernummer zu erhalten, ohne Nachweise von Künstler- und Schriftstellerverbänden, Theatern oder irgendwelche Einstufungen der Konzert- und Gastspielformen vorweisen zu müssen.

6. Die Einstellung zur Arbeit in einer indianischen Kultur. Im April 2008 übersandte Stephan Geue den Mitgliedern der NWO-Mailingliste Auszüge aus „Auf der Suche nach dem verlorenen Glück – Gegen die Zerstörung unserer Glücksfähigkeit in der frühen Kindheit“ von Jean Liedloff, um zu zeigen aus welchen Motiven heraus er sich für das BGE stark macht. Dieses Buch war Anfang der 80er Jahre eine große Genugung für meine Frau, da sie hier erstmals bestätigt bekam, daß sie mit ihrem (damals ersten) Kind alles richtig machte. Mich haben damals schon die dort beschriebenen Einstellungen zur Arbeit interessiert. Da die Arbeitsbereitschaft und die Arbeitsfähigkeit mit Lust oder Frust bei den einzelnen Menschen keine Konstante sind, war für mich schon lange die Frage, wie die Arbeit organisiert werden kann, ohne daß die Menschen in Bezug auf die Arbeit gegen ihren eigenen individuellen Lebensrythmus kämpfen müssen. Wenn in einem Kollektiv, einer Arbeitsgemeinschaft vereinbart würde, daß jeder kommen und gehen könnte, wie er wolle, daß jeder volle Leistung bringen könne oder sich zurückziehen könnte, dann würde das nach meiner Einschätzung zu unbefriedigenden Ergebnissen führen und ein enormes Maß an Moralität erfordern, um überhaupt etwas zu Stande zu bringen. Wenn in einer arbeitsteiligen Welt der zeitweilige Rückzug, die partielle Leistungsverweigerung zum Ausleben des eigenen Lebensrythmus ermöglicht werden soll, so können wir das nicht ohne große Konflikte zu Lasten anderer realisieren. Es bleibt die Möglichkeit eine freiwillige Versicherungsgemeinschaft zu bilden, aus der Einnahmeausfälle durch Unlust ausgeglichen werden. Der Umfang der Leistungen müßte aber sehr eingegrenzt werden, weil sonst die Prämien zu hoch werden. Der bessere Weg ist natürlich, jeder arbeitende Mensch wird in die Lage versetzt, soviel Reserven zu bilden, daß er sich für gewissen Zeiten, der Erwerbsarbeit entziehen kann. Das andere Thema, das Stephan Geue mit den Auszügen anspricht, ist die Art wie wir arbeiten, wie wir

mit der Arbeit umgehen, wenn sie uns drückt, wenn sie eine Last ist. Ich will versuchen mit wenigen Ausschnitten aus den Auszügen (ohne Seitenzahl) zu verdeutlichen¹³

Alle verrichteten die gleiche Arbeit, alle erfuhren Mühe und Schmerz. Es gab keinen Unterschied in unseren Situationen, nur hatte uns unsere Kultur den Glauben eingepflanzt, eine derartige Kombination von Umständen stelle auf der Skala des Wohlbefindens ein unbezweifelbares Tief dar; dass uns in der Angelegenheit eine Wahl blieb, war uns gar nicht bewusst.

Die Indianer andererseits, denen ebenfalls nicht bewusst war, dass sie eine Wahl getroffen hatten, befanden sich in besonders fröhlicher Geistesverfassung und genossen das kameradschaftliche Zusammenspiel; und natürlich waren ihnen die vorangegangenen Tage nicht durch lang angestaute Beunruhigung verdorben worden. Jede Bewegung nach vorn war für sie ein kleiner Sieg. Als ich mit dem Fotografieren fertig war und mich wieder der Gruppe anschloss, gab ich freiwillig die zivilisierte Haltung auf und genoss den letzten Teil des Transportes wirklich. Sogar die Abschürfungen und blauen Flecke, die ich erlitten hatte, schrumpften mit bemerkenswerter Leichtigkeit auf das zurück, was sie tatsächlich waren: kleine Verletzungen, die bald heilen würden und weder eine unfreundliche Gefühlsreaktion wie Wut, Selbstmitleid oder Groll nötig machten noch die Sorge, wie viel es davon wohl bis zum Ende des Schleppens noch geben würde. Im Gegenteil: Ich empfand plötzlich Anerkennung für meinen ausgezeichnet konstruierten Körper, der sich ohne Anweisungen oder Entscheidungen meinerseits wieder zurechtfinden würde.

Schon bald jedoch wich mein Gefühl der Befreiung wieder der Tyrannei der Gewohnheit, dem schweren Gewicht kultureller Konditionierung, dem allein fortwährende bewusste Anstrengung entgegenwirken kann. Ich unternahm die notwendige Anstrengung nicht und kehrte daher von der Expedition auch in dieser Hinsicht ohne großen Gewinn aus meiner Entdeckung zurück.

Ein weiterer Hinweis auf die menschliche Natur und Arbeit ergab sich später.

Zwei Indianerfamilien wohnten in einer Hütte mit Aussicht auf einen herrlichen weißen Strand, eine Lagune in einem weiten Halbkreis von Felsen mit dem Caroni und den Arepuchifällen dahinter. Der eine Familienälteste hieß Pepe, der andere Cesar. Pepe erzählte mir die Geschichte.

Offenbar war Cesar in sehr jungem Alter von Venezolanern „adoptiert“ worden und war mit ihnen in eine Kleinstadt gezogen. Man schickte ihn zur Schule, er lernte lesen und schreiben und wurde als Venezolaner aufgezogen. Als er erwachsen war, kam er, wie viele Männer aus jenen Städten in Guyana, zum Oberen Caroni, um sein Glück bei der Diamantensuche zu versuchen. Er

¹³ Stephan Geue hatte die Auszüge auch ohne Buchtitel und Autorennamen geschickt. Mir kam der Text gleich bekannt vor. Ich bin zu meiner Frau gegangen und habe gefragt, ob ihr der Text auch bekannt vorkommt. Sie konnte auf Anhieb Titel und Autorin benennen und nach kurzer Suche das Buch präsentieren.

arbeitete gerade mit einer Gruppe von Venezolanern, als er von Mundo, dem Häuptling der Tauripans von Guayparu, erkannt wurde.

„Bist du nicht von José Grande in sein Haus mitgenommen worden?“ fragte ihn Mundo. „Ich wurde von José Grande aufgezogen“, sagte Cesar der Geschichte nach. „Dann bist du zu deinem eigenen Volk zurückgekehrt. Du bist ein Tauripan“, sagte Mundo. Worauf Cesar nach reiflicher Überlegung zu dem Schluss kam, es würde ihm als Indianer besser gehen, als wenn er als Venezolaner lebte; er kam also nach Arepuchi, wo Pepe wohnte.

Fünf Jahre lang lebte Cesar nun mit Pepes Familie, heiratete eine hübsche Tauripan-Frau und wurde Vater eines kleinen Mädchens. Da Cesar nicht gern arbeitete, aßen er, seine Frau und seine Tochter von dem, was in Pepes Pflanzung wuchs. Cesar war hoch erfreut, dass Pepe von ihm nicht erwartete, er müsse sich einen eigenen Garten anlegen oder auch nur bei der Arbeit in dem seinen helfen. Pepe arbeitete gern, und da Cesar das nicht tat, passte diese Regelung beiden Seiten.

Cesars Frau beteiligte sich gern mit den anderen Frauen und Mädchen zusammen am Schneiden und Zubereiten der Cassaba, aber Cesar tat nichts gern, außer den Tapir und gelegentlich anderes Wild zu jagen. Nach einigen Jahren entwickelte er eine Neigung zum Fischen und fügte seine Fänge denen von Pepe und seinen zwei Söhnen hinzu, die immer gern fischten und seine Familie damit stets ebenso großzügig versorgt hatten wie ihre eigene.

Kurz vor unserem Eintreffen dort beschloss Cesar, sich einen eigenen Garten anzulegen, und Pepe half ihm bei jeder Kleinigkeit, von der Wahl der Lage bis zum Fällen und Verbrennen der Bäume. Pepe genoss das um so mehr, als er und sein Freund die ganze Zeit schwatzten und Späße machten.

Nach fünfjähriger Rückenstärkung hatte Cesar das Gefühl, dass ihn keiner zu diesem Projekt trieb und war ebenso frei, Freude an der Arbeit zu empfinden, wie Pepe oder irgendein anderer Indianer.

Pepe erzählte uns, dass alle in Arepuchi darüber froh waren, da Cesar zunehmend unzufrieden und reizbar geworden war. „Er wollte sich gern einen eigenen Garten anlegen“, lachte Pepe, „aber er wusste es selber nicht!“ Pepe fand es sehr komisch, dass es jemanden gab, der nicht wusste, dass er arbeiten wollte.

Ich finde, es ist eine gute und lehrreiche Geschichte. Nur die Bedürfnisse der „Cesaren“ auf der Staatsebene zu befriedigen, dürfte nicht gelingen. Die Beschreibung halte ich aber für glaubhaft, weil die Überschaubarkeit der Gemeinschaft, die emotionale Bindung und die soziale Kontrolle ihrer Mitglieder gegeben und die Gegenseitigkeit nicht ganz ausgeschlossen ist. Aber es dürfte uns bei unserer Prägung schon im Familienver-

band schwer fallen, das Modell „Cesar“ auszuhalten.

7. Die achte aus Georg Ottos Thesen für ein NWO-Modell des ... (B)GE, Teil 2 ¹⁴

THESE 8: Von anderen NWO-Anhängern wird eine Unvereinbarkeit zwischen NWO-Zielen und dem (B)GE deshalb postuliert, weil ja die NWO mit dem Erreichen des vollen, nicht mehr durch ZINS gekürzten ARBEITSERTRAGS das kapitalistische, auf Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital beruhende arbeitslose Einkommen aus ZINSESZINS überwinden will.

Das leistungslose Einkommen der Kapitalisten aus ZINSESZINS, mit dem die Arbeitenden ausgebeutet werden, indem sie eben nicht den vollen Arbeitsertrag erhalten, wird nun gleichgesetzt mit einem aus dem (B)GE fließenden leistungslosen Einkommen von (B)GE-Empfängerinnen.

In der Tat: Auch ein (B)GE wäre für die Empfänger ein Einkommen ohne Arbeit. Rein formal ist das so. Ist es nicht aber ein enormer Unterschied, ob man als Millionär/Milliardär die ganze Gesellschaft, auch den Staat, erpressen und von ihr/ihm ohne eigene Arbeit weiter ZINS eintreiben kann. Oder ob man eine/r der ca. 20 Mill. Verarmten ist und durch staatliche Umverteilung als (B)GE etwas mehr als das Existenzminimum, das die verschiedenen jetzigen staatlichen Transferzahlungen gewähren, evtl. sogar etwas mehr für Kulturteilhabe, auch ohne eigene Arbeitsleistung erhält. Ich halte es für sehr gewagt, diese beiden recht unterschiedlichen „arbeitslosen“ Einkommen auf eine Stufe zu stellen. Für noch gewagter halte ich es, die rein formale Gleichheit beider ungeachtet der enormen inhaltlichen Unterschiede als Begründung für eine UNVEREINBARKEIT eines (B)GE mit den Zielen und Mitteln der NWO heranzuziehen. Wäre das so, dann würde sich die NWO-Bewegung - wie schon mehrfach in den letzten 50 Jahren - abermals selbst aus dem politischen Geschehen herauskatapultieren und wieder einmal im gesellschaftlichen Abseits landen.

Das (B)GE ist in wenigen Jahren zum Selbstläufer geworden - und wegen seiner durchaus noch nicht so feststehenden Einfachheit - überzeugt es - zunächst. Da kann sich die NWO-Bewegung noch so abstrampeln: Dieser Zug läuft und nimmt gerade die Aktivsten in der Gesellschaft dem NWO-Thema erst einmal weg. Aber gerade weil - und das Buch von Prof. Götz Werner offenbart es - das BGE lediglich kapitalismusintem angegangen wird, kann es gerade die aktiveren Anhänger auf Dauer nicht überzeugen, weil es nach dem Zusammenbruch des sog. Sozialismus keinen Weg aus den Vielfachkrisen des Kapitalismus und somit auch nicht die VISION eines DITTEN WEGES weisen kann, sondern sich gerade deshalb mit einer zwar elegant erscheinenden - und auch noch nie da gewesenen sozialpolitischen Variante im KAPITALISMUS begnügen muss.

Hier liegt die Chance der NWO-Bewegung die BGE-Bewegung mitzunehmen auf den Erkenntnisweg des DRITTEN WEGES der HUMANWIRTSCHAFT, sie

¹⁴ Ich habe hier einen Ausdruck vorliegen, ohne Namen des Verfassers, ohne Seitenzahl, ohne Datum, ohne Dateinamen. Die Wiedergabe erfolgt ohne Hervorhebungen.

mitzunehmen zur ALTERNATIVE jenseits des Kapitalismus, der ebenso wenig Marktwirtschaft oder gar soziale Marktwirtschaft ist, und jenseits des „Sozialismus“, der eher Staatskapitalismus war, zu einer Alternative, die durchaus ein LIBERALSOZIALISMUS genannt werden kann, der die FREIHEITSIDEALE des LIBERALISMUS und ANARCHISMUS mit den GERECHTIGKEITZIELEN der WELTRELIGIONEN, des HUMANISMUS und des SOZIALISMUS vereinigt. In diese Zukunftsgesellschaft ist ein GRUNDEINKOMMEN, wie es im Detail auch politisch ausfallen mag, durchaus einzubetten.

Es ist ein großer Unterschied, ob das arbeits- und mühelose Einkommen aus Kapitalerträgen Wenigen zukommt, die schon viel haben oder ob das arbeits- und mühelose Einkommen, das über den Fiskus von den arbeitenden Menschen erpreßt wird, den Vielen zukommt, die wenig oder nichts haben. Aber für die (erwerbs-)arbeitenden Menschen ist es in beiden Fällen eine Ausbeutung ihrer Arbeitskraft. Daß die Menschen, die in Erwerbsarbeit stehen, auch das BGE bekommen, ist doch nur eine Verschleierung der Vorgänge, weil das, was die Erwerbsarbeiter erhalten, in jedem Fall weniger ist, was ihnen vorher vom Arbeitsertrag abgeknöpft wurde. Man muß ja nicht nur an die Kosten für die NichtarbeiterInnen denken, sondern auch an die Umverteilungskosten. Die Nichterwerbstätigen können einen Block bilden, sich gegenseitig Begründungshilfe geben, weil sie gerade nicht unentgeltlich eine öffentliche Aufgabe übernehmen können, aber vor allem von der Politik höhere Zuwendungen erpressen, denn es ist doch klar: Die Grundbedürfnisse – einschließlich jene der Kultur in dem Theater und der ECKKNEIPE – wachsen doch! Wir wollen doch nicht, daß sich diese vom Erwerb ausgeschlossenen Menschen sozial isolieren.

Ich will Prof. Götz Werner keine unedlen Motive bei seinem Engagement für das BGE unterstellen, wenn es aber eingeführt wird, wird sein Name damit verbunden sein. Die Nutznießer werden sich verpflichtet fühlen, ihren Dank zu zeigen und werden in seiner Drogeriemarktkette einkaufen. Gewinnmaximierung durch soziales Engagement, eine ganz neue Erfahrung.

Wir freiwirtschaftlichen Leute haben den selbst gestellten Auftrag, ein bestimmtes ökonomisches Ergänzungswissen in die Gesellschaft hineinzutragen. (Ein Stück vorgekommen sind wir dann, wenn die Wörterbücher und Korrekturprogramme die Wörter *Freiwirtschaft* und *freiwirtschaftlich* verzeichnen.) Ein Teil der freiwirtschaftlich orientierten Leute erledigt diese Aufgabe mehr redend und schreibend im theoretischen, pu-

blizistischen und werbenden Sektor und ein anderer (kleinerer Teil) versucht, sich auf der politischen Bühne bemerkbar zu machen. Da die Risiken und Erfolgsmöglichkeiten von Bewegungen immer unterschiedlich wahrgenommen und beurteilt werden, war es zum Ende der Weimarer Republik aus der damaligen Sicht durch ehrenhaft und politisch sinnvoll, wenn sich freiwirtschaftliche Leute in und im Umfeld der NSDAP engagierten. Daß dies aus der heutigen Sicht eine Belastung ist, wissen wir alle. Als die grüne Bewegung nach einer politischen Form suchte, war es durchaus richtig, daß wir grünen Freiwirte die Gründung einer grünen Partei mit angeschoben haben. Wir waren letztlich erfolglos in Bezug auf den Transport unserer Botschaft in die Partei- und allgemeine Öffentlichkeit zu transportieren. Wir haben damit keinen großen Schaden angerichtet, weil Die Grünen nur eine ganz normale Partei geworden ist und nichts Schlimmeres. Das Thema BGE löst wieder eine Bewegung aus. Richtig ist, wenn man politisch handeln will, daß man sich dorthin begibt, wo sich etwas bewegt oder bewegen läßt. Besteht die Chance, das BGE zu einer Technik der Neutralisierung der Grundrente zu entwickeln, dann gehören wir dahin. Wenn aber das BGE – wie es zur Zeit diskutiert wird – nur ein neues Instrument der „Sozial“-Politik werden soll, mit der ein weiterer Teil des Arbeitsertrages abgeschöpft werden soll, dann müssen dazu eine Fronteinstellung beziehen.

(Auch an dieser Stelle: Es kann nicht darum gehen, der Freiwirtschaft zur Macht um der Macht willen zu verhelfen, sondern um die personen- und gruppenlose Macht der Aufklärung zu stärken. Die Idee muß zum Selbstläufer werden.)

8. *Fairöconomy*, Heft 2 vom Juni 2008 (www.INWO.de)

In diesem Heft sind zwei Artikel zum Thema. BGE veröffentlicht worden. Der erste Artikel ist von Josef Hüwe¹⁵ und der Titel lautet „Vollbeschäftigung oder Grundeinkommen?“ Der zweite Artikel ist von Alwine Schreiber-Martens und trägt den Titel „Einkommen muß Teilhabe sichern“.

Zu Josef Hüwes Beitrag:

Der Auftrag der Freiwirtschaft ist die Aufklärung darüber, unter welchen Bedingungen Vollbeschäftigung erreicht werden kann, die Lohnquote zu Lasten der Kapitalquote erhöht werden kann, wie die Grundrente mit einem die Umwelt entlastenden Effekt öko-

¹⁵ Mit Josef Hüwe, Jg. 1938, ist einer – nach dem andere weggestorben sind – der ältesten Kontakte in der Freiwirtschaft. Wir sind nicht immer einer Meinung. Aber ich gebe blind – ohne Befürchtungen um meinen schlechten und guten Ruf – weiter, was er zu Papier bringt.

nomisch zur Herstellung der Chancengleichheit neutralisiert werden kann und wie sich dezentrale Strukturen im Bildungs-, Kultur- und Sozialbereich gegen die Fesseln des Zentralismus behaupten können. Ich freue mich, daß Josef Hüwe das Thema Vollbeschäftigung aufgegriffen hat, indem er von einer Untersuchung berichtet, die der Frage nachgeht, welchen Stellenwert die Vollbeschäftigung heute noch in der Wirtschaftswissenschaft hat und es wurde gefragt, ob eine Vollbeschäftigung möglich ist oder nicht. Ich gehe davon aus, daß bei einer Vollbeschäftigung und bei steigenden Arbeitseinkommen die Diskussion um ein BGE schnell verebben würde. Die Frage ist doch, wie wir es schaffen, unser Wissen über die Problemzusammenhänge jenen verfügbar zu machen, die unser Wissen nicht teilen aber an dem Thema Arbeitslosigkeit oder Vollbeschäftigung arbeiten. Mir ging durch den Kopf, daß ein interner Wettbewerb gestartet werden könnte, um die beste Darstellung des Komplexes auf 10 DIN-A-4-Seiten. Damit müßten alle Sozialwissenschaftler eingedeckt werden. Natürlich müßten Adressen besorgt und der effektivste für uns finanzierbare Versandweg ausgekundschaftet werden. Damit dann das Informationspapier nicht einfach in der Ablage oder dem Papierkorb landet, müßten parallel dazu Informationskampagnen über die Presse und unter der Studentenschaft laufen. Aber ich bin mir darüber klar, daß dieser Gedanke nur ein Suchen nach einem Loch im Käfig ist, den wir uns gar nicht trauen zu verlassen. Wir könnten ja gar nicht mehr klagen, daß uns keiner wahrnimmt. Zum Trost gibt es noch drei im Text von J.H. hervorgehobene Zitate, von denen ich allerdings nicht weiß, ob sie von J. H. oder von den Autoren der referierten Untersuchung sind.

„Arbeit ist nicht nur als Einkommensquelle zu sehen, sondern als ein Ort, an dem Menschen mit anderen Menschen verbunden sind, an dem sie sich als Teil der Gesellschaft fühlen können.“

„Heute wären im Zuge des technischen Fortschritts weitere Arbeitszeitverkürzungen möglich. Nach einer Geldreform könnten die Beschäftigten dabei aber dennoch ihre Existenz sichernde Entlohnung erwarten.“¹⁶

„Ein Grundeinkommen kann die individuellen und gesellschaftlichen Vorteile von Vollbeschäftigung nicht ersetzen. Arbeit für alle sollte daher als vorrangiges Ziel wieder mehr Beachtung finden.“

Ich denke viele schreiben auch über das BGE, die noch nie Gelegenheit hatten, den Unterschied zwischen einem verdienten Euro und einem zugewiesenen Euro festzustellen.

16 Robert Bosch 1885: „Man hat beispielsweise bis jetzt statistisch ausgerechnet, daß man bis 2- 3 Stunden Arbeit pro Tag und Kopf, d. h. Männer und Frauen, auskommen wird, bei noch größerer Vervollkommnung der Maschinen wird man noch weiter kommen.“ a.a.O. S. 42

Zu Alwine Schreiber-Martens: Erst ist es mal so, daß ich mich darüber freue, daß wir in der immer noch von Männern dominierten Freiwirtschaft mit Alwine Schreiber-Martens eine Frauenstimme haben, die nicht zu überhören ist. Dann ein paar Anmerkungen zum Artikel. Auf dem ersten Blick klingt die Überschrift ganz gut: „Einkommen muss Teilhabe sichern“. Aber dann die Überlegung: „Fehlt da nicht etwas?“ , „Wessen Einkommen?“ Mit Teilhabe ist sicher gemeint, Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, am Konsum und wofür man noch Geld ausgeben kann. Aber das ist es nicht, was mir in der Aussage fehlt. Mir fehlt die Teilhabe an der Mühe, aus der Einkommen erst entstehen kann. Dann die redaktionelle Hervorhebung:

Welche Leistung wird bisher in unserer Gesellschaft belohnt? Und welche Entwicklung wollen wir in Zukunft mit welchen Mitteln finanzieren? Gemeinsam können die Ideen der Reform der Geld- und Bodenordnung und die Grundeinkommen eine politische Dynamik entfalten.

Jede Leistung (egal ob es eine Dienstleistung oder am Ende ein Produkt ist) wird durch Arbeit erbracht. Derjenige, der die Arbeit vollbracht hat, kann das Ergebnis seiner Arbeit (in einigen Fällen) selber genießen, verschenken oder verkaufen. Das Verkaufen läuft in der Zentralverwaltungswirtschaft anders als in der Verkehrswirtschaft. Aber kostenlos gibt es fast nichts. Wenn kostenlos gesagt wird, meint man in der Regel unentgeltlich. Unentgeltlich heißt aber wiederum nicht, daß kein Geld fließt. Nehmen wir z.B. einen „kostenlosen“ Kindergarten. Die Eltern zahlen nicht direkt an den Kindergarten, sondern die Kosten werden aus einer Staatskasse beglichen. Der Staat holt sich das Geld für die ausgelegten Kindergartenkosten und seinen eigenen Kosten dann über die Steuern von den Eltern zurück. Das ist ein teurer Umweg, der zudem noch ein Stück Entmündigung der Eltern ist, denn der Staat sagt natürlich: „Ich zahle, also will ich auch bestimmen, was im Kindergarten läuft.“ Im Prinzip kann jede Leistung über den Markt vermittelt werden, wenn sie mit einem kostendeckenden Preis ausgestattet ist. Die Klage darüber, daß alle Lebensbereiche kommerzialisiert werden, rührt meines Erachtens daher, daß viele Leute immer noch denken, sie bekommen etwas vom Staat geschenkt und weil der rudimentäre Status unserer Marktwirtschaft für seine endgültige Form gehalten wird. Das Schenken wird immer eine wichtige Funktion haben und da das Geben seliger macht als das Nehmen, ist es auch eine Bereicherung des Schenkers. Mich stört aber z. B. bei den Freunden vom Seminar für freiheitliche Ordnung und auch bei den

Anthroposophen, daß immer davon gesprochen wird, daß die Kultur über Schenkungen finanziert werden muß.

Sicher, nicht alles was im Kulturbereich geleistet wird, wird einen kostendeckenden Preis erzielen, so daß hier Schenkungen besonders wichtig sind. Aber prinzipiell sind die Merkmale von Leistungen bei Lehrern und Schustern, bei Kunstmalern und Anstreichern gleich. Gerade dadurch, daß wir Märkte für Leistungen im Kultur- und Sozialbereich schaffen, können viele selbständige Existenzen (z.B. auch in der Genossenschaftsform) ermöglicht werden.

Manchmal können zwei Ideen, wenn sie gekoppelt werden, sich gegenseitig stärken. Die Freiwirtschaft besteht ja nur, weil die Bodenrechtsreform und die Geldreform Hochzeit hielten. Bei der Vereinigung von Freiwirtschaft und BGE vermute ich eher, daß beide baden gehen. Bei der Umlaufsicherungsgebühr des Geldes wird zurecht immer wieder davor gewarnt, die Umlaufsicherungsgebühr für fiskalische Zwecke zu mißbrauchen. Die Abschöpfung der Grundrente (oder Erhebung von Abgaben für die Nutzung der Naturressourcen) und die Verteilung dieser Gelder nach Köpfen oder nach Kinderzahl sind kein Grundeinkommen, auch kein Einkommen im ökonomischen Sinn, sondern eine Methode zur Herstellung der Chancengleichheit. Die Höhe der Abschöpfung kann sich nicht nach der erforderlichen Ausstattung des Grundeinkommens richten, sondern müssen sich an den Ergebnissen der Märkte für Nutzungsrechte orientieren. Dabei kann es dann durchaus sein, daß von dem so erzielten Ergebnis sparsame Menschen ihr Leben fristen können.

Könnte ein Grundeinkommen, gemeinsam finanziert durch gezielte Ressourcenbesteuerung, durch allgemeine Verbrauchssteuern (Vorschlag von Götz Werner) und Anhebung „traditioneller“ Steuern wie Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer, Börsenumsatzsteuer u. ä., politisch vielleicht eher realisierbar sein als die „Geldreform“?

Diesen Absatz greift sicher jede Redaktion gerne auf, die mit ihrem Blatt in Frontstellung zum Neoliberalismus stehen. Ich denke aber, er steckt voller Probleme. Bei den Verbrauchssteuern haben wir das Problem, daß mit jeder Erhöhung auch die Schwarzarbeit steigt. Bei der Erhöhung der traditionellen Steuern, die jetzt schon einen enteignenden und entmündigenden Charakter haben, haben wir die Kollision mit der Eigentums-

garantie der Grundgesetzes. Außerdem werden unsere eigenen Leute sagen: „Was brauchen wir noch eine Geldreform, wir haben jetzt ja einen anderen Weg gefunden.“

Vergessen wird mal wieder, daß es bisher noch nie richtig gelungen ist, die Wirtschaft mit Steuern zu steuern.

Und noch etwas: Den Zaun, den wir bei der Einführung des BGE um Deutschland bauen müssen, weil sich ja in alle Welt herum spricht, daß es bei uns noch mehr als bisher „umsonst“ gibt, dürfen wir nicht vergessen.

*Der Konflikt Ekkehard Lindner – Werner Onken
vom Januar 2008 um die Zeitschrift für Sozialökonomie*

Dieser Konflikt, der zum Austritt von Ekkehard Lindner aus der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft mit Niederlegung seines Amtes als geschäftsführender Vorstand geführt hat, hat drei Dimensionen: Die eine Dimension ist die Schwierigkeit bei Einsetzen der wachsenden Unlust (nennen wir sie Vereinsmüdigkeit), sich von einer Ideengemeinschaft zu lösen, für die man über Jahrzehnte gewirkt, gelitten und gestritten hat. Ein handfester Krach um Nichtigkeiten oder Wesentliches hilft da beim Absprung. Das konnte ich auch in anderen Fällen beobachten. Die zweite Dimension ist die Entfremdung. Werner Onken schreibt dazu in seiner Mail vom 14. 1. 08:

Trotz der in den späten 1980er Jahren eingetretenen und leider nie mehr überwundenen Entfremdung zwischen Herrn Lindner und mir habe ich seine verlässliche Tätigkeit in der SG sehr geachtet und bedaure, dass ihre Beendigung nun mit so viel Bitterkeit verbunden ist.

Diese Entfremdung ist auch etwas ganz normales, sie kommt vor in der Ehe, in den Parteien, unter Geschäftsfreunden, im Sport oder in einer Gelehrtengemeinschaft. Manchmal heben sie sich auf, manchmal nähert man sich wieder bis auf eine Sicherheitsdistanz und manchmal bleiben sie bis zum letzten Atemzug bestehen. Das ist einfach so, da muß man rational mit umgehen, wenn daraus nicht eine Blockadewirkung bei den gemeinsam angestrebten Zielen entstehen soll. Die dritte Dimension ist der immer und überall auftretende Konflikt über die ideelle oder geschäftliche Ausrichtung einer Partei, eines Verbandes, einer Kirche, eines Unternehmens oder eben auch der Freiwirtschaft allgemein oder der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft im speziellen.

Ekkehard Lindner stellt für sich fest, daß die Freiwirtschaft auf einem Weg ist, den er

nicht gutheißen kann und für den er sich jahrzehntelang krumm gemacht hat. Das drückt er u.a. in seiner Stellungnahme „Mein Abschied von der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft“ vom Januar 2008 wie folgt aus:

So lässt z.B. das angekündigte Thema der Birkenwerdertagung für 2008 zum Thema „Solidarische Wirtschaft“ erneut Konfliktstoff erwarten, weist es doch bereits wieder auf eine neomarxistische Träumerei hin, ähnlich dem Grundeinkommen. Auch bei bester Absicht: Die Realisierung des Vorhabens kann nur eine soldarisch organisierte Zwangswirtschaft ergeben.

Akut heiß wurde der Konflikt durch die 154. Folge der *Zeitschrift für Sozialökonomie (ZfSÖ)*. Werner Onken hatte das Heft gefüllt mit Pro-Grundeinkommen-Beiträgen. Ekkehard Lindner sah die Ausrichtung der Zeitschrift, für die er stand, gefährdet und regte Bernd Striegel¹⁷ an, eine Gegenposition zu formulieren. Diese hat Bernd Striegel auch unter dem Titel „Bedingungsloses Grundeinkommen – eine gerechte Idee?“ produziert. Für das, was ich verdeutlichen will, ist es jetzt unerheblich, ob die Formulierung der Gegenposition gut gelungen ist. Ekkehard Lindner hatte jetzt die Vorstellung, daß Werner Onken den (nach meiner Meinung für die ZfSÖ zu langen) Beitrag in der nächsten Ausgabe veröffentlicht. Obwohl ich inhaltlich in diesem Fall Ekkehard Lindner näher stehe, bin ich der Meinung, daß Werner Onken gut getan hat, sich dem Wunsch nicht zu beugen, weil es hier um etwas Prinzipielles geht. Aber an dieser Stelle erst mal wieder ein Lob auf die Vielfalt. Bernd Striegel konnte seinen Artikel in der *HumanWirtschaft* veröffentlichen. Es wäre doch schrecklich, wenn uns nur eine Zeitschrift zur Verfügung stehen würde. Ich habe Werner Onken über die Jahre immer wieder gesagt, daß er sich bei seiner Arbeit als Redakteur nicht herein reden lassen soll. Wenn den Herausgebern seine Arbeit nicht mehr gefalle, sollten sie ihn abwählen oder abberufen. Ich weiß, daß das in Bezug auf Vereinigungen, die knapp an Geld und Personal sind, leicht gesagt aber schwierig umzusetzen ist. Aber in einer arbeitsteiligen Welt können die Konflikte dadurch reduziert oder eingegrenzt werden, daß die verschiedenen Rollen eindeutig definiert sind. Und „Vorstandsmitglied“ und „Redakteur“ sind nun mal zwei verschiedene Rollen. Ich möchte auch daran erinnern, daß bei den Protesten 1968 die Auseinandersetzungen um Zeitungsverlage und -redaktionen eine große Rolle gespielt haben. Die eine Tendenz war die Verstaatlichung der Verlage, die andere die Unabhängigkeit der Redakteure durch Redaktionsstatute. Auch in Vereinszeitschriften dürfen Berater keine Be-

¹⁷ Autor von: *Über das Geld – Geschichte und Zukunft des Wirtschaftens*, 2004, 597 Seiten

stimmer sein. Ein besonderes Problem sind dabei die Einmann-Redaktionen. Eine Redaktion muß im gewissen Sinn die Leserschaft repräsentieren, damit sich die unterschiedlichen Interessen und Ausrichtungen, die in der Leserschaft vorhanden sind, im Inhalt der Zeitschrift wiederfinden. Eine Einmann- oder Einefrau-Redaktion kann das auf Dauer nicht leisten. Ich habe der Redaktion und dem Verlag die Rückmeldung gegeben, daß ich bei mir beobachtet habe, daß ich auch bei Interesse am Inhalt die Zeitschrift im Stapel *Ungelesenes* wieder nach unten lege. Ich würde vermuten, daß es an der Schriftart läge. Ich bekam die Antwort, daß an der Schriftart aus Kostengründen nichts zu ändern wäre. Wenn ich ein Einzelfall bin, kann man in der Tat meine Rückmeldung vergessen. Wenn aber vielen Lesern der ZfSÖ so geht, ist das ein Fiasko. Denn es kommt nicht darauf an, was eine gedruckte Seite, sondern eine gelesene Seite kostet. Rückmeldungen sind nicht nur in Form von Leserbriefen für den Herausgeber und die Redaktion wichtig.

Mich wundert, daß es nicht schon früher Krach um die ZfSÖ gegeben hat. Die ZfSÖ ist ein Kind der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft (SG) (ursprünglicher Herausgeber Bernd Hasecke, tragende Säule vor Werner Onken war Elimar Rosenbohm). Als die SG die ZfSÖ finanziell nicht mehr packen konnte, ist die Stiftung für Geld- und Bodenordnung eingesprungen. Wenn ich richtig verstanden habe, ist es aber nicht zu einer klaren vertraglichen Vereinbarung zwischen SG und Stiftung gekommen. Normalerweise steht einer Stiftung die Auswahl bei den Projekten zu, die sie fördern will, greift aber selber nicht in das geförderte Projekt ein. Im vorliegenden Fall wollte und will die Stiftung wohl nicht nur Geld geben, sondern auch Einfluß ausüben. Das muß irgendwann zu Auseinandersetzungen führen.

Innerfreiwirtschaftliche Neutralität

Bei aller Vielfalt in der Freiwirtschaft gibt es auch Institutionen, die allen Mitwirkern dienen und deren Interessen berücksichtigt werden sollten, daß ist das Finanzierungsinstrument Stiftung und das ist das Archiv. Hier muß jeder Aktivist, der im freiwirtschaftlichen Sinn tätig ist, ohne große Bedenken sagen können: Unsere Stiftung ... Unser Archiv.

Bei der Stiftung ist das auch für Zustiftungen erforderlich, denn wenn die Stiftung parteiisch ist, gehen ihr wahrscheinlich aus Verärgerung über parteiische Vergabepraktiken

potentieller Stifter und damit Mittel verloren. Nun ist es vermutlich eine schwierige Kunst, knappe Mittel so zu vergeben, daß alle Gruppen damit zufrieden sind. Die Zufriedenheit mit der Stiftung kann man aber schon dadurch fördern, daß die Gremienmitglieder in offenen und fairen Wahlen bestimmt werden.

Ein Redakteur darf parteiisch sein, er darf ein Profil haben, das nicht allen Mitwirkern in der Freiwirtschaft gefällt, aber der Leiter eines Archives muß von der Leidenschaft besessen sein, die ganze Wirklichkeit der freiwirtschaftlichen Verlautbarungen und anderen Aktivitäten in ihrer Schönheit und Häßlichkeit, in ihrer Stärke und Schwäche in der Vergangenheit und Gegenwart zu bewahren, sichtbar und zugänglich zu machen. Der Freiwirtschaft mittels des Archives ein bestimmtes Profil für die Nutzer von morgen zu geben, schließt immer Teile der Freiwirtschaft aus und muß den Gesamtzusammenhang negativ beeinflussen. Es ist daher wichtig, daß die Archivleitung sagt, nach welchen Kriterien sie sammelt. Ich habe auf die im Laufe der Zeit wiederholt gestellte Frage keine Antwort erhalten. Mir ist nicht einmal bekannt, wem rechtlich gesehen, die Sammlung im Archiv gehört. Ich finde darüber keine Angaben.

Gedankensplitter zum Verständnis von Gegenwart und Vergangenheit.

Die Lehre von der Wertfreiheit in der Wissenschaft, ist ja der Versuch, den Erkenntnisprozeß vom politischen Widerstreit und Direktiven freizuhalten. Aber gerade im Bereich der theoretischen Ökonomie ist das schwer, weil gewonnene Einsichten nach realer Anwendung streben. Schon die erste veröffentlichte Zeile, die nur mitteilen will und nach Verständigung sucht, löst das aus, was wir Politik nennen. Das wäre ja nicht besonders erwähnenswert, wenn die Politik nur die sachliche Suche nach den besten Lösungen für anstehende gesellschaftliche Probleme wäre. In der Politik geht es aber um Wahrung oder Durchsetzung von individuellen und gruppenmäßigen Interessen, aber auch um Anerkennung von Lehrsätzen, Theorien, Weltanschauungen und Religionen, denn diese werden herangezogen zur Rechtfertigung des Bestehenden oder der Forderung des Neuen. Dies alles führt dazu, daß die Erkenntnisarbeit – besonders im Bereich der Ökonomie – eher den Eindruck von Gezänk als von abgewogener Urteilsfindung macht.

Die Sicht der Sieger von den Ursachen und den Ablauf eines Krieges ist immer eine andere als die der Verlierer. Da aber die Verlierer nach ihrer Niederlage die Sicht der Sieger übernehmen müssen, um zu überleben, ist die Revision der Siegeregeschichte nach einem genügenden zeitlichen Abstand vom Sieg bzw. der Niederlage das natürlichste Bestreben von wachen Zeitgenossen und eben nicht nur auf die Verlierer beschränkt. Die Erschwerung oder das Verbot der Geschichtsrevision ist aber ein Instrument der politischen Geschichtsgestaltung. Und die politische Geschichtsgestaltung ist wiederum ein Instrument der Lenkung von Menschenmassen. Bei uns besteht meines Erachtens die Gefahr, daß die Behinderung der Geschichtsrevision ein ruhiges Abwägen verhindert, so daß sich unter dem Druck, der sich unter dem Deckel bildet, ein geschichtliches Gegenbild entsteht, daß die vergangene Wirklichkeit genauso schief zeichnet.

Die Verweigerung den Deutschen über ihr Handeln im vorigen Jahrhundert ein gerechtes Urteil zukommen zu lassen, scheint mir das größte Förderprogramm des Rechtsradikalismus zu sein.

Einst galt Wahrheitsforschung, Aufklärung und Fortschritt als links, heute - so dünkt mir - gilt die Kunst von dem Morden unter linken Vorzeichen in aller Welt dadurch abzulenken, daß das Morden als ein Monopol der Rechten dargestellt wird, ohne die tieferen Ursachen des politischen Massenmordens allgemein zu berühren, weil das wiederum die eigenen ideologischen Bastionen gefährden könnte.

In einer Situation wie der nach dem Untergang des Nationalsozialismus konnten sich die Überlebenden glücklich schätzen, die Opfer oder Förderer des Widerstandes waren. Glück hatten auch noch die Überlebenden der Tätergruppe, die nachweisen konnten, daß sie nicht unmittelbar an den Schandtaten beteiligt waren. Die eindeutigen Täter waren zu Recht schlecht dran. Aber den damaligen Siegern war es nicht genug, daß es einzelne Gruppen von Tätern gab, sondern sie brauchten die Deutschen insgesamt – unabhängig davon, ob sie Täter, Mitläufer oder Widerständler waren – als die Schuldigen, um sie nach ihren Vorstellungen kneten zu können: „Kollektivschuld gibt es nicht, nein, nein, aber schuldig müßt ihr Euch schon fühlen und zahlen müßt ihr auch“. Ein guter Deutscher mit Karriereaussichten konnte fortan nur sein, wer die unendlich große

Schuld der Deutschen und die Unschuld aller Kriegsgegner Deutschlands anerkannte. Dieses Bild ist seit einiger Zeit im Wandel begriffen, was auch dringend erforderlich ist, weil sich damit keine künftigen Katastrophen wie jenes unter der Hakenkreuzfahne abwenden lassen.

Großorganisationen wie die der Kirchen haben es in einer solchen Situation relativ leicht, weil sie in der Regel nachweisen können, daß sie neben den Tätern in ihren Reihen ja auch erhebliche Zahlen an Opfern und Mitglieder des Widerstandes vorzuweisen haben. Ein öffentliches Schuldbekenntnis machte die Kirchenmitglieder und vor allem den Klerus wieder zu den guten und unverzichtbaren Deutschen. Kleine Gruppen aus diesem Tätigkeitsfeld, die erkennen, vermitteln und handeln, haben es da wesentlich schwerer. Öffentliche Erklärungen werden so gut wie nicht wahrgenommen, aber sie werden leicht als Müllplatz von jenen Zeitgenossen mißbraucht, die ihren Haß auf die Vergangenheit und Gegenwart loswerden müssen. Und Einzelpersonen und Gruppen, die unberechtigt in die Ecke der Schuldigen gestellt wurden, wurde nicht beigestanden, weil die Angst immer groß war, selber in die Ecke gestellt zu werden.

In der Untergangsphase der Weimarer Republik war es so, daß die Gruppen mit einem idealistischen Anliegen in der Regel gespalten wurden. Wenige Gruppenmitglieder gingen in den Widerstand gegen den aufkommenden Nationalsozialismus, die Mehrzahl verhielt sich in irgend einer Weise bedeckt, unauffällig, angepaßt und eine kleine Anzahl wurde selber aktiv: „Wir können nur da etwas bewegen, wo sich etwas bewegt!“ Der Leidensdruck war für alle Teilgruppen gegeben. Dies war auch in freiwirtschaftlichen Gruppen so. Heute, im erreichten Status des guten Deutschen haben wir gerne unsere Opfer aufgeführt und unsere Täter nur am Rande erwähnt. Ich sehe da aber nicht nur das Wirken von Feigheit und taktischer Zurückhaltung, sondern die Unsicherheit über die Motive und die Wirkungszusammenhänge der Täter und der Frage, ob „unsere“ Täter in Anführungsstrichen zu setzen sind.

Wer in diesem Themenbereich eigene Überlegungen formuliert, wird sehr schnell in die Rechte Ecke geschoben. So wie es von linken oder mittleren politischen Positionen aus nicht nur Unsinn formuliert wird sondern auch Richtiges und es dadurch zu partieller Übereinstimmung kommen kann, so kann es auch zu Übereinstimmungen mit Aussagen

aus dem rechten Lager kommen. Aber meistens unterscheiden sich dann noch die Intentionen und auch der Ton, der die Musik macht. Aber bei uns im freiwirtschaftlichen Umfeld ist die Angst vor den lügenhaften Sticheleien der Antifaschisten (mit faschistischem Gehabe) und jene Angst, die Erfordernisse der politischen Korrektheit¹⁸, die von dem antidemokratischen Begriff *Staatsräson* erzwungen wird, nicht zu erfüllen. Ich befürchte, daß wir nicht mehr lange HerrIn im eigenen Gedankenhaus sind, wenn wir diese Angst nicht überwinden. Diese Staatsräson bezieht sich auf die Israelpolitik der BRD und das Geschichtsbild, das uns Deutschen verordnet wurde. Diese Politik, die aus der tatsächlichen Schuld und aus dem ideologisch begründeten Schuldkomplex entstanden ist, geht zu Lasten der Palästinenser und jener Israelis, die wie wir Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit wollen. Diese Staatsräson als politische Doktrin fördert einen neuen Weltbrand mehr als sie ihn verhindert. Unsere Aufgabe als Freiwirte ist nicht, uns so zu verhalten, daß wir auch mal politisch gestreichelt werden, sondern darüber aufzuklären, welche ökonomischen Bedingungen der Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit für Israelis, Palästinenser und alle Menschen dieser Welt erfüllt werden müssen. Eine Orientierung für unser Verhalten kann der nachfolgende Ausschnitt aus dem Bericht „Das Überleben der anderen“ von Simon Benne in der HAZ vom 16. Juli 2008 geben. Dort heißt es über den Althistoriker Alexander von Stauffenberg:

Er kämpfte gegen Notstandsgesetze und atomare Aufrüstung; bis zu seinem Tod 1964 setzte er sich für die deutsche Einheit ein.

Zum 20. Juli äußerte er sich selten. Doch in einer Festansprache zum Makkabäer-Aufstand jüdischer Freiheitskämpfer im Jahre 164 v. Chr. erklärte er:

„Nur dort werden die Ideen der Freiheit und Menschenwürde die obersten Prinzipien menschlicher Ordnungsgewalten sein, wo jener oberste sittliche Adel zu Hause ist, der bereit ist, dafür sein Leben zu wagen.“ So spiegelte sich die Geschichte in der Geschichte.

Was wagen wir denn heute schon. Wir machen uns schon in die Hosen, wenn uns einer im Vorübergehen fälschlicher Weise als faschistoid oder antisemitisch bezeichnet.

Schon die Nachfrage nach Titel, die als belastet gelten, löst das Zittern aus. Ich habe mir vorgestellt, ich müßte mit solchen Freunden in einer Situation wie der Nazi- oder SED-Herrschaft eine Widerstandsgruppe aufbauen. Ein solcher Versuch wäre von Anfang zum Scheitern verurteilt. Ich weiß ja selbst wie es ist, wenn man entgegen dem ei-

¹⁸ Anne Hoffmann sagt in ihrer Arbeit „Political Correctness – Zwischen Sprachzensur und Minderheitenschutz“, Tectum Verlag, 1996, daß die Begriffe Political Correctness und Politische Korrektheit nicht gleich gesetzt werden dürften, da sie für ihre Geltungsbereiche USA und Deutschland unterschiedliche Inhalte hätten.

genen Selbstverständnis als einer mit „ultrarechten Tendenzen“ bei den Grünen gebrandmarkt wird und die Presse plappert Land auf Land ab nach, ohne einmal nachzufragen, was wirklich Sache ist. Es ist schmerzhaft schon, plötzlich einem Ruf ausgesetzt zu sein, der schlimmer ist als der eines Zuhälters, Verräters oder Diebes. Vorbehaltlos beigestanden ist mir eigentlich nur ein jüdischer Parteifreund. Aber wir müssen uns üben stärken für schlimmere Zeiten, die kommen werden, wenn die Republik so weiter macht wie bisher.

Bundesgenossen oder gegen den Strom

Bei der Ausführung unseres Auftrages, nämlich ökonomische Aufklärung zu betreiben, gibt es verschiedene Strategien. Arthur Rapp zitiert in einem Merkblatt zum Aufhängen vom Dezember 1982 aus: *Monarchen und Mammonarchen* von Theodor Duimchen¹⁹, 1908:

Natürliche Bundesgenossen.

In aller Politik gehört es zu den wichtigsten Aufgaben, natürliche Bundesgenossen zu erkennen, und zu den Sieg verleihenden Fähigkeiten, den Weg zu ihnen rechtzeitig zu finden.

Er kommentiert dann:

Seit ich das Buch von Duimchen kenne, und zwar seit 1923, ist dieses Zitat zum Leitmotiv für mein p o l i t i s c h e s Denken geworden,
- heute mehr denn je!

Haben Sie auch so ein Leitmotiv?, - oder meinen Sie, zur p o l i t i s c h e n Durchsetzung der NWO-Lehre könne man auf derartige Ratschläge verzichten?

Wenn Sie ohne auskommen,
darf man Sie wohl zu Ihren Erfolgen beglückwünschen!?
Jedenfalls sollten Sie sich mit Ihrem Wissen nicht abkapseln.

Andere möchten gern von Ihnen lernen.

Oder schwimmen Sie lieber

Gegen den Strom

„Gegen den Strom“ war das Leitmotiv von Hans Schumann, von dem gleich die Rede sein wird. Arthur Rapp war wohl ein Gegenspieler von Hans Schumann. Er schwamm auch nicht immer alleine und gegen den Strom. Als zeitweiliger Mitschwimmer am rechten Rand macht der Verstorbene uns heute noch zu schaffen. Wir müssen aber hier erst einmal zur Kenntnis nehmen, daß wir die Frage, welche dieser beiden Strategien

¹⁹ Siehe auch: http://www.sachbuchforschung.de/html/kgds_7.html

richtig oder falsch ist, nicht eindeutig beantworten können, sondern müssen sagen, daß sie von der Situation, von den Umständen, die zum Handeln drängen, abhängen. Die Suche nach Bundesgenossen kann in das Fiasko führen (NSDAP) oder in den Kräfteverschleiß mit Erfolglosigkeit. (Die Grünen) Aber die Methode „Gegen den Strom“ kann auch nicht mit Erfolgsgarantie ausprobiert werden. Viele resignieren bei einem solchen Versuch, manche zerbrechen und wenige haben Erfolg. Stephan Koch schreibt am 5. August 08 in der HAZ zum Tode von Solschenizyn:

Gegen den Strom zu schwimmen ist immer kräftezehrend.
Aber zur falschen Zeit gegen den Strom zu schwimmen,
kann in den Wahnsinn führen oder gar tödlich enden.
Alexander Solschenizyn hat Warnungen dieser Art oft zu hören bekommen
und stets in den Wind geschlagen.
Über 60 Jahre hinweg blieb er den Machthabern ein Grauen -
und konnte immerhin von sich behaupten, als Einzelner ein ganzes
Unrechtsregime herausgefordert zu haben.

Erwähnt werden bei dieser Strategie wie bei der Olympiade nur die Sieger. In der Schrift „Macht oder Geist – Die Frage unserer Zeit“ von Prof. Dr. Paul Heinrich Diehl, der als langjähriger Bürgermeister praktizierender Bodenreformer war (Telos Sonderdruck, Berlin 1968. Siehe kleine freiwirtschaftliche Bibliothek auf meiner Internetseite.), fand ich folgende Stelle zum Thema „gegen den Strom“:

In einem alarmierenden Artikel von Günther Grass in der „Südd. Zeitung“ vom 29. Mai 1967 wird uns politisch unbelehrbaren Deutschen bewiesen, daß wir auch nach dem zweiten Weltkrieg wieder genau das Gegenteil dessen getan haben, was wir hätten tun sollen. Grass wirft unseren Politikern vor, daß sie es nicht gewagt haben, gegen den Strom zu schwimmen.
Aber seit wann tut das eine parlamentarische Mehrheit?
Das macht doch immer nur die Opposition, die nichts zu verlieren hat, möglicherweise einiges dabei gewinnen könnte. (S.3)

Auf diese Informationsaktion von Diehl haben damals sogar Walter Scheel als Vizepräsident des Deutschen Bundestages und Dr. Hamm-Brücher als Staatssekretär im Hessischen Kultusministerium geantwortet. Nach meinem Eindruck fehlt ein Nachschlagewerk (auch in Form einer Datei), wo aufgelistet ist, wer, wann, wo, mit welchem Aufwand, Ziel und Erfolg bzw. Mißerfolg eine Aktion, die aufklären oder Aufmerksamkeit erzeugen wollte, durchgeführt hat.

Heute schwer verdauliche Bücher

Es gibt Bücher, von denen wünscht man sich, daß sie nicht geschrieben und gedruckt wurden. Wobei gleich gesagt werden muß, daß so ein Wunsch natürlich vom Betrachter, seiner Zeit, seinem Ort und sonstigen Lebensumständen abhängt. Jedes Druckwerk – ob Brief oder Buch – wird in seine Zeit hinein produziert, erfährt eine kurze oder lange Zustimmung, eine kurze oder lange Ablehnung. Es kann auch sein, daß sich Zustimmung in Ablehnung verwandelt oder umgekehrt.

Jedenfalls zu den Büchern, die uns hätten erspart bleiben sollen, zählen die beiden Titel von Hans Schumann: „Kriege der Milliardäre – Transaktionen des Hauses Morgan“, 1939, erschienen in *Ludendorffs Verlag* und „Männer gegen Gold“, (weitere Auflage) 1943, Noebe und Co. Verlagsbuchhandlung, Prag, Berlin, Leipzig. Das letzte liegt mir nur in teils schlecht lesbaren fotokopierten Auszügen vor. Die Frage kam in mir auf, wie man mit solchen Veröffentlichungen umgeht, zumal die faschistischen Antifaschisten nur Gründe dafür suchen, mit dem Antifaschismusknüppel unqualifiziert um sich schlagen zu können. Mir fiel eine freiwirtschaftliche Stellungnahme ein, die ich gelesen hatte. Nach einer Rückfrage konnte ich diese auf der Seite www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de orten. Schauen wir nach, was dort zu lesen ist:

Bei Quellenstudien zur Geschichte der Geld- und Bodenreform sind wir darauf gestoßen, dass Johannes Schumann, der 1973 die Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung gegründet hat, während der NS-Diktatur in seinen Büchern „Krieg der Milliardäre“ (1939) und „Männer gegen Gold“ (1943) unerträgliche antisemitische Ansichten vertreten hat. Von diesen Ansichten, die überdies auch den Analysen und Zielen der Geld- und Bodenreform diametral widersprechen, können wir uns nur in aller Schärfe distanzieren. Auch wenn ein Teil der Verfechter einer Geld- und Bodenreform während der NS-Diktatur geglaubt haben mochte, mit regime-konformen Verlautbarungen geld- und bodenreformerische Ziele tarnen zu sollen, so rechtfertigte dies Äußerungen wie die von J. Schumann jedenfalls nicht.

Wer sich in die Geld- und Bodenreform sowie in die von ihr angestrebte Änderung der sozialen Verhältnisse hineindenkt und sich durch zum Teil durchaus sozialdarwinistische, jedoch nie rassistische oder antisemitische Anklänge bei Gesell von einer sachlichen Bewertung nicht abhalten lässt, wird feststellen, dass mit diesen Reformen in einer sonst kaum wiederzufindenden Konsequenz eine herrschaftsfreie Ordnung, eine Ordnung ohne Macht, Vorrechte und Diskriminierungen angestrebt wird. Die Geld- und Bodenreform beruht auf der Achtung der gleichen Würde aller Menschen ohne Rücksicht auf ihre Herkunft, Hautfarbe oder Religion und sie hat das Ziel, soziale Verhältnisse herbeizufüh-

ren, in denen Humanität, Menschenrechte, Rechtsstaat und Demokratie sowie ein menschenwürdiges Zusammenleben in Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden keine Versprechen bleiben, sondern gelebt werden können.

Wir distanzieren uns deshalb von allen rechtsextremen, antisemitisch-rassistischen und sozialdarwinistischen, aber auch von linksextremen Ideologien. In der Satzung der Stiftung und im Stiftungsgeschäft haben solche Vorstellungen bzw. die in Bezug genommenen Ansichten J. Schumanns keinerlei Niederschlag gefunden.

Mai 2007 | Für den Vorstand der Stiftung: Fritz Andres, 1. Vorsitzender

Diese Erklärung dient dazu, von der „Leiche im eigenen Keller“ zu berichten, bevor andere darauf stoßen, die eigenen Ziele zu beschreiben und sich von dem abzugrenzen, was man nicht will. Das ist voll berechtigt, wird aber dem Autor Hans Schumann nicht gerecht. Die hier vorgenommene Distanzierung „von allen rechtsextremen, antisemitisch-rassistischen und sozialdarwinistischen, aber auch von linksextremen Ideologien“ bezieht sich auf das Heute. Daß man solche Abgrenzungen vornehmen muß, ist an und für sich schon ein merkwürdiges Zeichen unserer Zeit. Denn die Freiwirtschaftler als ausgeprägte Marktwirtschaftler mit dem Nationalsozialismus in Verbindung zu bringen, ist schon verrückt. Die Einsortierung bei den Neoliberalen wäre eher angebracht, dann aber bei den Neoliberalen erster Prägung. Auch hat die Freiwirtschaft eine eindeutige Nähe zum Anarchismus und nicht zum Faschismus (im ursprünglichen Sinn).

Die Frage ist, wie weit hat die Abgrenzung, für die Fritz Andres – den ich überdurchschnittlich schätze – mit seinem Namen steht, etwas mit dem Inhalt von Schumanns Schriften zu tun?²⁰ Mein Eindruck ist, daß sie zu ungenau ist. Angemessen wäre es, wenn die Sozialwissenschaftliche Gesellschaft mit einer Fallstudie unter Einschaltung externer Wissenschaftler - wie solche vom Format Arno Klönne²¹ - die schriftliche Hinterlassenschaft von Hans Schumann durchleuchte, um festzustellen, wann und wo er vom Weg abgekommen ist oder ob ein (schon immer) verkappter Rechter war.

Ich selber war kein Parteigänger von Hans Schumann, sondern habe ihn eher verdammt, weil ihm in seine Verbitterung jegliche Verbindlichkeit fehlte und dadurch seine Werbung für die Freiwirtschaft meistens kontraproduktiv war. Es geht aber nicht nur um

20 Den Begriff Sozialdarwinismus habe ich in Schumanns Texten nicht gefunden. Er ist heute ein politischer Kampfbegriff, der nicht definiert wird und nur für das Böse - wie beim Begriff Faschismus - steht. Wenn wir den Begriff verwenden, sollten wir auch sagen, was wir selber darunter verstehen.

21 Den ich nur aus einem Briefverkehr und einigen Veröffentlichungen – also nicht persönlich - kenne.

eine Gerechtigkeit gegenüber einem Toten, der ein Leben lang für die gleiche Sache gekämpft hat wie wir Heutigen, sondern es geht um ein besseres Verständnis für vergangenes und heutiges politisches Geschehen.

Quellen nicht nach politischen Vorgaben aussuchen

Wenn wir Quellen aus der Weimarer Zeit und der Zeit des „3.Reiches“ bewerten, dann können wir dies nur annähernd zuverlässig tun, wenn wir viele Texte aus diesen Zeiten zum Vergleich heranziehen. Wenn wir Äußerungen über Juden bewerten, dann müssen wir auch Wertungen von Juden über Juden zur Kenntnis nehmen. Daß Titel wie „Die Holocaustindustrie – Wie das Leiden der Juden ausgebeutet wird“ von Norman G. Finkelstein von der offiziellen Politik nicht gerne gesehen werden, darf uns nicht abschrecken. Juden sind oft die besseren und schärferen Kritiker als wir Nichtjuden mit unserer belasteten und uns heute noch belastenden Vergangenheit. Ich bitte mal die nachfolgend angezeigten Links zu öffnen.

"Gott, rette mich vor meinen Freunden, mit meinen Feinden werde ich selbst fertig!"

Die Großen der Erde kamen nach Israel, um uns zu schmeicheln

Von Uri Avnery *

In der Politik gibt es keine harmlose Spende. In der einen oder anderen Weise wird der Spender seine Belohnung viele Male ernten. Das gilt für die USA, für Italien und auch für Israel. Wenn der Spender der Polizei gegenüber erklärt, er habe in Israel keine Geschäftsinteressen, bedeutet es nur, dass man tiefer graben muss.

<http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Israel/60jahre-avnery.html>

http://de.wikipedia.org/wiki/Uri_Avnery

Es ist schon eine Weile her, daß ich „Kriege der Milliardäre“ gelesen habe. Ich konnte jetzt nur durch ein Überfliegen meine Erinnerungen auffrischen. Hans Schumann verwendet die Worte Jude und Plutokratie so, wie die meisten Ökonomiekritiker heute die

Worte Neoliberaler und Globalisierung verwenden.²² Schumann weiß, daß die ökonomischen Fragen keine Personalfrage sind, sondern eine des Systems. Bei dem ersten Titel, der in Ludendorfs Verlag erschienen ist, frage ich mich, ob er sich in seiner Sprache den vermeindlichen Anforderungen dieses Umfeldes angepaßt hat oder ob er selber Ludendorffer war. Die *Ludendorffer*, die eine von Mathilde Ludendorff entwickelte Philosophie vertraten, versuchten eine geistige Gegenposition zum Christen- und Judentum aufzubauen. Der Feldherr Erich Ludendorff hat kurz mit Hitler kooperiert, stand dann aber in Opposition gegen Hitler. Näheres kann ich nicht berichten, aber bei Bedarf erfährt man mehr, wenn das Stichwort Mathilde Ludendorff in eine Suchmaschine eingegeben wird.

Warum Will Noebe, den anderen Titel von Schumann dann noch herausgebracht hat, obwohl er selbst in Bedrängnis war, wohl eine jüdische Freundin hatte und um die Verfolgung der Juden allgemein wissen mußte, kann vielleicht durch Sichtung seines Nachlasses geklärt werden, wenn der noch vorhanden ist.

Die uns heute unverständlichen Denk- und Handlungsweisen vieler Deutscher – egal ob FreiwirtInnen oder nicht - kann man wohl nur aus der Krisensituation vor der Nazizeit und der Kriegssituation in der Nazizeit erklären. Ein Professor der Theologie, der die Leitung einer wissenschaftlichen Gesellschaft innerhalb seiner Kirche vom Vater übernommen hatte, erklärte, es sei betrüblich, was das Archiv dieser Gesellschaft an Zeugnissen für die Zeit des Nationalsozialismus beherberge.

Wenn nach Zeugnissen von Juden, die Weimarer Republik eine hohe Zeit des Judentums war, dann kann der Antisemitismus, der keine isolierte deutsche Angelegenheit war, keine Ursache – jedenfalls kein Hauptursache - für den Untergang dieser Republik gewesen sein. Für mich steht fest, daß die damaligen Währungsfuschereien - erst die Inflation in einem Ausmaß, wie wir uns das heute gar nicht vorstellen können, und dann die Deflation mit der Arbeitslosigkeit ohne Absicherung im heutigen Sinn - mit ihren verarmenden, umschichtenden, entwurzelnden Wirkungen der Republik das Genick gebrochen haben. Hans Schumann stand im jahre- oder jahrzehntelangen Kampf gegen diese Puschereien, die zum Teil ihre Ursache darin hatte, daß die Eingeweihten damit

22 Beim nächsten „großen Schlachten“, das garantiert kommt, wenn wir mit unserer Ökonomie so weitermachen wie bisher, müssen die Menschen dran glauben, die man zu den Neoliberalen sortieren kann. Danach wird wieder der Vorwurf geäußert werden, warum man diese Menschen durch leichtfertige Äußerungen so in Bedrängnis und den Tod bringen konnte.

gute Geschäfte machen konnten und vermutlich zum größeren Teil in falschen theoretischen Vorstellungen von dem Funktionieren einer Währung. Die Vorstellung, ein Währung müßte mit Gold gedeckt sein, spielte dabei eine große Rolle. Schumann stieß nun bei seinen Aufklärungsversuchen immer wieder neben den „christlichen“ auf „jüdische“ Verteidiger der Goldwährung. Auf der einen Seite die kleine Zahl von Juden, die hervorragend gelernt hatten, auf dem kapitalistischen Klavier zu spielen und auf der anderen Seite die jüdischen Antikapitalisten, die – wenn ich es richtig verstanden habe – die Goldwährung verteidigten, weil sich das so aus der Werttheorie von Marx ergab. Hier zeigt sich mal wieder, daß eine ökonomische Theorie nicht nur nützlich, sondern auch tödlich sein kann. Ich habe noch keinen Text zu Gesicht bekommen, in dem der Frage nachgegangen wird, wie weit Einzelne oder Gruppen von Juden den Aufstieg der Nationalsozialisten mit verursacht haben. Die generalisierungen von Schumann „die Juden“, „das Jüdische“ „der ewige Jude“ sind vermutlich eine Anpassung an die damalige Umgangssprache und Ausdruck der Niederlage der Goldwährungsgegner gegen die Goldwährungsbefürworter, die häufig Juden waren, die ihm auch einen Ausschluß aus der SPD einbrachte. Seine Verallgemeinerung spricht aber gegen seine eigene Einsicht. Ich komme darauf zurück. Wie schwierig die damaligen Zeiten waren, geht auch aus dem nachfolgenden Flugblatt hervor:

Offener Brief an den Sozialdem. Parteivorstand der Schweiz 1932

Laut Zeitungsberichten vom 10. und 11- Oktober 1932 wurde meine Person auf Antrag der Soz.-dem. Partei Biel nach 18monatiger Untersuchung wegen <kommunistische> und <freigeldlerischer> Propaganda aus der Partei ausgeschlossen. Diese Broschüre ist meine einzige Antwort, die ich noch geben kann, ein jeder Leser kann selbst urteilen, inwiefern ich parteischädigend wirkte. Meine Gedankenwelt als Geldreformer bekräftige ich durch Zitate der Genossen Prof. Dr. Fritz Marbach, Bern, anerkannter Volkswirtschaftler der Sozialdemokratischen Partei, sowie Hans Schuhmann, Deutschland und vieler

anderer bekannter Sozialisten, welche immer noch als Mitglieder der Partei tätig sind, und endlich auf die gefassten Gewerkschaftsbeschlüsse (über die Ursachen der Krise) in Stokholm 1930 und in Zürich am 21./22. Januar 1931. Ihr habt mich ausgeschlossen, doch bin ich nicht tot – Dieser Ausschluss ist weder sozialistisch, noch menschlich, noch gerecht. Was würde aus mir, wenn Sie die Militär- und Polizeidiktatur inne hätten –? Wo die Möglichkeit vorhanden ist, jede Meinungsäußerung mit Gewalt zu unterdrücken –!

Ich kann Ihnen versichern:

Will <unsere> Partei die Führung der Massen in Händen behalten, so ist eine klare Einstellung in den Fragen der Geldpolitik eine Voraussetzung, will die Partei nicht der Spielball derer sein, die den Kredit, das Geld, beherrschen. Die Frage der Geldpolitik darf somit nicht nur in den höhern Genossen-Kreisen besprochen werden, wie bis dato, sondern es ist ein Gebot der Stunde, mit der Masse zu sprechen.

2. Die mangelnde Einheitlichkeit – besser gesagt, die Klarheit – in diesen Fragen innerhalb der Arbeiterklasse bildet der beste Schutz für die internationale Hochfinanz und das Spekulantentum.

3. Alle diejenigen, die diese Unklarheit mit einem verdächtigen Eifer zu erhalten suchen, oder aber aus Unzulänglichkeit, Naivität oder beschränkter Orthodoxie dazu beitragen, gehören zu den gefährlichsten Feinden der Arbeiterklasse.

BIEL, den 15. Oktober 1932.

Hermann Vogt.

Das Flugblatt ist der Schrift „Die Ausplünderung des Mittelstandes und der Arbeiterklasse im Schutze des heutigen Staates“ von Hermann Vogt entnommen. Text 56.6 auf meiner Internetseite.

„Jude“ nicht generalisierend gemeint

Hans Schumann klärt seine Leser auch indirekt darüber auf, daß es nicht generalisierend

gemeint ist, wenn er von Jude, oder jüdisch spricht. In der Einführung zu „Kriege der Milliardäre“ schreibt er:

Es gibt sicherlich heute in Deutschland viele, die wissen, daß hinter den Kulissen der Weltpolitik eine verborgene Hand am Werke ist, und daß oft diejenigen, die an der Spitze parlamentarischer Regierungen oder auch auf Fürstenthronen sitzen, zwar regieren, aber nicht herrschen. Auch in anderen Ländern spricht man von „the hidden hand“, der „verborgenen Hand“, oder von den „sechzig Familien“, die die Politik machen.

Aber es genügt nicht, von deren Vorhandensein zu wissen – wer sie bekämpfen will, muß sie und vor allem ihre Machtmittel kennen. Es genügt insbesondere nicht, nur von der jüdischen Hochfinanz zu sprechen.

Die Herrschaft überstaatlicher Geldmächte ist in jedem Falle für das Schicksal der Völker verhängnisvoll – gleichgültig, ob es sich um mosaische Juden oder etwa um einen christlichen Arier handelt – wie Morgan.

Die erste Hälfte der Aussage ist sicher mit Rücksicht auf das Verschwörungsdenken bei den Ludendorffern oder generell bei den Deutschen in der damaligen Zeit formuliert. Die Machtmittel sind dann die Strukturfehler im Geldwesen.

Wer gleich bei der Nennung des Namens Ludendorff – Mathilde und Erich standen für unterschiedliche Inhalte und *Bund für Gotterkenntnis* auf die Palme gehen will, sollte sich an das Wort von Rosa Luxemburg erinnern: „Freiheit ist die Freiheit des anders denkenden!“ Der Spruch sollte nicht nur hervorgeholt werden, wenn die eigene Freiheit gefährdet ist.

In „Männer gegen Gold“, das schwerer verdaulich ist als „Kriege der Millionäre“, läßt Hans Schumann wenigstens anklingen, worum es ihm geht. Man bedenke, es ist Krieg, wo das Feind-Freund-Denken allgemein ausgeprägter ist.

Vorwort.

Kurz vor Ausbruch des Krieges hatte ich in meinem Buche „Kriege der Milliardäre“ die Rolle aufgezeigt, die insbesondere amerikanische Finanzkreise bei der Entfaltung des Weltkrieges gespielt hatten. Es war zu erwarten, daß die internationale Plutokratie jeden Versuch eines Volkes, die goldenen Ketten zu zerbrechen, mit einem neuen Weltbrande beantworten würde.

Mit diesem Bewußtsein zogen wir in den Krieg gegen die östliche Position der Plutokratie, gegen Polen. Mit diesem Bewußtsein kämpften wir in Belgien und Frankreich. Unser Kampf galt nicht diesen Völkern, er galt den goldenen

Mächten, zu deren Handlangern sich ihre Regierungen erniedrigt hatten.
Dem Kampfe gegen diese Mächte diene auch diese Schrift, die ich meinen alten
Kameraden widme.
Hans Schumann

Und in dem „Vorwort zum 13. bis 20. Tausend.“ heißt es unter anderem:

...

Nach einem Sieg der Plutokraten würde man sehr schnell das goldene Kalb
wieder auf seinen Thron stellen und zu einem Währungssystem zurückkehren,
mit dessen Hilfe man die Völker ausbeuten und diese Ausbeutung zugleich
tarnen kann.

Noch längst nicht alle, die es angeht, haben die Gefahr des Goldwahnes für
Frieden und Freiheit der Völker erkannt – ein Wahn, der Jahrtausende
geherrscht und den Eingeweihten Macht und Wohlleben verschafft hat, ist nicht
so schnell ausgerottet. Nur klare Einsicht in das Wesen des Goldwahnes kann
die Völker immun machen gegen die Verlockungen und den Fluch des Goldes.

Frühjahr 1943
Hans Schumann

Meine Hypothese: Da weder Schumann noch der Verleger Noebe von „Männer gegen
Gold“ Dummköpfe waren und vermutlich sahen, daß der Krieg für Deutschland verlo-
ren war (Einsicht verkleidet als Sieg der Plutokraten), galt es vorzubeugen, damit in der
Währungspolitik der „Goldwahn“ nicht wieder zum Tragen käme. Nun war es ja im
„Dritten Reich“ - und besonders nicht unter den Kriegsbedingungen nicht so wie heute
möglich, daß man beliebig publizieren konnte und sich nur um die Kosten sorgen ma-
chen mußte, sondern es gab die Zensur und Genehmigungsverfahren für Veröffentli-
chungen. Also mußte man die eigentliche Botschaft in eine Sprache verstecken, die der
herrschenden Partei genehm war. Die Wahl dieser Sprache setzt aber wiederum voraus,
daß der Autor und der Verleger nicht vom Umfang der Judenverfolgung und -vernich-
tung gewußt haben, weil sie dann sofort die Kontraproduktivität ihres Vorhabens er-
kannt hätten. Wer nimmt einem, der als Henker verkleidet ist, schon eine Friedensbot-
schaft ab.²³

²³Nachtrag: Ein Beispiel für die zur Täuschung gezwungene Kommunikation im „Dritten
Reich“ fand ich in „Carl J. Burckhardt – Meine Danziger Mission 1937 – 1939“, 1960. Burckhard
war der letzte Hohe Kommissar des Völkerbundes für die Freie Stadt Danzig.
Graf Ulrich Wilhelm Schwerin-Schwanenfeld, der am 8. 9. 1944 in Plötzensee hingerichtet wur-
de, bat Burckhardt im Auftrag des Staatssekretärs des Auswertigen Amtes, Ernst von Weizsä-
cker, in einer besonders angespannten Lage, „diesem hin und wieder durch die Post übermittel-
te und somit > ad usum delphini< für die Polizei bestimmte Briefe zu schreiben.“ In der Fußno-
te dazu heißt es:

Es wurde versäumt, die Zeitzeugen zu Lebzeiten zu befragen. Ich habe zwar immer wieder dieses Erfordernis angesprochen, aber bei der dünnen Personaldecke, bei der Beschäftigung mit der Tagespolitik und der Notwendigkeit des Broterwerbs, war dazu keine Kraft da. Schumann geizt mit Quellenangaben, er benutzt in diesem Sinne einen Stil, wie ihn auch später Günter Bartsch in seinen Beschreibungen beansprucht. (Siehe dazu Brief von ihm im Anhang.) Man kann nur hoffen, daß Schumann bezüglich der Sachverhalte, die er schildert, sauber recherchiert hat.

Ich stelle auch die Frage, wie weit Hans Schumann von dem Mitwirken von Juden im freiwirtschaftlichen Verbund wußte – zum Beispiel von dem Arzt Dr. Max Sternberg (Text 56.2.1 und 56.2.2 auf meiner Internetseite) und warum er unkritisch die Protokolle der Weisen von Zion den Juden zuordnet. An irgendeiner Stelle, die ich auf Anhieb nicht finde, verweist Schumann auf die Schrift „Morgan – der ungekrönte König der Welt“ von Fritz Schwarz, 1927. Hier gibt es auch eine Erklärung zum damaligen Gebrauch des Wortes *Jude* und eine andere Zuordnung der *Protokolle* ...

Morgan und die „jüdische Weltherrschaft“

In den letzten Monaten bemerkte man in der ganzen Schweiz ein starkes Anwachsen der anti-

2 Weizsäcker hat aus rein persönlichen Gründen diese deutlich parodistisch und scherzhaft verfaßten Briefe aufbewahrt.

Diesen Briefen legten wir einen Code zugrunde. Geschrieben wurden sie von meiner Seite im Fall momentaner Beruhigung der Danziger Lage im Ton der Verlautbarungen Greisers, im Falle starker politischer Spannungen aber im Stil des Gauleiters Forster (»Köpfe werden rollen, nieder mit den Marxisten" etc.), für den Fall einer gegen meine Person gerichteten Absicht der Machthaber sollte ich in die nationalsozialistische Beanstandung der Presse einstimmen.

Vergleiche hiezu einen Auszug aus einem Brief von Freifrau Marianne von Weizsäcker vom 35. 9. 1953 an den Verfasser:

»... Sie und mein Mann haben das Verhängnis ja damals schon kommen sehen und die gemeinsame Sorge, ebenso wie das gemeinsame heiße Bemühen, alles uns Menschen Mögliche zu versuchen, um dem Verderben zu steuern, hat Sie zu Bundesgenossen gemacht. Es ging ja nicht nur um Deutschland, sondern um Europa, ja, gewissermaßen um die Menschheit. Daß in der Folge die Verhältnisse einmal so verrückt werden würden, daß Sie sich in der Berliner Zeit meines Mannes nur noch unter größten Vorsichtsmaßnahmen würden sprechen und schreiben können und, daß Sie, um den um der Sache willen so nötigen Kontakt überhaupt halten zu können, sich von Zeit zu Zeit »zensurfähige« Briefe schreiben mußten, das hätte man damals in Bern noch nicht gedacht; wie man heute, wo Westeuropa sich verhältnismäßig schnell wieder erholt hat, in Gedanken daran lächeln könnte, wenn es nicht mit so grausigen Erinnerungen verknüpft wäre und wenn es nicht noch heute von Unverständigen mißdeutet oder auch mißbraucht werden könnte, wie der Prozeß gegen meinen Mann gezeigt hat. Churchill nannte ihn einen »deadly error". Aber das liegt nun lange zurück und auch ich lerne es, was mein Mann von Anfang an konnte, ohne Bitterkeit daran zu denken...«

- Seite 146 -

semitischen Bewegung. Nicht zum wenigsten ist dies der großen Verbreitung des Buches: „Der

- 43 -

internationale Jude“, herausgegeben von Henry Ford, zuzuschreiben.

Dort finden wir (S. 199 I. Bd.): ...“Der jüdische Kapitalismus hat der Welt von neuem die angebliche Unentberlichkeit des Goldes gezeigt. Die jüdische Macht beruht auf dem Truge, daß Gold gleich Reichtum sei. Durch die vorsätzliche Plumpheit des bolschewistischen Geldsystems hat sich die gedankenlose Welt noch fester einreden lassen, daß Gold unentbehrlich sei und dieser Wahn verleiht dem jüdischen Kapitalismus eine erhöhte Macht über die nichtjüdische Welt. Wenn der Bolschewismus ehrlich antikapitalistisch gewesen wäre, so hätte er dem jüdischen Kapitalismus den Todesstoß versetzen können. Aber nein - das Gold sitzt noch immer auf dem Throne. Man zerstöre den Wahn, daß Gold unentbehrlich ist - und die jüdischen internationalen Geldmächtigen sitzen verlassen und verloren auf Haufen nutzlosen Metalls.“

Man kann ruhig überall das Wort „jüdisch“ weglassen und kommt der Wahrheit vielleicht damit nur näher. Die größten Freunde und Vertreter der Goldwährung in Deutschland, in der Schweiz, in Amerika sind keine Juden: Helferrich, Stinnes, Kellenberger, Hirter, Morgan und Rockefeller. Wir finden allerdings gerade in der Schweiz das jüdische Element in der Volkswirtschaftslehre auf den Universitäten fast allein herrschend; auch die Reglemente und Vorarbeiten für die Schweizer „Nationalbank“ (in Wirklichkeit eine mehrheitlich private Aktiengesellschaft, der von Gesetzeswegen das Privilegium erteilt wurde, sich nicht A.-G. Nennen zu müssen) sind von einem

- 44 -

Juden gemacht worden usw. . Und doch geht es heute einfach nicht mehr an, so zu verallgemeinern. Wer das bekämpfen will, was man heute als „Jude“ im üblen Sinn bezeichnet, der bekämpfe die Goldwährung. Er wird dabei bald merken, daß er weit über Israel hinaus Elemente vor

den Kopf stößt, auf die die Bezeichnung „Jude“
weit eher paßt als auf viele, die nach Rasse und
Religion „Juden“ sind!

Mit Recht schrieb im August 1923 ein Mit-
arbeiter der „Freiwirtschaftlichen Zeitung“: „Die
Missetaten der Hochfinanz gliedern sich nicht in
christliche und jüdische; es ist unterschiedslos der
Sieg des Mammonismus über die Menschenseele.

Ford hat Unrecht, einen Sündenbock zu kon-
struieren. Nicht die Juden sind zu be-
kämpfen, sondern das Machtmittel,
das in jüdischen und christlichen Händen seit
Jahrtausenden namenloses
Unglück anrichtet.“

Dieses Machtmittel aber ist die Goldwäh-
rung.

Daß dem so ist und daß dieses Machtmittel
als solches von jeher erkannt worden ist, geht aus
den sogenannten „Protokollen der Weisen von
Zion“ hervor. Diese sind – entgegen den land-
läufigen Ansichten – zu einem großen Teil die
Übersetzung einer Schmähschrift gegen Na-
poleon III. Und zwar aus dem Jahr 1865. Der
Russe Nilus hat diese überarbeitet, 1905 ins
Russische übersetzt und dann wurde sie durch eine
neue Übersetzung den deutschsprechenden Kreisen
zugänglich gemacht. In diesen „Protokollen“ fin-

- 45 -

den wir klar und deutlich dargelegt, daß durch die
Goldwährung die Völker in Abhängigkeit von
der Hochfinanz (den Goldlieferanten) kommen,
wobei man also nicht vergessen darf, daß dieser
Vorwurf nicht an die Juden, sondern an Napo-
leon und seinen Kreis gerichtet wurde.

(Der Zeilenumbruch ist beibehalten worden, auf die Hervorhebungen durch gesperrte
Schrift wurde verzichtet.)

Freiwirtschaftler pro und kontra NS

Ich habe nun nach einer Erklärung für Schumanns – aus heutiger Sicht – nicht akzeptab-
len Veröffentlichungen in seinem biographisch-politischen Rückblick „Gegen den
Strom“, 1986, gesucht, aber nicht gefunden. Zwei Abschnitte aus dem Kapitel „Hitlers
Aufstieg und Untergang“ möchte ich hier bringen, weil sie auch eine Überleitung zum

Thema „Brechung der Zinsknechtschaft“ sind. Auch wird vielleicht verständlich, warum Freiwirtschaftler in den Nationalsozialisten engagiert haben. Sie sahen den Reiseplan der NS-Herrschaft wohl noch nicht als festgelegt und somit als beeinflussbar an. Auch wenn später Freiwirte in die SPD, CDU und FDP eintraten, mußten sie ja ein Minimum an Hoffnung haben, daß diese Parteien in ihrem Sinne beeinflussbar seien. Die Aussage von Gesell zum Kriegsgeist, die Schumann dem Kapitel - aus dem ich zitiere - voranstellt, sollten wir uns anschauen.

Der Kriegsgeist ist nicht erst dann geboren, wenn man uns die Flinte in die Hand drückt und uns befiehlt, auf fremde, uns völlig unbekannte, vielleicht sogar sehr achtens-, ja lobenswerte, Menschen zu schießen. Der Kriegsgeist kam nicht plötzlich am

1. August 1914 in Gestalt einer Taube oder eines Raben über das deutsche, russische, englische, französische Volk. Der Kriegsgeist kommt auch nicht mit dem Wind von fern her. Nein, er wird am heimischen Herd, im eigenen Land erzeugt, genährt, gezüchtet. Er ist ein eheliches Kind unserer sozialen Zustände. Aus einer Mörderhöhle kann allein der Kriegsgeist stammen, und diese Mörderhöhle haben alle Völker sich in ihren wirtschaftlichen Zuständen geschaffen.

SILVIO GESELL 1920

Hitlers Aufstieg und Untergang

Historiker behaupten, Hitler habe seinen Aufstieg dem „Versailler Vertrag“ - der kein Vertrag, sondern ein Diktat war - zu verdanken. Das erzwungene Allein-Schuld-Bekennnis, die zu zahlenden Reparationen, die Abtrennung rein deutscher Siedlungsgebiete an polnische, tschechische und andere Rassen habe die nationalen Gefühle vieler Deutscher so sehr verletzt, daß sie in Hitler den Retter erblickten.

Der sozialdemokratische Ministerpräsident Otto Braun schrieb in seinem Buche „Von Weimar zu Hitler“, Seite 25:

„Mit der Unterzeichnung (des Versailler Diktates) übernahm Deutschland eine Schuld, die unmöglich zu tragen war. Sie entsprach, was die Alleinschuld am Ausbruch des Krieges anlangt, nicht den historischen Tatsachen, und der Kriegstribut überstieg die finanzielle und wirtschaftliche Kraft des deutschen Volkes... Nur mich der Fraktionsdisziplin fügend, stimmte ich in der Nationatversammlung für die Unterzeichnung.“

(Man vergleiche damit die ständigen Schuldbekennnisse westdeutscher Kollaborateure!)

Hitlers Partei aber stellte im Jahre 1928 nur 12 von 500 Abgeordneten des Reichstages. Erst als dann die Arbeitslosigkeit auf 7 Millionen answoll, wurde er von den Versagern von Weimar ermächtigt.

Zur gleichen Zeit aber, im März 1933, erschien in britischen Tageszeitungen eine offene, weltweite Kriegserklärung an das nun von Hitler regierte Deutschland. Aber wer hatte diesem zur Macht verholfen? Und wie wendete er diese an? Wie wollte er insbesondere den Kern seines „unabänderlichen“ Programmes, die „Brechung der Zinsknechtschaft“, verwirklichen?

Als ich einen seiner „alten Kämpfer“, einen Ingenieur, danach fragte, sagte dieser: Das wisse nur der Führer. Als ich erstaunt sagte: Aber wenn er nun mal plötzlich stirbt? Seine Antwort: „Der kann nicht sterben“. Andere seiner Anhänger glaubten, er werde diese Frage „nach dem Siege lösen“...

Kurz vor seiner Ermächtigung durch die Versager von Weimar hatte es anders ausgesehen, denn Ende 1932 waren die Arbeitslosigkeit und damit (!) die Stimmen für die NSDAP plötzlich zurückgegangen. (Siehe Tabelle Seite 64)

Später schrieb hierzu der nunmehrige Reichspropagandaminister Goebbels in seinem Tagebuch „Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei“, daß die Finanzen der Partei Ende 1932 in größte Schwierigkeiten gerieten, daß dann aber „Dr. Schacht, einer der getreuesten (?) Gefolgsleute des Führers“, diesen im Kaiserhof aufsuchte, und daß man plötzlich alle finanziellen Sorgen los war - aber in späteren Ausgaben dieses Buches waren ausgerechnet diese verräterischen Hinweise auf die Geldquellen Hitlers gestrichen worden...

Daß Hitler ausgerechnet dem Hochgradkapitalisten Schacht das wirtschaftliche Schicksal seines Staates anvertraute, erschütterte zahlreiche seiner treuen Anhänger - in einer Schweizer Wochenzeitung wurde Schacht als gefährlicher „Weichensteller“ bezeichnet. (S. 63 f.)

...

Daß man mich aus der SPD ausgeschlossen hatte, gereichte mir zum Vorteil - so wurde ich trotz meiner Tätigkeit als SPD-Funktionär, trotz meiner

Mitgliedschaft im Reichsbanner und in der „Eisernen Front“ nicht entlassen.²⁴

Ich beschränkte mich darauf, neben meinem Beruf im Reichsluftschutzbund tätig zu werden - und so hätte alles ruhig weitergehen können -wenn nicht die Politik gewesen wäre.

Im Jahre 1937 erreichte mich der „Vorschlag“, der NSDAP beizutreten - „oder die Gründe für eine Ablehnung anzugeben“. Das war nun nicht ganz einfach - denn bis auf zwei waren alle meine 40 Kollegen bereits „Pgs“ geworden. (Einer war abgelehnt worden, weil er Freimaurer gewesen war, der andere war einmal „wegen Mangels an Beweisen“ freigesprochen worden.)

Ich schrieb also an den Ortsgruppenleiter, ich sei Anhänger der Lehre Silvio Gesells und daher Gegner des derzeitigen Reichswirtschaftsministers Schacht, dessen Tätigkeit in der Vergangenheit ähnliches in der Zukunft befürchten ließe und würde auch in Zukunft meiner Überzeugung treu bleiben - was er dem Gauleiter (Sauckel) mitteilen möge. - Was ich damals nicht wußte war, daß dieser ebenso ein scharfer Gegner Schachts und Anhänger der Lehre Gesells war. Und so wurde ich ohne mein Zutun „Parteigenosse“.

Die Vorstellung, diese Partei sei eine verschworene Gemeinschaft von Gleichgesinnten gewesen, ist völlig töricht. Zur Macht gekommen war sie durch die totale Unfähigkeit der Weimarer Politiker, - zusammengehalten wurde sie nur durch das Charisma des „Führers“, von dem niemand wußte, welche Ziele er erstrebe.

Hinter vielen Idealisten verbargen sich die unterschiedlichsten Kreise: Manche wollten diese Bewegung für ihre klerikalen Ziele ausnutzen, andere für ihre kapitalistischen. Daneben gab es Planwirtschaftler reinsten Wassers, aber „Nationalsozialisten“ waren sie alle - solange es aufwärts ging. Der Bruch mit dem Goldstandard, dem die Weimarer Demokratie von ihren Politikern geopfert worden war, ermöglichte die Überwindung der Deflation und damit der Arbeitslosigkeit auch ohne Aufrüstung. Nachdem Hitlers Forderung einer allgemeinen Abrüstung von den anderen Mächten abgelehnt worden war, begann er mit der Aufrüstung.

Ich führte einen umfangreichen Briefwechsel mit vielen Stellen der Partei und konnte immer wieder feststellen, welche unterschiedlichen Meinungen dort herrschten. Als ich jedoch eine Arbeit „Der Zins als Wahn und Aufgabe“ sozusagen als Test für die Ernsthaftigkeit der Parole „Brechung der Zinsknechtschaft“ erscheinen lassen wollte, wagte keine der Parteidienststellen bis zum damaligen persönlichen Referenten Dr. Josten des - neuen - Reichswirtschaftsministers Funk, hierzu die Erlaubnis zu erteilen, bis ich schließlich erfuhr, daß die „Volkswirtschaftliche Abteilung der Reichsbank“ davor gewarnt *hatte*.

(S. 65 f. Ohne Hervorhebungen / Quelle siehe Einleitung zu den Zitaten)

24 Schumann war Lehrer

Daß die NS-Herrschaft am Anfang inhaltlich keine einheitliche festgelegte Masse war, bestätigt auch Will Noebe in seinem Büchlein: „Geheime Mächte / Geheimbünde und Untergrundbewegungen in Geschichte und Gegenwart“, 1965.

Aus diesem Brief zitiere ich auch deshalb, weil er so recht deutlich das zeigt, was klargemacht werden muß: daß die Partei keine einheitlich ausgerichtete, kompakte Masse war, sondern eine Ansammlung Unzufriedener, in welcher der Kampf um die geistige Führung noch gar nicht entschieden war. Diese Masse hätte man bestimmt noch für ganz andere Dinge begeistern können als für den Krieg, – wenn die Führung den Mut, die Erkenntnis und den Charakter dazu gehabt hätte. (S. 112)

Das Zitat ist ein Abschnitt aus der oben benannten Quelle der mit „Original-Bericht“ überschrieben ist. Am Ende dieses wiedergegebenen Berichtes schreibt Noebe:

...
Hier endet der auszugsweise wiedergegebene Bericht des Schweizer Bankiers S. Er könnte den Anschein erwecken, als habe bis zum 30. Juni 1934 eine echte Alternative zwischen diktatorischen Nationalsozialismus und Freiwirtschaft in Deutschland bestanden. Das wäre ein schwerer Irrtum. Die bis in die Anfänge der 'völkischen Bewegung' zurückreichenden, stets gescheiterten Versuche, deren Leiter einschließlich Hitlers zu einer sachlichen Aussprache und Prüfung gesellsch. Gedanken zu veranlassen, die frühe Isolierung Dr. Bangs, das Vorgehen der Gestapo gegen alle, die öffentlich die Freiwirtschaft zu vertreten wagten, die Beschlagnahme auch des Verlages dieser Publikation, sowie das Scheitern der Konferenzen im Grand Hotel, Wien, und im Bristol, Berlin, beweisen es. Allerdings war den Vertretern der Freiwirtschaft auch bei den früheren Regierungen kein Gehör geschenkt worden, obwohl diese so leicht durch eine die große Wirtschaftskrise beendende freiwirtschaftliche Geldpolitik Hitlers besser Werber, eben diese Krise mit ihrer Millionenerbeitslosigkeit, über Nacht hätten lahmlegen können. ... (S. 119)

Bei nüchterner Betrachtung war sowohl der Widerstand aus dem Freiheits- und Gleichheitsgedanken heraus gegen den Nationalsozialismus geboten wie auch das Mitmachen unter dem Gesichtspunkt „Retten wir, was zu retten ist. Es ist noch nicht alles entschieden!“ gerechtfertigt. Es gab ja noch kurz vor der Machtergreifung eine öffentliche Ver-

anstellung unter dem Titel „Ohne Hitler ins Dritte Reich“. Die Veranstalter und Gäste sollen zusammengeschlagen worden sein. Die Motivlage der Veranstalter ist mir immer noch nicht klar. Vielleicht verstanden Sie sich als die bessere NSDAP oder hofften die Sozialisten in der NSDAP – die sich wohl von Hitler verraten fühlten - für sich mobilisieren zu können. Wir sollten – weil wir die Motive nicht kennen - mit unserem Verurteilen maßvoll und vorsichtig sein und immer daran denken, für politisches Handeln gibt es keine Erfolgsgarantie, aber leicht das Urteil: „Schuldig!“.

Die Botschaft des Bischofs

An dieser Stelle fiel mir wieder der Ausdruck einer Meldung der „Landessynode der Pommerschen Ev. Kirche am 13. 10. 2001 in Züssow“ ein, die mir in den letzten Tagen in die Hände kam. In einer Morgenandacht in Verbindung mit einer Partnerschaftsunterzeichnung der Ev. Luth. Kirchen im Südlichen Afrika hat Bischof Dr. H.-J. Abromeit (ein Namensvetter, der einmal meinte, wir hätten mehr als den Namen gemeinsam) Jesaja 2,4 ausgelegt.

„Zur letzten Zeit wird kein Volk wider das andere das Schwert erheben und sie werden hinfert nicht mehr lernen, Krieg zu führen.“

Er meint, daß das alte Wort trotz aller Widerstände noch Zukunft hat. Aber wir wissen, daß das alte Wort nur dann zur Gegenwart werden kann, wenn wir unsere Arbeit – über Generationen hinweg – ordentlich leisten? Er schreibt und zitiert dann auch Gedanken, die sich leicht sagen lassen, aber nur schwer zu erfüllen sind, weil wir dann unsere Gefühle – die in unserem Kulturumfeld sowieso schon ziemlich verklemmt sind – noch mehr zügeln müssen.

...

Schon jetzt wollen wir bewusst darauf verzichten, Öl in das Feuer zu gießen, wir wollen dort, wo Gegner verteufelt oder beschimpft werden, bewusst Abstand halten und dabei nicht mitmachen.

...

Wir wollen aufeinander zugehen, einladen, statt uns gegenseitig auszusperren und grüßen, statt zu schneiden, aller Diffamierung absagen und alles zum Besten kehren. Dazu hat uns der Reformator Martin Luther aufgefordert, wenn er uns in der Erklärung zum 8. Gebot einprägt: „Wir sollen Gott fürchten und lieben, dass wir unseren Nächsten nicht verraten, afterreden oder bösen Leumund machen, sondern sollen ihn entschuldigen, Gutes von ihm reden und alles zum Besten kehren.“

Wenn wir so leben, bleibt nicht alles beim Alten. Amen

Was bedeutet das nun für uns innerfreiwirtschaftlich. Und was bedeutet das im Umgang mit Mitbürgern, die sich so benehmen, wie Feinde?

Jede neue Generation, die sich um das freiwirtschaftliche Anliegen – das heißt, um die Vervollkommung der marktwirtschaftlichen Ordnung mit haftender Gestaltungsfreiheit und vollem Arbeitsertrag – bemüht, muß ihre eigene Sprache, ihre eigenen Themen und Zielgruppen finden. Die Politischen unter den jeweiligen Freiwirten können natürlich auch wieder auf falsche Pferde setzen oder falsche Formen für ihre Aktionen wählen. Aber sich einfach zurückzuhalten, damit man keine Fehler macht, ist Feigheit – nicht vor dem Feinde, sondern vor der Wahl zwischen dem Einmischen und dem Zuschauen. Im Gegensatz zu uns Aktiven von heute, die von vielen Wenn-und-aber und Zweifeln, Angst und Mutlosigkeit geplagt sind hatte Georg Blumenthal 1912 mit der Wahl seiner Adressaten keine Probleme. Das merkt man der Sprache seines Aufrufes an die Arbeiter an, aus der ich zwei Abschnitte zitiere.

Die eindeutige, zielsichere Sprache

Aus:

An die Arbeiter. Von Georg Blumenthal

Arbeiter, worauf wartet Ihr?

Denkt Ihr, es soll einmal ein Wunder geschehen – ein großes Ereignis müsse kommen von selbst – gleichsam mit Naturnotwendigkeit und Euch mit einem Ruck ins bessere Jenseits der erträumten Zukunft versetzen? Denkt Ihr vielleicht an den General - Weltstreik, daß er Eure Hoffnungen erfüllen könnte?

Wahrlich ich sage Euch: Wenn Ihr selbst Euch nicht persönlich aufrafft, wenn Ihr selbst nicht Euer Schicksal in die Hand nehmt und Euch zu dem Entschlusse der geistigen und wirtschaftlichen Selbstbefreiung erhebt – dann wartet nur, bis die Sanduhr Eures Lebens abgelaufen ist – wartet nur, bis ein Jahrhundert nach dem anderen dahingeht; – aber nie werdet Ihr die Freiheit sehen, nie werden sich Eure Träume und Hoffnungen verwirklichen. Darum: Rafft Euch auf zu eigenem Denken, eigenem Lernen und Suchen – zu eigenem Tun!

Der Generalstreik kann wohl kommen, und Ihr freut Euch kindisch, daß dann die „bürgerliche Gesellschaft“ in ihren Grundvesten erbeben wird.

Schon gut, sie wird erbeben; – Ihr aber werdet diesen „General-Unsinn“ (wie der ehrliche Auer sagte) selbst bezahlen, mit Leib und Leben, mit noch größerem Elend.

Die bürgerliche Gesellschaft würde erbeben, – der Kapitalismus würde vorübergehend geschädigt – Ihr aber hättet keinen Nutzen davon und viele – viele von Euch und Euren Kindern würden ins Gras beißen.

Es hört sich zwar schön an:

„Alle Räder stehen still, Wenn dein starker Arm es will.“

Mit dem Stillstehen der Räder ist aber nichts erreicht, und die wenigsten können ermessen, was dies für sie selbst bedeuten würde. Die Idee des Generalstreiks entspringt derselben Philosophie wie der Ausspruch jenes Jungen: „Det is mei'n Vater janz recht, det mir die Fingern verfroren sind – warum kooft er mir keene Handschuhe.“

Arbeiter, wie lange wollt Ihr noch diesen Unsinn mitmachen? Wie lange soll der gedankenlose Schlendrian noch weitergehen? Empfindet Ihr es denn nicht als Schmach, daß man Euch „Proletarier“ – „Proleten“ – vaterlandsloses Gesindel nennt? Seid Ihr nicht als Menschen geboren wie alle anderen; gibt Euch Eure rastlose Arbeit nicht das Recht auf die Freuden des Lebens, auf Weib und Kind, auf Eigentum und Freiheit?

Warum seid Ihr immer noch Proletarier und laßt Euch so nennen?

Wie lange wollt Ihr noch das Geschwätz der Demagogen und Verblödungsapostel dulden, die Euch vorreden, es sei eine Ehrensache, ein „Proletarier“, d. h. ein armer Teufel – ein Habenichtes, zu sein. Seht Ihr nicht die Falle, in die man Euch damit lockt? Wißt Ihr denn nicht, und seht Ihr es denn nicht, daß das private Eigentum und der Besitz das Fundament der persönlichen Freiheit, daß sie der Schlüssel zur Bildung, zum Wissen, zur Macht und zur Lebensfreude sind?

...

Werdet Physiokraten!

Werft alles hinter Euch, was Euch drückt; vergeßt Euch selbst, Euer Leid und Eure Leiden und arbeitet für das Ziel, – für das große Ziel der Befreiung aus sozialer Not.

Das ist das Erste: **Allen die Erde!** Denkt daran, daß sie – die Erde – Euer aller Mutter ist, daß sie ein Stück von Euch und Ihr ein Stück von ihr seid, daß Ihr ohne sie nicht leben könnt! Seht, wie sie im prächtigen Schwunge um die Sonne fliegt, wie sie jetzt wieder grünt und blüht, wie sie Euch trägt und nährt! Darum liebt die Erde! Verflucht seien jene unseligen Väter und Urgroßväter, diese Esel, die im Schnaps- und Bier- rausch – in maßloser Verblendung es verschuldeten, daß Ihr als Sklaven – als Hörige in das Leben treten müßt, weil sie das Land – das sie in unzähligen Schlachten mit ihrem Blut ver- teidigten – nicht achteten, nicht ihren Kindern und Kindeskin- dern als unveräußerliches Erbe bewahrten. Darum muß das gleiche Anrecht jedes Menschen an die Erde mit allen Mitteln wieder zur Geltung gebracht werden. Die Grundrente, der Wert, den Ihr selbst schafft, gehöre Euch – den Müttern und Kindern!

Das Zweite: Jedem den vollen Arbeitsertrag! Weder „Zins“ noch „Dividende“, noch „Rentabilität“ zehre mehr von Eurer Arbeit – denn es ist eine Beraubung! In einem Meer von Kapi- tal müßt Ihr den Zins, den „Mehrwert“, die Ausbeutung ersäu- fen; einen anderen Weg gibt es nicht! Nie werdet Ihr durch den Streik, weder durch den General- noch durch den Weltstreik die Ausbeutung beseitigen können! Lernt das Geldwesen ver- stehen durch uns – und die Augen werden Euch aufgehen!

...

(Seite 6-8)

Erkennen ohne Tabus und politische Störungen

Erfreulich wäre es, wenn wir die ökonomischen Probleme einfach ohne Rücksicht auf die Geschichte und die jeweils aktuelle politische Situation darstellen und an ihren Lö- sungen arbeiten könnten wie an einer Modelleisenbahnanlage. Wir können aber schon froh sein, wenn es uns gelingt, einige FreundInnen bei ihrer Sacharbeit von den politi- schen Störfeldern abzuschirmen. Die Freiwirtschaft als Wirtschaftstheorie und als Ge- sellschaftsmodell zielt auf die Einzelwirtschaften, die Volkswirtschaften und die Welt- ökonomie. Dabei kann es nicht ausbleiben, daß dies – soweit die Freiwirtschaft über-

haupt wahrgenommen wird – Rückwirkungen aus dem öffentlichen Raum hat. Das diese Rückwirkungen aus dem öffentlichen Raum oft unsachlich, von Unkenntnis geprägt, verspottend und verächtlichmachenden Charakter haben, hängt nicht nur damit zusammen, daß wir „Interessen“ berühren, Frage stellen und mit der NWO als konkurrierendem Erklärungsmodell für die ökonomischen Fehlentwicklungen auftreten, sondern auch damit, daß wir uns auf dem Markt der Meinungen und Informationen noch nicht in einer Form etablieren konnten, die einfach Respekt durch ihre Präsenz erheischt. Auf dem Weg zu einer respektablen Position im Meinungsmarkt stehen uns Tabus im Wege. Damit bin ich bei dem Thema, das die „Produktion“ meiner vorliegenden Darlegungen ausgelöst hat. Ich habe im Juli 2008 eine Arbeit gefertigt, die den Titel ***Brechung der Zinsknechtschaft - Von der Notwendigkeit der Überwindung der Tabuisierung einer Parole und Sehnsucht*** trägt. Der Inhalt der Schrift zielt darauf hinaus, einem nichtfreiwirtschaftlichen Publikum zu zeigen, daß das Thema Zins – häufig unsichtbar alle gesellschaftlichen Bereiche durchzieht, wie der Schimmelpilz auf der Marmelade, der nur oberflächlich sichtbar ist und daher nicht durch Abschöpfungsmaßnahmen beseitigt werden kann. Den Inhalt meiner Ausführungen haben liebe Freunde gar nicht so recht wahrgenommen, der Titel löste bei ihnen die Alarmglocken aus: „Achtung, wenn der Abromeit diesen Titel veröffentlicht, trifft uns erneut die Faschismuskeule! - Oder wir werden Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes.“ Eigentlich müßten wir ja sagen: „Wenn nicht einmal der Verfassungsschutz sich für uns interessiert, dann sind wir zu recht bedeutungslos.“ Aber es macht sich hier unser Minderwertigkeitsgefühl und unsere Ängstlichkeit bemerkbar, Eigenschaften die wir uns in der Stellung als „Kryptoökonom“ erworben haben. Wenn wir wieder Herr bzw. Herrin im eigenen Gedankenhaus werden wollen, dann müssen wir uns mit den Wirkungen von Tabus beschäftigen und ihre Riegelwirkungen, soweit sie unsere Arbeit behindern, aufbrechen - sanfter ausgedrückt, aufheben. **Im vorliegenden Fall geht es also nicht darum, den Mißbrauch einer Parole durch die Nazis vergessen zu machen, schon lange nicht darum, die Nationalsozialisten aufzuwerten, sondern einem Tabu seine Wirkungskraft zu nehmen, das dazu dient, das eigentliche Tabuthema *Zins* zu schützen.** „Brechung der Zinsknechtschaft“ ist eine vorverlegte Verteidigungsbastion. So wie das Vorwerk einem Gut die Wirtschaftlichkeit durch kurze Wege ermöglicht, so versperrt das in das Vorfeld-Tabu „Zinsknechtschaft“ den Weg oder den Zugang zum eigentlichen Tabu: *Die negativen Wirkungen des Zinses*. **Wir benötigen also das Wortpaar „Bre-**

chung der Zinsknechtschaft“ nicht als Begriff, um etwas zu erklären, sondern wir stellen es aus seinen dunklen Wirkungszusammenhängen in das Licht der Analyse, damit es uns nicht hindert, mit anderen Worten zu erklären, was für unsere Gesellschaft wichtig zum Überleben ist.

Die Wirkungen von Tabus

Die Wirkungen eines wirklichen Tabus merkt man dann, wenn es gebrochen werden soll. In meinem Themenzusammenhang stieß schon das Wort „Brechung“ auf starke Bedenken. Wir verstehen uns als Bürgervereinigung, die schützen und aufklären will. Wir sind auf dem Holzwege, wenn wir annehmen, wir könnten diese Arbeit zum Nulltarif leisten. In den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts wurde ich im Internationalen Freundschaftsheim von einer Amerikanerin deutscher Abstammung gefragt, ob ich nicht ein Schiff zur Verhinderung von Atomtest in ein Gebiet bringen könnte, wo diese vorgesehen waren. Ich fühlte mich überfordert, weil ich Matrose und kein Kapitän war. Wenn ich als Matrose angefordert worden wäre, hätte ich ja gesagt. Greenpeace, Amnesty international, Ärzte ohne Grenzen etc. würden heute keine bedeutenden Organisationen sein, wenn sie nicht durch spektakuläre Aktionen den Medien vorzeigbare Bilder geliefert hätten. Bei den Aktionen wurden häufig Gesundheit und Leben riskiert und juristische Auseinandersetzungen durchgestanden. Wenn wir nicht in der Lage sind, ein Tabu zu brechen, das den ökonomischen Fortschritt (und damit Leben und Wohlstand) verhindert, dann sollten wir einpacken und die ganze Freiwirtschaft an den Nagel hängen.

Ich weiß, die Angst davor, ein Tabu zu brechen, kann größer sein als die Angst, an einem riesigen Schornstein hochzuklettern. Diese Angst kann man auch nicht einfach ignorieren, sie ist in unseren tiefen Seelenschichten verankert. Wir können uns aber auch nicht von ihr beherrschen lassen. Mir selbst wurde schon ganz mulmig, als ich das las, was bei Wikipedia unter Tabu zusammengetragen wurde. Ich gehe noch einmal auf den freiwirtschaftlichen Text ein, in dem das böse Wort gebraucht wird, verweise dann auf einen liberalen Autor, der sich 1931 kritisch mit Gottfried Feders „Befreiung des Staates und damit des Volkes aus seiner zinspflichtigen Verschuldung gegenüber dem Großkapital“ auseinandersetzt. Dann folgen zwei Textstellen aus aktuellen freiwirtschaftlichen Publikationen, in denen die Existenz von Tabus benannt wird. Der Schluß

dieses Blockes bildet ein Auszug aus einem Bericht über einen Tabubruch als politische Aktion. Danach schaue ich mir noch einmal eingegangene E-Mails an und überlege, welche davon ich zitiere und beantworte und bin dann immer noch nicht am Ende.

00000

Das uns behindernde Tabu ist wie ein verstopftes Sieb im Ölkreislauf eines Motors. Wir können noch soviel Öl nachkippen wie wir wollen. Das Öl kommt nicht dahin, wo es seine Eigenschaft, nämlich das Schmieren, ausüben kann. Wer dieses Sieb (Tabu) - mit Rücksicht auf Gepflogenheiten oder weil er sich die Finger nicht dreckig machen will - nicht reinigen (auflösen) will, sieht sehenden Auges zu, wie der Motor heiß- und festläuft oder gar explodiert.²⁵

00000

Rückblick: mißbrauchte Parole

Aus „**Geheime Mächte**“ von Will Noebe, 1965,
Kapitel: Wirtschaftliche Geheimbünde, Abschnitt : Dr. Greely Hjalmar Schacht

...

Deutschland unter anderer wirtschaftspolitischer Leitung hätte sich damals wie Schweden und z. T. Großbritannien aus der großen Krise heraushalten können, wenn Dr. Schacht nicht die Deflationspolitik eingeleitet und durch jenen Brief unabwendbar gemacht, sondern wie England unter Einfluß von John Maynard Keynes und Schweden unter dem Einfluß von Gustaf Cassel die Goldwährung über Bord geworfen und eine Politik der durchschnittsfesten Inlandspreise, d. h. der festen Kaufkraft des Geldes, angestrebt hätte.

Die letzte Möglichkeit dazu bot sich Deutschland vor dem zweiten Weltkrieg mit der Weltwirtschaftskonferenz von 1933. Dr. Schacht war damals längst über die Harzburger Front im Nationalsozialismus gelandet, der seinen Sieg der von ihm erzeugten Arbeitslosigkeit (annähernd 7 Millionen), den Beiträgen der Ruhrindustrie und dem vollständigen Versagen der damaligen Regierungen vor den entscheidenden Fragen der Währung verdankte. Ohne die heimtückisch geschürte Krise mit ihrer Verzweiflungsstimmung hätte die Parole vom „Führer, der die Not wenden“ werde, nicht Millionen Deutsche erfaßt, die sich sagten: „Schlimmer, als es ist, kann es nicht mehr werden, und da alle versagt haben, laßt es ihn versuchen, vielleicht schafft er es!“

- 96 -

Die Weltwirtschaftskonferenz fand in London statt. Franklin Delano Roosevelt, entfernter Verwandter jenes Theddy Roosevelt, der von Morgan besiegt worden war, hatte der Konferenz eine Botschaft übermittelt. Darin hieß es:

²⁵ Ein Vergleich, der mir soeben im Hinblick auf die nachfolgenden Zitate von Geitmann und Kastner gekommen ist, als Zwischenbemerkung

„... So werden auch alle Fetische sog. internationaler Bankiers durch Bestrebungen ersetzt, die nationale Währungen zu dem Zweck ausarbeiten wollen, diesen Währungen eine dauernde Kaufkraft zu geben, die, gemessen an den Waren und am modernen Kulturbedarf, nicht merklich schwanken. Ich will ganz offen heraus sagen, daß die Vereinigten Staaten einen Dollar von der Art suchen, der noch nach einer Generation die gleiche Kauf- und Schuldentilgungskraft haben wird, wie der Dollarwert, den wir in naher Zukunft zu erlangen hoffen. Dieses Ziel bedeutet mehr für den Vorteil anderer Nationen als ein fester Wechselkurs. ... Unser weiteres Ziel ist dauernde Stabilisierung der Währung jeder Nation.“

Das also sagte wieder ein Roosevelt und – wurde wieder, wie sein Namensvetter, mit diesem gegen die „Internationalen Bankiers“ gerichteten Politik von eben diesen Mächten besiegt. Und zum Sprecher dieser Mächte und Vollstrecker ihres Willens machte sich als einer der ersten – Dr. Hjalmar Schacht. Denn während auf jener Weltwirtschaftskonferenz von 1933 England mit seinen Dominien und Schweden sich für den Vorschlag Roosevelts einsetzten, lehnte Hitler-Deutschland unter Initiative Dr. Schachts sie ab, **trotz der entwendeten und wissentlich mißbrauchten Parole der NSDAP von der „Brechung der Zinsknechtschaft“**.

Der damalige, nach der Weltwirtschaftskonferenz aus dem Hitler-Kabinett ausgetretene Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Dr. Paul Bang, erklärte dem Verfasser in einer vertraulichen Rücksprache in Berlin über diesen Vorgang:

„Ich war in meinem eigenen Ministerium isoliert.“

Auf die Frage, wie das möglich gewesen, erklärte Dr. Bang weiter:

„Während der Vorbereitungen zur Weltwirtschaftskonferenz hatte ich mit mehreren Herren des Ministeriums, sowie in einer eingehenden Denkschrift die Umstellung der deutschen Währung auf die feste Kaufkraft im Inland bei einem nach Angebot und Nachfrage schwankenden Wechselkurs unter Anlehnung an die von Silvio Gesell

- 97 -

empfohlenen Maßnahmen bearbeitet. Als ich aus London zurückkehrte, waren sämtliche leitenden Herren von Dr. Schacht bzw. seinen Beauftragten gegen den Plan und mich beeinflußt worden. Nach einer Konferenz mit dem Minister (Hugenberg) entschlossen wir uns beide zum Rücktritt. Hitler bekam einen seiner bekannten Tobsuchtsanfälle und wollte den Rücktritt nicht dulden. Aber wir traten zurück. Ich selbst habe niemals der Deutschnationalen Volkspartei oder der NSDAP angehört, war also nach keiner Seite gebunden.“

...

- 98 -

(Ohne Fußnote, ohne Hervorhebungen, vorhandene Hervorhebung durch TA)

Liberale Stellungnahme zu Feders Theorie

Aus der Auseinandersetzung von Peter Hansen mit der Theorie von Gottfried Feder un-

unter dem Titel *Brechung der Zinsknechtschaft*, die ich in der kleinen freiwirtschaftlichen Bibliothek aufgenommen habe, kann man lernen, wie falsch Feder mit seinem Ansatz lag. Wenn ich mich an Erzählungen richtig erinnere, hat es auch eine Begegnung zwischen Feder und Gesell gegeben. Danach soll Gesell sinngemäß gesagt haben: „Der kapiert es nie!“ Im Band 18 der gesammelten Werke steht auf Seite 222 – in einem Brief vom 31. 10. 1929 an Fritz Schwarz -:

Im „Hammer“ erschien ein übler Artikel von Feder über Freigeld.
Nordmann würde viel darüber zu lachen haben.

Das nachfolgende Zitat aus Hansens Arbeit aus dem Kapitel „Brechnung der Zinsknechtschaft – neue Inflation!“ bringe ich nur, weil hier deutlich wird, daß der Zins tatsächlich ein zentrales Thema war, daß aber die Propaganda und die Wirklichkeit sich nicht deckten.

Die künstliche Zinssenkung soll aber nur eine unvollständige Notmaßregel sein, die die Nationalsozialisten sogar dem jetzigen Reichstag glauben zumuten zu können. Endgültiges Ziel ist natürlich die vollständige Brechnung der Zinsknechtschaft. Sie ist das „Herzstück des nationalsozialistischen Programms, die stählerne Achse, um die sich alles dreht“. (S. - 23 -)

Verweise auf Tabus in aktuellen Beiträgen

Und jetzt nochmals aus dem Artikel von Roland Geitmann in der Humanwirtschaft 05/2007, S. 35:

...

Diese Argumentation unterstellt, wir seien schon im Besitz eines ausgearbeiteten und von allgemein anerkannten Wissenschaftlern geprüften und als geeignet bestätigten Reformkonzepts und es gehe nur noch um die Umsetzung und die dafür erforderliche politische Mehrheit. Doch davon sind wir noch weit entfernt.

In Wirklichkeit kämpfen wir noch mit hartnäckigen Tabus, die bislang die Mehrzahl der Menschen hindern, in der Geld- und Bodenunordnung überhaupt ein Problem zu sehen. Weder in der Wissenschaft noch in politisch maßgeblichen Verbänden, Parteien und Medien wird unser Reformansatz bisher als hilfreich oder gar als notwendig anerkannt. Und in der Tat sind unsere Vorschläge nicht nur eine harmlose Randkorrektur, sondern bedeuten einen zentral ansetzenden und breit wirkenden Systemwandel, der an bestehenden Privilegien und Machtstrukturen rüttelt.

...

Jetzt aus:

Geld, Glaube, Gott - das Tabu des Geldes in den modernen
Wirtschaftswissenschaften und die Religion des Kapitalismus
Heiko Kastner hat einen Brief an den Papst geschrieben
(CGW Rundbrief 08/1 März 2008
der Christen für gerechte Wirtschaftsordnung e.V / www.cgw.de)

Lieber Papst Benedikt XVI., i

1

ich habe mir ein Herz gefasst, Ihnen zu schreiben, da ich spätestens mit Ihrer
Predigt zur Amtseinführung glaube, nicht mehr anders zu können: Ihre Worte
zur „wirkli-]
chen Freiheit“, Ihr Bekenntnis zur „Einheit der Christen“ und Ihr Eintreten für
den „interreligiösen Dialog“ sowie nicht zuletzt Ihre Namenswahl - Benedikt
als Friedenspapst und Mitpatron Europas - haben mich darin bestärkt, diesen
Weg
zu Ihnen zu gehen.

All das steht in engem Zusammenhang, besser: in direkter Opposition zu dem
im Grunde unfassbare Tabu, das die modernen Wirtschaftswissenschaften und
die Welt der Gegenwart beherrscht: Es ist das Tabu des Geldes. Geld ist längst
die „alles bestimmende Wirklichkeit“ - eine m.W. übliche theologische
Gottesdefinition: Das Geld bestimmt nicht nur das Denken und Handeln der
Menschen. Geld ist das

Zentrum einer ungeheuer wirkmächtigen, zugleich mit Hilfe der
mathematisierten, „aufgeklärten“ ökonomischen Wissenschaften systematisch
kaschierten Religion der Moderne. Sie ist eine faszinierende, zugleich äußerst
abgründige Religion, die wenige in den „paradiesähnlichen Zustand“
dauerhafter und leistungsloser Geldeinkommen versetzt hat auf Kosten der
vielen und zum Preis der fortgesetzten Zerstörung der heiligen Schöpfung. Das
Wesen eines Tabus liegt nun gerade darin, dass, wo es keine Begriffe gibt, auch
keine wirklichen Lösungen geben kann - quer zu den gegenwärtigen
Diskussionen und Reformvorschlägen über den globalen
Kapitalismus und die Dominanz der Finanzmärkte.

Ich möchte Ihnen zu dieser Provokation einige Hinweise geben: Ökonomen
definieren Geld bis heute ausschließlich über seine Funktionen als
Wertaufbewahrungsmittel, Tauschmittel und Verrechnungseinheit und bleiben
damit an der Oberfläche. Denn was Geld tatsächlich ist - darüber herrscht unter
Ökonomen großes Schweigen.

...

Wie soll aber eine größere Zahl der Mitglieder unserer Gesellschaft oder auch nur allen
Mitgliedern der Sozialwissenschaften vermittelt werden, daß wir mit dem Geld und

seinem Zins den Problemverursacher Nr. 1 (oder auch 2 wenn man das Bodenproblem für das ursprünglichere hält) vermittelt werden, wenn davor als Barriere ein Tabu steht? Es bleibt doch kein anderer Weg, als es auf irgendeine Weise aus dem Weg zu räumen. Ich denke, wir müssen aber genau hinsehen, ob wir jeweils ein Tabu, das Ängste und negative Erfahrungen bannen soll, vor uns haben, eine Ideologie, die Bestehendes, Interessen verteidigen soll oder die Herrschaft einer Idee, einer Theorie, die von uns, von den Menschen Besitz ergriffen hat. Der nächste Textausschnitt aus:

Das Gespräch aus der Ferne

Vierteljahreshefte zu wesentlichen Lebensfragen unserer Zeit

Herausgegeben von Dr. Günter Geschke, Ulrike Rietz und Prof. Dr. Dieter Dieterich

1946 gegründet von Dr. Hans Dahmen, weitergeführt von Liselotte Faltz (1978) und Dr. Michael Günther (1990)

Sommer 2008 • Heft Nr. 385 • 62. Jahrgang • ISSN 0942 - 2889 • C 5086 F

Wovon wir morgen leben wollen / müssen
Unser „täglich Brot“ und die globalen Krisen

Zwischen Furcht und Hoffnung

Zum Schwerpunktthema dieses Heftes

Von Günter Geschke

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser, ganz ehrlich: der spektakuläre Streik der Milchbauern hat mich völlig überrascht, und es wäre mir auch im Albtraum nicht eingefallen, sie könnten ihr köstliches weißes Lebensmittel in Bäche oder Flüsse kippen und so den unschuldigen Fischen die Kiemen verkleben - mit tödlicher Wirkung. Bei allem Verständnis für ihre angestaute Wut über das Preisdumping der großen Handelsketten, einen solchen Frevel hätte ich unsern Landwirten nicht zugetraut. „Wer Brot wegwirft, Nahrung vernichtet,“ hat uns vor siebzig Jahren die Mutter gelehrt, „der versündigt sich!“ Das sitzt, bis heute.

Aber ist es nicht längst überholt, so zu denken? In einer Zeit, da man den Tabubruch ohne Skrupel gezielt inszeniert, um sich über die Medien überhaupt erst Gehör und damit Wirkung

zu verschaffen? Der Zweck heiligte offenbar auch dieses fragwürdige Mittel; am Ende zahlte der Handel den Produzenten 7 Cent mehr für den Liter Milch - und gab seelenruhig die Kosten für alle einschlägigen Produkte an den Konsumenten weiter.

Prompt zogen die Lebenshaltungskosten, ohnehin im Aufwärtstrend, weiter an. Nun gab es in diesem Frühjahr gewiß potentere Preistreiber, von denen weiter unten noch die Rede sein wird, aber die Milchbauern stehen hier vorne an, weil sie als erste die Planung für das Thema dieses Heftes durcheinander wirbelten.

„Wovon wir morgen leben wollen / müssen“, anfangs Februar ausgedacht,
sollte nämlich
ursprünglich in aller akademischen Ruhe und Sorgfalt angegangen werden.
Sine ira et studio waren Verbindungen zu Fachleuten geknüpft,
wissenschaftliche Tagungen besucht, Fachliteratur ins Visier genommen
worden, da stießen die protestieren-
den Milchbauern gleichsam zwei Tore in den Alltag weit auf. Das eine gab
den Blick frei auf die Sorgen und Nöte eines wichtigen Teils der Produktion
wie der Vermarktung unserer Nahrungsmittel, das andere verwies auf die
größeren ökonomischen und ökologischen Zusammenhänge: höhere Preise bei
Futtermitteln und Energie z.B., stallbequeme oder artgerechte
Milchviehhaltung...

...

Nun, die Lebensmittelvernichtung zur Durchsetzung höherer Preise dürfte nicht neu
sein, aber die öffentliche Inszenierung der Lebensmittelvernichtung wohl schon. Die
Aufmerksamkeit haben die Landwirte mit ihrer Milchverschüttung erreicht. Ob der Er-
folg auch in einem guten Verhältnis zu den Maßnahmen steht, bezweifle ich. Also muß
man sich auch bei einem Tabubruch über die Verhältnismäßigkeit der Mittel Gedanken
machen. Aber das Beispiel zeigt, daß mit einem Tabubruch Wirkungen erzielt werden
können. Wenn ich alleine den Tabubruch riskiere, dann wird das noch wenig Wirkungen
zeigen, der eine oder andere wird mich vielleicht verbal anpinkeln. Eine meßbare Wir-
kung werden wir erst verzeichnen können, wenn wir wie die Milchbauern geschlossen
hinter dem politischen Tabubruch stehen.

Interne Reaktionen auf meinen Text „Brechung der Zinsknechtschaft“

Ich gebe hier nun ein paar E-Mail-Briefe oder Ausschnitte davon wieder, die im Zusam-
menhang mit meinem hier diskutierten Text zu dem von den Nationalsozialisten miß-
brauchten Parole ausgetauscht wurden. Das Merkwürdige ist ja schon mal, daß ich in
den Verdacht gekommen bin, ich würde irgendetwas an dem Nationalsozialismus recht-
fertigen wollen. Richtig ist, daß ich es für einen groben Fehler halte, wenn wir glauben,
alles Böse vor, nach und neben der NS-Herrschaft sozusagen für ewige Zeiten - wie
Atommüll im Salzstock – im NS-Staat entsorgen zu können. Der Nationalsozialismus
ist entstanden aus der politischen Kurzsichtigkeit der Siegermächte des 1. Weltkrieges
und der Unfähigkeit der deutschen Demokraten in der Weimarer Republik, ökonomi-
sche Probleme, hinter der vor allem Währungsprobleme standen, sachgerecht zu lösen.

Aber selbst hier muß man mit Vorwürfen vorsichtig sein, weil die handelnden Akteure meistens Gefangene von Ideologien oder herrschenden Theorien waren. Natürlich gibt es hinter der Politik auch immer die zweite Ebene – wie Ulrich Wickert am 22. 8. 08 im NDR-Radio-Kultur aus Anlaß der Vorstellung seines 3. Krimis sagte -, in der es um große Geschäfte geht, die nicht auf offener Bühne verhandelt werden. Antisemitismus und idiotische Rassentheorien gab es in Deutschland wie in der ganzen westlichen Welt und darüber hinaus. Aber es ist aus meiner Sicht eine unwahre und einen unangemessenen Nationalismus reaktivierende Behauptung, die Deutschen von damals hätten die Nazis aus Lust am Morden in den Sattel gehoben. Die Deutschen wollten ihrem sozial-ökonomischen Elend, in dem sie steckten, entfliehen. Mit der Parole von der „Brechung der Zinsknechtschaft“ - die Komprimierung eines ökonomischen Komplexes in ein Schlagwort – versprach die NSDAP den Menschen zu helfen und da die demokratischen Parteien nicht helfen wollten oder konnten – was in Wirkung das Gleiche ist – hat man sich von den Braunhemden helfen lassen. Da die Nazis nur eine partiell richtige Geldpolitik unterstützten, eine an Freiheit und Recht orientierte sachgerechte Beratung ablehnten und selber kein brauchbares theoretisches Rüstzeug und auch keinen wirklichen Willen zur Lösung der Probleme hatten, war ihr Versprechen, die Zinsknechtschaft zu lösen, die größte propagandistische Lüge des vorigen Jahrhunderts. Das Schlimme an dieser Geschichte ist, daß diese große Nazi-Lüge noch von heutigen politischen und „wissenschaftlichen“ Akteuren benutzt wird, um als Vorwerk-Tabu, wie ich versucht habe zu verdeutlichen, das Hauptgut-Zins-Tabu abzusichern. Dieses böse-blinde Blockieren eines ökonomischen Seuchenherdes verursacht pro Jahr weit mehr Tote, als die Nazis zu verantworten haben. Zu verhindern, daß diese Blockade über die Jahre weitergeht, darum geht es hier. Es geht hier also nur am Rande um die Menschen unter und im Nationalsozialismus, dem NS-Regime oder der NS-Ideologie selbst ²⁶, sondern um den erneuten Mißbrauch einer Erleichterung versprechenden Parole. Nur so viel zu den Menschen von damals: Sie strebten nach ein bißchen Lebensglück wie wir, sie waren verführbar wie wir, sie engagierten sich, sie hielten sich raus – wenn es möglich war -, sie waren ichsüchtig und auch opferbereit usw. - sie waren wie wir, sie waren unsere El-

26 Ich selber habe immerhin noch eigene Erfahrungen mit dem System – wenn auch nur als Kind -.Eines Tages stürmte der Ortsgruppenleiter der NSDAP bei uns ins Wohnzimmer und schrie meine Mutter und eine Nachbarin an, ob sie ins Gefängnis wollten. Was war der Grund? Die Nachbarin und meine Mutter schrieben an ihre eingezogenen Männer (beim Militär zwangsdienenden Männer) Briefe und hatten nicht darauf geachtet, daß meine ältere Schwester und ich einen „Feindsender“ eingeschaltet hatten. Der OL stürmte zum Radio und schaltete es aus. Ein Spitzel mußte vorher am Fenster gelauscht haben.

tern, Großeltern oder Urgroßeltern – je nach Geburtsjahrgang der Betrachterin oder des Betrachters. Wir haben noch nicht bewiesen, daß wir besser sind.

Hannah Arendt (http://de.wikipedia.org/wiki/Hannah_Arendt) hat das Wort von der *Banalität des Bösen* geprägt. In der HAZ vom 20. August 2008 steht eine Besprechung des Buches „Der letzte Zeuge“ von Rochus Misch mit einem Vorwort von Ralph Giordano, verfaßt von Simon Benne. Die Überschrift lautet:

Die Banalität des Bösesten – Hitlers Bunkertelefonist Rochus Misch hat seine Memoiren geschrieben: „Der letzte Zeuge“.

Benne schreibt u.a.:

Er liefert eine nüchterne Nahaufnahme Hitlers, wohl die letzte, die es aus eigener Anschauung geben wird. Und er offenbart beklemmender, als viel gelehrte Theorien dies können, was mit der Banalität des Bösen gemeint sein könnte.

Er zitiert Misch:

„Der Privatmann Hitler war der einfachste Mensch, den ich kannte“.

Für mich ist das ein Hinweis mehr, daß wir jene Strukturen, Institutionen und deren Wirkungen unter die Lupe nehmen müssen, die die Banalität des Guten verhindern. Hindernisse bei diesem Tun sind eben Tabus, die gebrochen oder aufgelöst werden müssen.

Eine E-Brief

7.8.2008
Anselm Rapp an TA

Hallo Tristan Abromeit,
ich nehme nun, wie auch von Ihnen gewünscht, zu Ihren "Texten zur Zinsknechtschaft" Stellung, dabei geht es mir ausschließlich um die Sache.

Ich habe Ihren Text mit steigender Geschwindigkeit zunächst gelesen, dann überflogen. Bis zu den Anlagen habe ich es nicht mehr geschafft, sondern ich habe innegehalten und mich gefragt, was Sie mit Ihrer Abhandlung erreichen wollen.

Aufhänger für die Diskussion um den Begriff Brechung der Zinsknechtschaft war, dass Kabarettist Georg Schramm ihn in einem Sketch einer Fernsehsendung verwandte. Mich hat das verwundert; ich bin sicher, dass Schramm die Verwendung und den Missbrauch des Begriffs kennt, und

nachdem er sicher nicht auf den Kopf gefallen ist, dürfte er auch wissen, dass bestimmte Kreise nichts, insbesondere Halbwahrheiten und glatte Lügen, unversucht lassen, uns als Ultrarechte und Antisemiten zu diffamieren.

Sie haben Ihrer Arbeit den Titel "Brechung der Zinsknechtschaft - Von der Notwendigkeit der Überwindung der Tabuisierung einer Parole und Sehnsucht" gegeben. Sie haben darauf hingewiesen, dass Sie den Text für Ihre eigene Internetseite geschrieben haben; wir sind also nicht die eigentliche Zielgruppe, aber Sie haben ihn uns zur kritischen Lektüre zur Kenntnis gegeben.

Ich frage mich (ernsthaft, nicht etwa polemisch), wen Sie mit dem Artikel wovon überzeugen wollen. Ich verstehe ihn - in seiner ganzen Breite - als Plädoyer für die Brechung der Zinsknechtschaft. Bravo. Auch ich, und ich denke alle Listenteilnehmer, sind für die Brechung der Zinsknechtschaft. (Wobei ich persönlich mich wirklich an der "Brechung" störe. Brechung klingt nun einmal nach Gewalt.)

Aber wie kann man diese Forderung nur mit dem *Begriff* Brechung der Zinsknechtschaft koppeln? Als könne die Zinsknechtschaft (vielleicht sogar nur) durch Enttabuisierung der Parole (die Sehnsucht hat meines Erachtens weniger damit zu tun) gebrochen werden! Ich zitiere Sie:

"Ich habe unter <http://www.grin.com/> bei einem Verlag nachgeschaut, der Diplomarbeiten ins Netz stellt. Bei der Eingabe des Suchbegriffes 'Zinsknechtschaft' wurden 24 Arbeiten benannt, in denen der Begriff vorkommt. Die meisten Arbeiten stehen im Zusammenhang mit den Begriffen NSDAP oder Gottfried Feder."

Wir müssen also davon ausgehen, dass der Begriff "Brechung der Zinsknechtschaft" kaum trennbar mit dem Nationalsozialismus gekoppelt ist.

Weiter schreiben Sie:

"Die Menschen, die die Bedeutung der Freiwirtschaftsschule – die wesentliche theoretische Elemente für den Ausbau der Marktwirtschaft zu einem zufriedenstellenden System bietet – verstanden haben, machen die merkwürdige Erfahrung, daß dieses Wissen zur Steigerung der Wohlfahrt der Gesellschaften und der Freiheit der Individuen nur schwer an die Frau und an den Mann zu bringen sind."

Wie wahr. Und leider haben wir durchaus nicht nur mit Kapitalisten zu tun, die um ihre zahlreichen Villen, Yachten und gestapelten Euros, Dollars oder Fränkli fürchten, wenn die NWO eingeführt wird, sondern leider auch mit Leuten, die sich uns von der Zielsetzung her wenigstens entfernt verwandt fühlen könnten, uns stattdessen aber als verkappte Nazis und Judenfeinde

darstellen, ohne dass wir uns wirksam dagegen wehren können.

Schließlich fragen Sie:

"Darf man den Begriff 'Zinsknechtschaft' verwenden, ohne in den Verdacht zu kommen, ein Freund nationalsozialistischen Gedankenguts zu sein?"

Sie beweisen stichhaltig, dass man den Begriff Zinsknechtschaft verwenden darf, weil er von den Nazis nicht geprägt, sondern missbraucht wurde. Die Frage ist aber doch nicht, ob man den Begriff verwenden *darf*, ohne in Nazi-Verdacht zu geraten, sondern ob man das *kann*!

Noch einmal mein Vergleich mit dem Hakenkreuz: Auch das wurde von den Nazis missbraucht und wir könnten es übernehmen; wir könnten uns mit "Heil unserem Führer!" grüßen (bzw. begrüßt haben) und meinen Onkel Hans-Joachim meinen.²⁷

Die Frage muss doch sein, ob uns die Verwendung von durch die Nazis ge- und missbrauchten Vokabulars und Symbolen nützlich ist oder schadet! Ich halte es für destruktiv, sie zu übernehmen, um daran anknüpfend zu versuchen, die Natürliche Wirtschaftsordnung zu verbreiten. Wir haben wahrhaftig viele (mir schon zu viele) Begriffe, unser Anliegen zu benennen. Warum also ausgerechnet einen, der geeignet ist, geleitet von den "Antifas" auf die völlig falsche Fährte zu führen?

Ich verstehe es noch, wenn dieser Begriff konkurrenzlos treffend wäre. Mögliche Alternativen wurden in der Diskussion bereits genannt; vielleicht gibt es noch treffendere.

Mein klares Fazit: Wir sind gegen die Zinsknechtschaft und wir möchten sie aufheben. Wir sollten im ureigensten Interesse die Probleme mit der Verbreitung unserer Botschaft nicht dadurch selbst vergrößern, dass wir Begriffe verwenden, die uns in ein falsches Licht rücken, und die erst einmal "enttabuisiert" werden müssen.

Die interne, befristete Beschäftigung mit dem Begriff finde ich ganz interessant. Aber wir sollten ihn nach außen tunlichst meiden (und ich sehe auch keinerlei Anlass, ihn intern zu verwenden).

Freundliche Grüße,

Anselm Rapp

Hier wird schon das Mißverständnis deutlich. Anselm Rapp hat – wie die meisten Akti-

²⁷ Der Onkel hieß mit Familienname *Führer*. TA

ven in der Freiwirtschaft – die Erfahrung gemacht, daß das subjektive und objektive Gute, das wir weiterreichen möchten, von interessierter Seite häufig so lügenhaft uminterpretiert wird, bis sich daraus eine faschistoide Geschichte stricken läßt. Nun entsteht die Angst, daß diesen Leuten, die solches betreiben, durch die Verwendung der Parole „Brechung der Zinsknechtschaft“ neue Munition geliefert wird. Meine Bemühungen zielen ja umgekehrt darauf, daß nicht mehr mit dem Hinweis, Zins sei ein Nazi-thema, die Diskussion um dieses weltbewegende Problemfeld abgeblockt werden kann.

„Brechung“, ein Wort des Unbehagens

Anselm Rapp stört sich aber offensichtlich – das geht aus andern Mails hervor – an dem das Wort „Brechung“, weil es Gewalt signalisiert. „Brechung“ ist nun nicht mein Wort, sondern ein Zitat, aber es ist ja auch nur symbolisch gemeint. Es taugt in vielen symbolischen Bildern auf. „Jesus nahm das Brot, dankte, brach es, gab es seinen Jüngern und sprach: Nehmet und esset alle davon: Das ist mein Leib.“ Hier taugt das Brechen in einem Sinn auf, das den Christen vertraut ist. Schneiden, sägen, pfeilen, kneifen, brennen und brechen sind Tätigkeitswörter, die für gute und böse Taten verwendet werden können. Zu einem dieser Tätigkeiten ist man gezwungen, wenn man etwas trennen will. Getrennt werden Fesseln. Der stärkste Ausdruck einer Fessel ist die Kette. Knechtschaft und in Ketten liegen, sind symbolisch nahe beieinander. (Nebenbei: Wenn ein Kapitän seine Schulden – zum Beispiel die Hafengebühren – nicht bezahlen kann, dann wird nicht er, sondern sein Schiff an die Kette gelegt.) Aber wenn einer tatsächlich mit Ketten gefesselt wurde, dann kann das Brechen der Kette tödlich sein. In diesem Fall muß ich einen Bolzenschneider (ein Gerät der Neuzeit) zur Hand nehmen oder das Opfer zum Amboß bringen und es mit Meißel und Hammer von den Ketten befreien. Mir ist noch ein Spruch aus einem Schul- oder Märchenbuch meiner Kindheit (aus dem Märchen „Der Froschkönig“ oder „Der eiserne Heinrich“) in Erinnerung:

Der treue Heinrich hatte sich so betrübt, als sein Herr war in einen Frosch verwandelt worden, dass er drei eiserne Bande hatte um sein Herz legen lassen, damit es ihm nicht vor Weh und Traurigkeit zerspränge. Der Wagen aber sollte den jungen König in sein Reich abholen; der treue Heinrich hob beide hinein, stellte sich wieder hinten auf und war voller Freude über die Erlösung. Und als sie ein Stück Wegs gefahren waren, hörte der Königssohn, dass es hinter ihm krachte, als wäre etwas zerbrochen. Da drehte er sich um und rief

"Heinrich, der Wagen bricht."
"Nein, Herr, der Wagen nicht,
es ist ein Band von meinem Herzen,
das da lag in grossen Schmerzen,
als Ihr in dem Brunnen sasst,
als Ihr eine Fretsche (Frosch) wast (wart)."

Noch einmal und noch einmal krachte es auf dem Weg, und der Königssohn meinte immer, der Wagen bräche, und es waren doch nur die Bande, die vom Herzen des treuen Heinrich absprangen, weil sein Herr erlöst und glücklich war.²⁸

Im Brechen ist das „Zerbrechen“ wie auch das „Befreien“ angelegt. Ich hatte nun sinn- gemäß gesagt: Wenn die Kettenenden nicht zusammenschmiedet sondern mit einem Schäkel verbunden sind, dann kann der, der das erkennt, die Kette ohne Gewalt (Bre- chung) öffnen, weil er dann mit einem Marlspieker den Schäkel öffnen (aufschrauben) kann. Übertragen auf uns: Die Freiwirte haben eine Theorie, mit der sie erkennen kön- nen, wie die Kette, mit der uns der Kapitalismus gefesselt hat, zusammengefügt ist und sie haben das Werkzeug, um das Schlußglied in Form eines Schäkels ohne Gewalt zu öffnen.

Die Wirkung von Symbolen

Und dann der Hinweis auf das alte Zeichen des Hakenkreuzes für das wir uns ja auch stark machen könnten, es sei ja auch von den Nazi mißbraucht worden. Hier ist es doch so, daß uns das Verbot der von den Nationalsozialisten gebrauchten Symbole in keiner Weise unsere Aufklärungsarbeit behindert. Wir werben ja nicht für die NS-Ideologie oder für die Rückkehr zum NS-Staat. Wenn ich selber mich mit dem NS-Staat befasse, dann immer unter der Fragestellung, ob wir die Wirkungszusammenhänge richtig erfaß haben.

Aber aus allgemeiner freiheitlicher Sicht halte ich die Verbote von NS-Symbolen für überflüssig, ja schädlich.²⁹ Erst die Verbote machen daraus ein Instrument der Rechtsra-

²⁸ Erinnerung aufge bessert mit Wikipedia.

²⁹ Nachtrag: „Ex-Verfassungsrichter Wolfgang Hoffmann-Riem hat sich kritisch zur Strafbarkeit der Leugnung des Holocaust geäußert. „Ich würde als Gesetzgeber die Holocaust-Leugnung nicht unter Strafe stellen“, sagte er laut „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (Donnerstagabend) am Rande einer Veranstaltung in Berlin. Hoffmann-Riem zeigte sich ebenso skeptisch, was die Strafbarkeit der Verwendung von Kennzeichen und Symbolen verfassungsfeindlicher Organisationen angeht. „Ich selber würde auch damit zurückhaltend sein, weil ich nicht glaube, dass das Problem auf diese Weise

dikalen und jener Bürger, die ohne Orientierung nach rechts, dem Staats einen Stich verursachen wollen.³⁰ Symbole haben nur dann ihre Wirkungsmacht oder ihre Signalwirkung, wenn dahinter auch eine genügend große und wachsende Zahl der Gläubigen an: Gott, das Gute, die „Sache“, die Befreiung usw. steht. Nehmen wir das Christenkreuz

(in schlichter evangelischer Form oder als katholisches Kruzifix). Ich schätze, daß bei maximal 5% der Bevölkerung das Kreuz religiöse Gefühle auslöst, vielleicht bei ebenfalls 5% Widerwillen, bei 45% gehört es ohne Signalwirkung aus Tradition dazu und für 45% der Bevölkerung wird es ein Gegenstand sein, mit dem man sich selbst oder einen Raum schmücken kann. Erst bei einer Unterdrückung des Kreuzes dürften sich die Werte für das Kreuz als Zeichen eines Bekenntnisses verbessern. Nehmen wir die Sonnenblume. Als die Grünen noch die neue politische Hoffnung waren, hatte die Sonnenblume einen hohen Aufmerksamkeits- und Signalwert. Damals hatte ein Parteifreund die Idee an den Straßenrändern und auf öffentlichen grünen Plätzen Sonnenblumenkerne zu streuen, damit vor der Wahl überall Sonnenblumen blühen. Es ist nicht gemacht worden, hätte aber eine große Signalwirkung gehabt. Die Grünen haben ihre Rolle als Hoffnungsträger verloren und mit ihnen die Sonnenblume die Signalwirkung. Wenn heute das Projekt „Sonnenkerne streuen!“ realisiert würde, würde das nicht einmal den Bündnisgrünen zugerechnet. Die Leute würden es als Werbeaktion halten und nicht einmal fragen, für was denn geworben wird. Die hauptamtlichen Grünen merken ja selber, daß das Grün verblaßt ist und wollen darum ihr Logo auffrischen in der Hoffnung, daß sie selber wieder frischer werden. Das funktioniert nicht. Die Freigabe der Nazisymbole würde nichts bewegen, sie würde nur einen kleinen verlorenen Haufen der Getreuen, die jedes untergegangene System hat, sichtbar machen. Natürlich ist es so, daß es eine weitere Auflehnung in einer wirksamen Größenordnung geben wird, wenn die Politik so weiter mache wie bisher. Nur diese Auflehnung wird ihre eigenen Formen entwickeln und neue Symbole finden. Ein Symbol gebiert keine Bewegung, sondern ein Symbol entsteht in einer Bewegung. Rückgriffe auf alte geschichtliche Vorgänge, wie bei den Farben unserer Nationalflagge dürften eher selten sein. Ich will die Aussage, daß das Symbol der Bewegung folgt und nicht umgekehrt, verdeutlichen mit einem Ausschnitt aus:

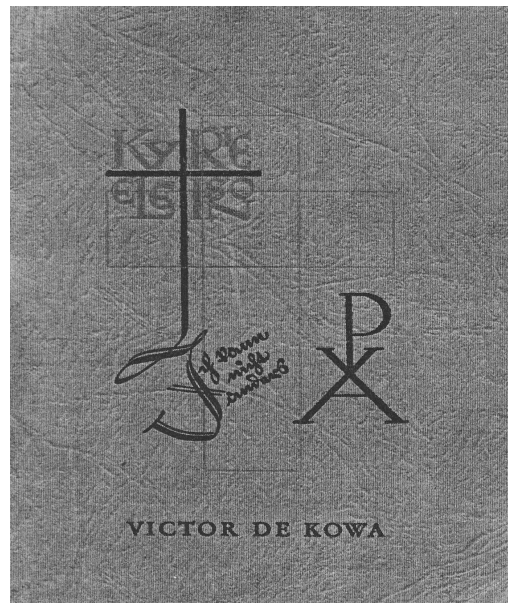
Ich kann nicht anders
Bekenntnis und Vorschlag
Ein Vortrag von Victor de Kowa

(o.J. Ende der 40er oder Anfang der 50er Jahre des vorigen Jahrhunderts. De Kowa war

bewältigt werden kann“, sagte der Staatsrechtler, der im März aus dem Bundesverfassungsgericht ausgeschieden war, am Dienstagabend im Wissenschaftszentrum Berlin.“ ... <http://www.focus.de>
9.7.08

30 Unabhängig davon bleibt die Schädigung von Symbolen anderer, wie die vom 23. 8. 08 vom Holocaust-Mahnmal in Berlin eine Respektlosigkeit gegenüber anders Denkenden und eine Sachbeschädigung. Zu beobachten ist aber auch, daß gerade an Denkmäler politisch motivierte Aggression abgeleitet werden. Dies kann besonders beim Wechsel von Regierungssystemen beobachtet werden.

damals ein bekannter (Film)Schauspieler. Hier ohne Hervorhebungen durch im Original gesperrte Schrift.)



...

Die wahre Kampflinie in der Welt liegt heute nicht zwischen Klasse und Klasse oder zwischen Rasse und Rasse, sondern es ist der Kampf zwischen Christus und dem Antichrist. Wir sollten uns schnellsten ent-

-8-

scheiden, wem wir dienen wollen. Und wir SOLLTEN DIE COURAGE HABEN UNSERE ENTSCHEIDUNG LAUT UND SICHTBAR ZU MACHEN! Selbst wenn wir es nicht mehr schaffen sollten zu verhindern, daß die in Ost und West aufgestapelten Bomben explodieren, müßten wir trotzdem alles tun dafür zu sorgen - und selbst wenn es erst für unsere Kinder und Enkel Früchte trägt -, daß nie wieder ein Zustand der Vorbereitung in Ost und West, der Angst und des Mißtrauens in der ganzen Welt entsteht, wie er uns jetzt Alle in Atem hält.

Vor zwanzig Jahren fuhr ich auf einem kleinen Wannseedampfer. Ich sand dicht zusammengedrängt mit 150 Menschen. Und einer war dabei, der trug an seinem Rockaufschlag ein Abzeichen. Ich hatte es nie gesehen. Es sah aus wie ein Bonbon. Ich erkundigte mich danach. Es kam die Auskunft, daß es das Abzeichen einer neuen

Partei sei. Die schiebe vor allem alles Unglück in der Welt den Juden in die Schuhe. Hauptziel dieser Organisation sei deshalb, die jüdische Rasse auszurotten. Wir mußten zugeben, daß das Abzeichen-Tragen des Mannes eine Art Mut war. Stand er doch da ganz alleine. Ohne Vorder- und Hinter- und Nebenmann war er mitten unter uns. Und gab allen Menschen um sich herum zu verstehen, was für ungeheuerliche Absichten er habe. Jahre später fuhren wir wieder auf dem überfüllten Dampfer. Von den 150 Passagieren trug nicht mehr nur einer das Abzeichen. Es waren bereits über 100 geworden. Sie alle erkannten sich schon. Der eine war nicht mehr allein. Er hatte jetzt

-9-

Vorder-, Hinter- und Nebenmänner. Sie waren jetzt eine große Gemeinschaft. Sie waren laut. Der einzelne brauchte keine Angst mehr zu haben, seine Meinung zu äußern. Es gehörte gar kein Mut mehr dazu. Die, die einer Meinung waren, erkannten sich jetzt. Jetzt konnten sie, und auch wir, sehen, daß sie eine Macht darstellten. Sie hatten ihre Meinung sichtbar gemacht! Mit einem Mal waren sie sich der Macht der Zahl bewußt. Sie waren die größte Partei. Sie konnten die Macht im Staate ergreifen. Sie herrschten mit denen zusammen, die sie erkannten. Sie brauchten keine Angst mehr zu haben.

Seit längerer Zeit sind wir unter Mitarbeit eines schnell immer größer werdenden Kreises bemüht, einen besonderen Weg tätiger Friedensliebe zu propagieren. Es tut not, so sage ich, den friedliebenden Massen die einzige Macht bewußt zu machen, die sie besitzt: Die Macht der Zahl. ES MUSS EIN SICHTBARES ZEICHEN GEBEN, DURCH DAS SICH DER EINZELNE IN OST UND WEST ERKENNBAR MACHEN KANN! SICH ALS PRAKTISCHER IDEALIST DER CHRISTLICHEN IDEOLOGIE ERKENNBAR MACHT, FÜR DEN ES KEINE RELATIVEN BEKENNTNISSE ZU DEN GESETZEN DER CHRISTLICHEN ETHIK GIBT: DU SOLLST NICHT STEHLEN, LÜGEN, EHEBRECHEN ODER TÖTEN. Es müssen und werden sehr viele sein, die sich zu diesem Zeichen bekennen. So viele, daß die große Zahl der Ängstlichen ermutigt wird, durch die Sicherheit unter diesen vielen geschützt aufgenommen zu sein. Mit jedem,

-10-

der sich dieses Zeichen anheftet, wird für den Nächsten das Maß an Mut geringer werden, dessen er bedarf. Wenn es einmal die Mehrzahl des Volkes, aller Völker ist, die

dieses sichtbare Votum ablegt, sollte es schon sehr viel
schwieriger sein, einen Krieg zu inszenieren!

De Kowa propagierte dann ein Zeichen.

Es handelt sich um eine Zusammenstellung des lateinischen Wortes für
Frieden:
PAX.

Die Geschichte wurde eben kein Erfolg, weil die Bewegung nicht dem Zeichen folgt,
sondern das Zeichen in oder aus der Bewegung entsteht.³¹

00000

Weitere E-Mails

Amseln Rapp an die Herren Timm und Hüwe am 8.8.

... Ich habe - und bitte alle Listenmitglieder ggf. um Korrektur - die
Enttabuisierung der "Brechung der Zinsknechtschaft" so verstanden, als sollten
wir diese Parole aufgreifen, ins rechte, pardon: richtige Licht rücken und
dann als die unsere verwenden. Ich bin unverändert der Meinung, dass
uns das weit mehr schaden als nützen würde.

Meine Recherche in Gesells Gesammelten Werken ergab übrigens einige
Treffer, bei denen Gesell selbst den Begriff Zinsknechtschaft verwendet, einige
Zitate der von den Nazis zusammenhängend offenkundig nicht nur
missbrauchten, sondern kreierte Parole der "Brechung der Zinsknechtschaft",
und natürlich den Titel einer Schrift meines Großvaters Georg Blumenthal, mit
dem ich mich voll identifizieren kann: "Die Befreiung von der Zinsknechtschaft
des Kapitals".

Hingegen gibt es nur zwei Treffer, bei denen Gesell den Begriff "Brechung"
verwendet:

Band 12 aus "'Gedeckter Scheck' und volkswirtschaftliche Erkenntnis":
"Brechung des Geldstreiks durch Freigeld ist unsere Losung."

Band 13 aus "Die Freiwirtschaft in Jugoslawien":
"... Führer der Bauernpartei, deren Hauptprogrammunkte, die Aufteilung des

31 Einen Ausschnitt aus dem Text „Katechismus des gesunden Menschenverstandes“ von Victor de
Kowa befindet sich im Anhang I. Die darin enthaltene freiwirtschaftliche Botschaft habe ich beim
ersten Lesen des Textes 1957 nicht verstanden.

Großgrundbesitzes und die Brechung der Bankokratie, sich mit dem Ziele
unserer Bestrebungen decken ..."

ooooo

8.8.

Betr.: Enttabuisierung der Parole Brechung der Zinsknechtschaft???

Lieber Herr Rapp, liebe Mitleser,
selbstverständlich würde eine Übernahme der Parole Brechung der
Zinsknechtschaft der Freiwirtschaftsbewegung nur schaden. Man bedenke
auch, dass sie vor allem antisemitisch gemeint war! Diese Assoziationen
sind ganz fest in der Gesellschaft verankert, sie lassen sich nicht aus
der Welt schaffen.

Ich möchte wie folgt unterscheiden: Enttabuisierung jener Parole und
Enttabuisierung der Zinsfrage.

Helmut Creutz hat mit seiner Art der Aufklärung in einem bis dahin noch
nicht erreichten Maße bei zahllosen Menschen Interesse für die
Zinsproblematik geweckt und durch klare Darlegungen von Fakten viele
überzeugt, auch etliche Fachleute, die ihrerseits mit ihren
Publikationen die Fakten und Probleme weiter verbreiten. Er hat uns
damit einen Weg gezeigt, wie man eine Enttabuisierung der Zinsfrage
erreicht, ein Weg, auf dem weitergegangen werden sollte. Parolen wie die
oben genannte brauchen wir dazu nicht. Sie lässt sich nicht
enttabuisieren.

Und um es vorsorglich noch einmal zu betonen: Von Gesell stammt jene
Parole nicht, und er hat sie auch nicht für seine NWO-Werbung benutzt.
Sie wurde verbreitet vor allem durch die Schrift des NSDAP-Vordenkers
Gottfried Feder: "Das Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft des
Geldes" (1920).

Mit freundlichen Grüßen
Josef Hüwe

ooooooooo

Lieber Herr Hüwe,

- > selbstverständlich würde eine Übernahme der Parole Brechung der
- > Zinsknechtschaft der Freiwirtschaftsbewegung nur schaden. Man
- > bedenke auch, dass sie vor allem antisemitisch gemeint war! Diese
- > Assoziationen sind ganz fest in der Gesellschaft verankert, sie

> lassen sich nicht aus der Welt schaffen.

Danke. Ich bin felsenfest davon überzeugt, dass Sie leider Recht haben.

> Ich möchte wie folgt unterscheiden: Enttabuisierung jener Parole
> und Enttabuisierung der Zinsfrage.

Bei letzterer bin ich dabei!

...

Dass die Parole nicht von Gesell stammt, sondern von den Nazis, war mir klar. Die genaue Quelle hatte ich nicht - danke dafür.

Vielen Dank für Ihren konstruktiven Beitrag.

Mit herzlichen Grüßen
Anselm Rapp

oooooooo

9. 8.

Hallo Tristan Abromeit,

Sie schweigen, ich mache einen letzten Versuch:

> Ich verstehe die Bedenken von Josef Hüwe und Volker Freystedt,
> nur ein unverdächtiger Titel hätte mir auch nicht geholfen.

Als verdächtig empfinden Sie den Titel also selbst.

> Weil die Arbeit der Werbung angesprochen wurde: Die Werbe-
> strategen suchen immer nach Momenten (eines Produktes oder
> einer Aktion) die Aufmerksamkeit erzeugen.
> Wer nach dem Titel meiner Arbeit nicht weiterliest,
> hätte den Text (die Texte) auch mit einem braven Titel nicht
> gelesen. Außerdem: "Wer nicht wagt, der nicht gewinnt!"
> Ängslichkeit wird uns auch nicht honoriert.

Ich denke, das ist nicht das Thema. Der Wäschehersteller Benetton verwendet in seiner Werbung provozierende, sachfremde Themen (http://www.focus.de/finanzen/news/mode-benetton-werbung-provoziert-china_aid_323403.html). Wie man auf diese Weise zum Wäschekauf animiert, ist mir unklar, aber offenkundig geht die Rechnung auf, sonst gäbe es diese Art der Werbung nicht mehr.

Provozierende Werbung für unsere Sache hätten wir auch nötig, denn wir locken ja mit unserer Botschaft wenige Hunde hinter dem Ofen hervor. Aber doch nicht mit Begriffen, die berechtigte Assoziationen mit dem schlimmsten Kapitel (zumindest jüngerer) deutscher Geschichte wecken.

- > Aber wer schon bei der Nennung eines historischen
- > Begriffes einen Brechreiz bekommt, sollte das ganze
- > Thema beiseite lassen.

Das ist kein simpler, wie Sie verharmlosend schreiben, historischer Begriff (ich rede immer zusammenhängend von der "Brechung der Zinsknechtschaft", nicht nur von der Zinsknechtschaft), sondern eine Naziparole, wie Josef Hüwe gestern schrieb aus der Feder von Gottfried Feder.

- > Und unabhängig von Prägung des Begriffes in der Vergangenheit:
 - > Ketten bricht man, sie lassen sich nicht auflösen oder aufknoten,
 - > es sei denn die Kette, die als Fessel dient, ist mit einem Schäkel
 - > verbunden. Einen Schäkel muß man aber von einem Kettenglied
 - > unterscheiden können. Die Freiwirtschaft behauptet, daß sie es
 - > kann, deshalb muß sie die Kette auch nicht brechen.

Das verstehe ich nicht. Der Begriff Schäkel war mir nur vage bekannt, der Duden erklärt ihn als "U-förmiges Verbindungsglied aus Metall". Nun möchten Sie einerseits die "Brechung der Zinsknechtschaft" enttabuisieren, schreiben andererseits, dass die Kette nicht brechen muss. Ich verstehe das wirklich nicht.

- > Gestern wurde
 - > Der Dokumentarfilm: We feed the World (SWR)
 - > im ersten Programm ausgestrahlt.
 - > Jean Ziegler "Die neuen Herrscher der Welt .."
 - > trat zwischendurch als Kommentator auf.
 - > Seine Botschaft frei übertragen:
 - > "Die Ökonomie von heute ist ein Instrument zum
 - > Massenmord - in Millionendimensionen - ."
 - > Die hungernd Sterbenden dieser Welt haben nichts
 - > davon, wenn wir uns über die Verkleidung unserer Botschaft
 - > streiten.

> http://www.daserste.de/doku/beitrag_dyn~uid,ce09wty9w9enqztw~cm.as

Mit einer Verkleidung unserer Botschaft hat die Diskussion über die "Brechung der Zinsknechtschaft" überhaupt nichts zu tun. Im

Gegenteil: Sie greifen - Entschuldigung, jetzt werde ich wieder deutlich - eine Naziparole auf und wollen sie "enttabuisieren", um sie dann in unserem Sinne einzusetzen. Diese Rechnung kann nicht aufgehen.

- > In den Tagesthemen wurde vorher (am 5.8. 08) und heute
- > in der HAZ von neuen Befürchtungen einer Weltwirtschaftskrise
- > berichtet. "Greenspan führt Pessimisten an - Ehemaliger Fed-Chef
- > spricht von 'Jahrhundertkrise' / Konjunkturforscher fürchtet
- > Rezession in Deutschland" (HAZ 6.8.09)

- > Das sind die Hintergründe, auf denen wir agieren, aber
- > nicht wahrgenommen werden. Bei dem Versuch, Aufmerksamkeit für
- > unser Anliegen zu erzeugen, können wir viel falsch machen. Aber
- > wenn uns die Angst, wir könnten etwas falsch machen, lähmt,
- > dann sollten wir uns als Freiwirte - oder wie wir uns sonst nennen
- > mögen - einfach aufgeben.

Auch das ist der völlig falsche Aufhänger. Natürlich können wir bei unseren Bemühungen, unsere Botschaft weiterzutragen, Fehler machen, und wir wären wahrhaftig nicht die Ersten. Aber Sie stilisieren die "Enttabuisierung" der "Brechung der Zinsknechtschaft" zu einer Voraussetzung über unseren Erfolg oder Misserfolg hoch.

- > Warten wir doch mal ab, was passiert.
- > Vermutlich ist es so, daß nichts passiert, wie bei x Versuchen von
- > x FreundInnen.

Was woraufhin passiert? Auf Ihre Abhandlung zur Enttabuisierung hin? Wenn Sie es so meinen, werden Sie vermutlich und hoffentlich damit Recht haben, dass nichts passiert. Was vielleicht passieren wird, ist, dass Ultralinke einen weiteren "Beweis" für unsere braune Gesinnung anführen.

- > Vor einiger Zeit war ich auf einer Messe am Stand des Verfassungs-
- > schutzes. Mir kam vorhin die Idee, diesen Leuten - die die
- > Verfassung nicht schützen können - meinen Schrieb zur Begutachtung
- > vorzulegen. Wenn ich die Anschrift noch finde, mache ich es
- > vielleicht.

Das finde ich abstrus. Was wollen Sie denn mit solcher Aktion erreichen? Uns vielleicht auch nur einen Millimeter voranbringen?

Und nun konstruktiv aus meiner Sicht: Ich stehe zum Begriff Zinsknechtschaft. Ihn im Sinne meines Großvaters im Zusammenhang mit dem Begriff Überwindung (also "Überwindung der Zinsknechtschaft") zu

verwenden, habe ich nicht die geringsten Bedenken. Und Vorurteile gegenüber dem Begriff Zinsknechtschaft an sich zu enttabuisieren, haben Sie in mir einen Mitstreiter. Größte Bedenken habe ich aber, die Naziparole "Brechung der Zinsknechtschaft", um damit zu provozieren, enttabuisieren zu wollen. Mehr noch: Ich halte es für schädlich.

Zuletzt möchte ich noch einmal betonen, dass die Natürliche Wirtschaftsordnung nur gewaltfrei (und nicht durch Brechung von irgendetwas) eingeführt werden kann. Das hat Gesell so gesehen, und das sehen seine wirklichen Anhänger ebenso.

Freundliche Grüße,

Anselm Rapp

Anmerkung ...

oooooooooooooooooooo

9.8.

Hallo Anselm Rapp!

Ich schweige nicht, sondern:

Erstens habe ich eine Pause beim Antworten gemacht. Man muß auch mal eine Aussage stehen lassen können, ohne gleich dagegen zu argumentieren. Leute, die das letzte Wort haben wollen, sind ja nicht unbedingt beliebt. Zweitens mußte ich meine hausmännischen Schlampereien kaschieren, weil die Familie aus den USA zurück kommt.

TA

oooooooooooooooo

13. 8.

GAUKE GMBH im Auftrag:

Großen Dank an Herrn Rapp für seine realistische Einschätzung des gut gemeinten, aber fragwürdigen Anliegens von Herrn Abromeit. Dessen Abhandlung habe ich neulich gelesen und war einerseits erleichtert, dass sie meine Befürchtungen nicht bestätigten. Andererseits bekräftigt sich mein Eindruck, dass Herr Abromeit an falscher Stelle mit dem Kopf durch die Wand will. Den Begriff "Brechung der Zinsknechtschaft" rehabilitieren zu wollen, ist nach meiner Ansicht unmöglich und auch völlig überflüssig, weil wir ihn für die Darstellung unseres Anliegens einer Geldreform überhaupt nicht brauchen.

Beste Grüße
Werner Onken 12.08.2008

oooooooooooooooooooo

19. 8. 08

Hallo Tristan,

auch ich möchte noch einmal meine Bedenken äußern gegenüber dem Gedanken, den Slogan "Brechung der Zinsknechtschaft" enttabuisieren zu wollen, nachdem eine Enttabuisierung der Zinsfrage schon ein beachtliches Stück vorangekommen ist. Diese positive Entwicklung sollte man nicht gefährden. Sie kann fortgesetzt werden durch weitere sachliche Aufklärung über die Zinsproblematik, wie dies in eindrucksvoller Weise auch Gero Jenner in seinem neuen Buch "Das Pyramidenspiel" (2008) tut.

Die Bereitschaft, in der Zinsfrage umzudenken, dürfte auch durch die weitere wirtschaftliche Entwicklung (insbes. z. B. durch die progressive Ungleichheit der Einkommensverteilung) zunehmen. Sie würde aber eher abnehmen, wenn die Zinsfrage allgemein wieder mit dem Slogan "Brechung der Zinsknechtschaft" in Verbindung gebracht werden würde. Assoziationen wie NSDAP und Antisemitismus sind eine nicht zu überwindende Barriere.

Mit dem Kopf durch die Wand, das geht nun mal nicht.

Mit dem Versuch, jene Parole zu enttabuisieren droht, eine Renazifizierung der Zinsfrage! Das kannst Du nicht wollen. Ich hoffe, Du berücksichtigst in Deiner vorgesehenen Antwort jene Differenzierung und schiebst Bedenken nicht weiterhin einfach beiseite, indem Du einem Ängstlichkeit vorhältst.

Was spricht dagegen, den Titel Deiner Arbeit zu ändern? Zum Beispiel:
Zunehmende Aufgeschlossenheit gegenüber der Zinsfrage.

Mit besten Grüßen
Josef Hüwe

oooooooooooooooooooo

19. 8.

Lieber Herr Hüwe,

der von Ihnen vorgeschlagene Titel geht vermutlich an Tristan Abromeits Anliegen, das mir allerdings noch sehr unklar ist, zu weit vorbei. Ich könnte sogar einen Titel "Der missbrauchte Begriff 'Zinsknechtschaft'" akzeptieren.

Auf der einen Seite meines Großvaters "Die Überwindung der

Zinsknechtschaft", auf der anderen Feders "Die Brechung der Zinsknechtschaft". Die Unterschiede zwischen beiden Forderungen klar herauszuarbeiten, wäre meines Erachtens sogar eine wertvolle und lohnenswerte Aufgabe, weil sie den Begriff "Zinsknechtschaft" an sich, der uns immer wieder in Zusammenhang mit Feders "Brechung" um die Ohren gehauen wird, enttabuisieren könnte. Ob es gelänge, bornierte Vorurteile uns gegenüber ins Wanken zu bringen, ist mehr als fraglich, zumindest aber könnten Verunsicherte über die Tatsachen aufgeklärt werden. Am Begriff "Brechung der Zinsknechtschaft" gibt es nichts zu enttabuisieren, höchstens darüber aufzuklären, dieser Ansicht bin ich unverändert. Mit Ihrer Aussage "Mit dem Versuch, jene Parole zu enttabuisieren droht eine Renazifizierung der Zinsfrage!" bringen Sie das hervorragend auf den Punkt.

Tristan Abromeit will ja noch auf meine Mail antworten, dann wissen wir mehr.

Mit herzlichen Grüßen
Anselm Rapp

oooooooooooooooooooooooooooo

Antwort auf die Nachricht vom 19.08.2008

Hallo Josef und Anselm Rapp!

Ich will weder mit dem Kopf durch die Wand (Werner Onken), noch schiebe ich Bedenken beiseite. Wartet es ab. Von der uns beherrschenden Angst, kann ich uns aber nicht freisprechen.

Gruß Tristan

oooooooooooooooooooooooooooo

19.8. 08

BRECHUNG DER ZINSKNECHTSCHAFT

Ist ein Stempel, den sich die Nachfahren von Leuten selbst aufdrücken, die vielleicht einmal einen Fehler gemacht haben. Und weil ihn die Nazis diskreditiert haben, ist er sachlich noch lange nicht falsch. Wenn man etwas falsch gemacht hat => in Ordnung => dann steht man einfach dazu und zieht daraus die entsprechenden Konsequenzen. Aber ich denke, man sollte sich nicht von Leuten konditionieren lassen, die historisch selbst eine Menge (und zwar unbereuten) Dreck am Stecken haben. Für uns in Österreich ist das kein Problem, wir haben alle miteinander eine Menge zu bereuen und einander

zu vergeben. Aber das ist vielleicht für viele eine zu hochgestochene Erwartung. Aber ohne Vergebung gibt es keine Versöhnung und ohne Versöhnung gibt es keinen Frieden. In diesem Zusammenhang sollten alle einmal nachdenken, wer eigentlich die Ursachen zu all diesem finanzpolitischen Wahnsinn gelegt hat und welche Folgen daraus entstanden sind. Und wir alle haben daraus kaum etwas gelernt, denn wir setzen diesen Wahnsinn im tiefsten Brustton der Überzeugung weiter fort.

Ich würde mich freuen, wenn der Verlauf dieser Diskussion dazu führen könnte, dass uns klar wird, dass ohne Bekenntnis unserer allseitigen Verfehlungen es zu keinem Konfliktabbau kommen kann und wird. Amerika versucht das kriegserfahrene Europa neuerdings in Konflikte hineinzuziehen, weil sie selbst zu einer umfassenden Einsicht noch nicht fähig sind. Es wird Zeit mit den Aufrechnungen aufzuhören, neue Einsichten zu gewinnen und einander die Hände zu reichen, damit der innere und der äußere Friede endlich eine Chance bekommt und wir in Ruhe eine neue Welt gemeinsam aufbauen können.

Adolf Paster

oooooooooooo

19. 8. 08

Lieber Herr Paster,

ich rede Sie lieber mit Namen als mit einer Überschrift an.

Mir ist nicht klar, worauf Sie hinaus wollen, deshalb frage ich Sie ganz direkt:
Sind Sie dafür, dass die NWO-Bewegung die Parole
"Brechung der Zinsknechtschaft" verwendet? Ein Ja oder Nein genügt.

Freundliche Grüße,
Anselm Rapp

oooooooooooooooo

21. 8. 08

Sehr geehrter, lieber Herr Rapp,
"ja, natürlich"! Aber offenbar sind Sie mit meiner Aussage nicht ganz klar gekommen. Aber das macht auch nichts.
Mit sonnigen Grüßen aus dem Mariazellerland,
Ihr Adolf Paster
oooooooooooo

Die Angst, die uns lähmt

Wie aus den E-Briefen – es ist eine Auswahl - zu dem hier diskutierten Thema *Enttabuisierung der Parole von der Brechung der Zinsknechtschaft* hervorgeht, wird die Erörterung mit Ernsthaftigkeit und Sorge betrieben. Die Angst, die uns freiwirtschaftlich engagierten Leute umtreibt, speist sich aus zwei Quellen.

a) Schon Silvio Gesell war von der Sorge geplagt, es könne ihm nicht gelingen, seine Entdeckungen dem rechtmäßigen Eigentumsanwärter, der Gesamtgesellschaft oder der gesamten Menschheit, zu übergeben. In der Tat ist es ja ein mühsames Geschäft, neue, umwälzende Ideen, auf dem Ideenmarkt durchzusetzen, weil ältere oder unbrauchbarere Vorstellungen von Dingen und Abläufen in den Köpfen von Menschen fest verankert sind. Diese Angst Gesells hat sich in jenen Menschen tradiert, die jetzt schon über Generationen hinweg die freiwirtschaftliche Aufklärungsstaffete weitergetragen haben. Es geht konkret darum, die Natürliche Wirtschaftsordnung als marktwirtschaftliche Ergänzungstheorie nicht mit untauglichen Vermittlern und anderen problematischen Ideen zu belasten und dadurch die Vermittelbarkeit der NWO zu erschweren oder gar zu blockieren. Das heißt, die Menschen die sich um die NWO (Die auch unter anderen Namen gehandelt wird.) bemühen, dürfen Christen, Anarchisten, Sozialisten, Libertäre, Liberale - und wer weiß noch was – sein, solange sie das Grundgerüst der freiwirtschaftlichen Theorie (stillschweigend) anerkennen, nicht negativ auffallen und sich auch unauffällig im politischen Mainstream bewegen können. Das ist schon fast die Garantie dafür, daß die NWO als das große Angebot zur Schaffung von Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit in der Öffentlichkeit nicht auffällt und daher auch nicht zur Kenntnis genommen werden kann.

b) In einer Gesellschaft, wie der unserigen, in der alles Böse in die NS-Zeit deponiert wird und wo das Böse als unendlich groß und einmalig – und daher nicht verstehbar – dargestellt wird, ist schon der unberechtigte Verdacht, etwas an der Nazi-Zeit oder an der Ideologie der Nazis als gut zu empfinden, politisch tödlich. Der Verdacht allein ge-

nügt schon, daß der Verdächtige für ein verantwortungsvolles politisches Amt als unwürdig und unfähig eingestuft wird. Gerade aus diesem Zusammenhang bezieht die *Faschismuskeule* als politisches Instrument ihre Wirkung. Und die Faschismuskeule hat ja nicht nur eine Wirkung auf die direkt Betroffenen, sondern auch auf ihr Umfeld. Das Umfeld der Betroffenen tut so, als nehme es die Bedrängnis des Verdächtigten nicht wahr oder es dreht sich demonstrativ von ihm ab, weil es Angst hat, auch einen Hieb abzubekommen und damit seine politische Karriere zu gefährden. Unsere staatstragenden Parteien werden von solchen Feiglingen geführt und getragen. Aber viel schlimmer wirken die seelischen Verletzungen. Wer etwas Gutes will – und sei das Gute auch nur irrtümlich gut –, der hat doch erst mal Respekt verdient in der Gesellschaft, in der er hinein geboren wurde oder die er als seine betrachtet. Wer nun aber im Bewußtsein agiert, etwas Gutes zu wollen und zu tun und dabei auf Leute trifft, die laut schreiend ihm das Gegenteil beweisen wollen, ist nicht nur irritiert, sondern einfach verletzt. Kommt er nach einer Überprüfung zum Schluß, daß das Gute tatsächlich gut ist, wird er überlegen, wie er künftig vermeiden kann, sich weiteren Verletzungen auszusetzen. Daß das kein gesellschaftliches Klima erzeugen kann, wo sachlich und ausgewogen nach Alternativen für unsere gesellschaftlichen Probleme gesucht werden können und wo unverkrampft über unsere Vergangenheit nachgedacht werden kann, ist doch offensichtlich. Und für diese ganze Fehlentwicklung in der sozialökonomischen und politischen Kommunikation sind nicht nur Leute, die unter der Flagge Antifaschisten agieren, verantwortlich, sondern vor allem die Duckmäuser unter den braven Bürgern, die entweder gleichgültig sind oder gleich kuschen, wenn in der Etage der Obrigkeit oder unter den Meinungsterroristen einer hustet.

Anmerkungen zu den E-Briefen

Ein paar vom Kabarettisten Georg Schramm verwendete Vokabeln aus dem Sprachschatz der Nazis haben gezeigt, daß Worte Wirkungen haben. Wenn nicht, wäre dieser vorliegende und mein vorhergehender Text nicht entstanden. Und ich hoffe, daß die Worte weiter wirken, natürlich nicht im Sinne der lügenhaften NS-Propaganda, sondern im Sinne des Hinweises auf ein verdrängtes und tabuisiertes Sachproblem.

Josef Hüwe verweist darauf, daß wir schon ein gutes Stück weitergekommen sind mit der Aufklärung über die Wirkungen des Zinses und den Abbau des Zinstabus. Das ist

zweifellos richtig, aber vermutlich nur für den freiwirtschaftlichen Insider ersichtlich, der lange durch die Wüste der Unempfänglichkeit für die Botschaft zur Überwindung der ökonomischen Seuche, die alle Menschen immer wieder bedroht, gegangen ist. Für mich steht fest, daß die Quote der Aufgeklärten zur Zeit nicht schnell genug steigt, um auf der politischen Ebene eine ökonomische Wende zu erwirken, die die nächste Katastrophe, die größer sein wird als die beiden Weltkriege und die Regionalkriege zusammen, verhindert. In dieser Situation haben wir zwei Möglichkeiten:

Wir entscheiden uns als Einzelperson oder als Personenzusammenhang für eine Strategie, die die Aufklärung beschleunigt, aber nie risikolos sein wird oder wir ziehen uns darauf zurück, daß wir sowieso zu schwach sind und nicht das, was von Gott, der Geschichte oder von einem Teufel angelegt ist, ändern können. Beide Haltungen sind berechtigt. Bei der „Wir-sind-zu-schwach-Position“ wird die Anklageschrift für meine und der folgenden Generationen aber ebenfalls wie bei den Vorgängergenerationen lauten: „Warum habt Ihr nichts dagegen getan?“

Zu Werner Onkens Äußerungen in seiner obigen E-Mail:

Daß Werner Onken von „Herr Abromeit“ spricht, verrät, daß ihm meine Betrachtungen - nicht nur im letzten Text - zur Vergangenheit zu schaffen machen. Aber zur Klärung von Sachverhalten und für die Korrektur von Einstellungen darf eine herzliche Zuneigung auch zeitweilig in eine herzliche Abneigung umkippen.

Werner Onken hat sich eindeutig um die Freiwirtschaft verdient gemacht. Schon als Student der Ökonomie hat er 1974 eine vergleichende Arbeit über „Karl Marx und Silvio Gesell“ verfaßt. In einer Zeit, als der Marxismus bei uns in der BRD noch als eine weltliche Befreiungstheologie galt, war das fast ein Sakrileg. Wenn er, Werner Onken, sich im ökonomischen Mainstream bewegt hätte, dann hätte er bestimmt promovieren und sich habilitieren können. Er ist aber der von ihm erkannten freiwirtschaftlichen Spur im Dickicht der Ökonomietheorien treu geblieben und hat dadurch für unsere Gesamtgesellschaft viel Wesentlicheres geleistet, als er hätte auf einem 08/15-Lehrstuhl hätte leisten können. Ich denke zum Beispiel an die Herausgabe der Gesammelten Werke von Gesell.

Werner Onken besteht aber in seiner hervorgehobenen freiwirtschaftlichen Stellung besonders unter „Beschluß“ der Antifa. Da er von seinem Naturell her gesehen ein Linker ist, muß das besonders schmerzhaft für ihn gewesen sein. Vermutlich unbewußt ist daraus bei ihm – das ist wahrscheinlich nicht nur meine Einschätzung – eine Haltung entstanden, die sich bemüht, die Freiwirtschaft so zu zeichnen, daß das Bild von ihr im politisch linken Spektrum als akzeptabel gilt. Er übersieht dabei nach meiner Meinung, daß die Tugenden wie Fortschritt, Wahrheitsliebe, Humanität allgemein, die Linken schon lange verlassen haben. Das, was unter dem marxistisch geprägten Sozialismus in der Welt gelaufen ist, ist auf keinen Fall in der Inhumanität geringer als das, was unter dem Nationalsozialismus gelaufen ist. Die Freiwirtschaft auf einen linken Kurs zu bringen, ist also genauso verkehrt, wie sie auf einen rechten Kurs bringen zu wollen. Und Frieden findet man auch nicht mit Verleumdern, wenn man sich ihnen anbiedert. Es ist ja ganz interessant, was Gesell philosophisch oder religiös gedacht oder nicht gedacht hat. Auch daß er sich damals vom Darwinismus – wie die meisten Denker seiner Zeit – inspirieren lassen hat, ist wichtig zu wissen, aber für das marktwirtschaftliche Modell NWO bedeutungslos. Jeder der sich für die Marktwirtschaft – im vertieften Sinne für die Freiwirtschaft – engagiert oder begeistert, bringt seine eigene weltanschauliche Verankerung mit oder muß sich diese noch selber suchen. Nur eins ist klar: Die Demokratie und dezentralistische Marktwirtschaft bedingen sich gegenseitig. Die Freiwirtschaft und ein wirtschaftlicher Staatsinterventionismus nach NS-Art schließen sich gegenseitig aus. Aber unsere realexistierende Wirtschaft hat inzwischen mit der Wirtschaftsform, wie sie im NS-Staat entwickelt wurde, mehr zu tun, als mit der theoretisch entworfenen Marktwirtschaft. Wir müssen daher auch fragen, ob die reale Wirtschaft bessere Ergebnisse zeigt, als sie dem (meiner Kenntnis nach nur) theoretischen Modell des Sozialdarwinismus zugeschrieben werden. Die Freiwirtschaftler wissen mit Gesell, daß nicht die Natur eine Ordnung der Wirtschaft für uns bereit hält, daß wir diese uns selber geben müssen. Das *Natürliche* in dem „Markennamen“ NWO bezieht sich deshalb auf die Natur des Menschen, die die Ordnung berücksichtigen muß, wenn die Menschen sich in

ihr wohl fühlen sollen. Die Freiwirtschaft weiß also, daß ein reines Laufenlassen der Wirtschaft – wie die Sozialdarwinisten es sich vielleicht gedacht haben – nicht zum ökonomischen Optimum führt, sie weiß aber auch, daß der praktizierte und sich immer weiter ausdehnende systemlose Staatsinterventionismus, nicht nur das ökonomische Optimum verhindert, sondern auch die Postulate unserer Gesellschaft von der Freiheit und der Gerechtigkeit sabotieren. Die Freiwirtschaft ist ausdrücklich kein Sozialdarwinismus, weil sie an den System-schnittstellen einmalige und sehr begrenzte staatlich sanktionierte Eingriffe befürwortet. Aber als marktwirtschaftliches System kann die Freiwirtschaft nicht auf Selektionen, die durch den Wettbewerb gesteuert werden, verzichten. Der Pfeil der Freiwirtschaft zielt immer noch auf eine Zielscheibe, in dessen Zentrum *Freiheit, Acratie steht*. Es gibt keinen Grund, davon abzurücken. Und wenn wir davon abrücken, können die freiwirtschaftlichen Akteure ihre Utensilien einpacken nach Hause gehen und die Freiwirtschaft als ein Traum von gestern beweinen.

Ich wünsche mir, daß Werner Onken zu seinem und der an der freiwirtschaftlichen Sache mitwirkenden Menschen Nutzen für ein paar Jahre in einem ganz anderen Arbeitszusammenhang verbringen kann als in dem jetzigen reichlich kleinkarierten von der Antifa und Kleingeisterei vermieteten Bundesrepublik. Gesell hätte die Fülle seiner Gedanken – die eine Aufforderung zum eigenen Denken sind – entwickelt, wenn er nur mit einer Tätigkeit in einem Land verblieben wäre.³² In den USA soll es einen Bundesstaat geben, in dem das Denken von Henry George noch lebendig ist. Die gegenseitige Anreicherung des Denkens, das von George und von Gesell ausging, wäre ein lohnendes Ziel.

Aber noch zu den Vorwürfen, die in Werner Onkens Mail enthalten sind. Ich weiß nicht, ob man an einer falschen Stelle mit dem Kopf durch die Wand gehen kann, wenn sie nicht präpariert wurde und die „richtige Stelle“ aus Papier ist. Ich will selber nicht mit dem Kopf durch die Wand und erwarte es auch

³² Gegenbeispiel: „Kant verbrachte nahezu sein ganzes Leben im damals weltoffenen Königsberg, wo er 1804 fast 80-jährig starb.“ Wikipedia

nicht von anderen. Für das, was ich für erforderlich halte, muß ich ein Bild aus einem Western bemühen: Der Sheriff bringt einen Delinquenten in sein neues Office. Da die Zelle noch nicht fertig ist, malt er mit Kreide die Mauern auf den Fußboden und sagt: Das ist die Zelle, die darfst Du nicht verlassen. Der Strich wirkt wie Magie. Der Gefangene traut sich den Strich nicht zu überschreiten und nutzt die Chance seiner Selbstbefreiung nicht. Wir sind nun in einer Situation, wo wir gar nicht so sehr um unsere eigene Freiheit bangen, sondern um das Wohl aller. Wir stehen hierbei hinter dem Strich und sehen durch das Fenster, daß eine Frau vergewaltigt werden soll (oder anderes Schlimmes) und trauen uns nicht über den Strich zu gehen, um der Frau (oder den anderen, die Hilfe brauchen) zur Hilfe zu eilen. Ich sage nur, daß wir über den magischen Strich gehen müssen, wenn wir unseren Auftrag nicht verraten wollen.

Der zweite Vorwurf geht auch daneben. Nochmals: Ich will keine Nazi-Parole rehabilitieren, sondern dahin wirken, daß eine von den Nationalsozialisten mißbrauchte Parole nicht länger ein zweites Mal mißbraucht werden kann. Nämlich: Mit dem Hinweis das Zinsthema sei ein Nazithema, wird immer wieder versucht, die Erörterung eines wichtigen gesellschaftlichen Problems zu blockieren. Ob der Bestandteil „Brechung“ in der Parole eine Erfindung der Nazis ist oder nicht, halte ich für nebensächlich. Gedanklich ist „Brechung“ schon immer mit der Auflösung von Knechtschaft verbunden. Die Parole selbst muß als Wortdenkmal für eine politische Lüge der Führung gegenüber den Mitgliedern und Wählern der NSDAP und als verlogene Rechtfertigung der Verfolgung von Juden auf alle Fälle erhalten bleiben. Um beiden Aufgaben bzw. Bedeutungen³³ gerecht zu werden, muß die Parole „Brechung der Zinsknechtschaft“ unbefangen in den Mund genommen werden können. Wir müssen die Wörter beherrschen, mit denen wir uns verständigen, aber die Wörter müssen nicht uns beherrschen und uns zum Stottern bringen, wenn bestimmte Sachverhalte verhandelt werden sollen.

33 Die Bedeutung von der „Brechung der Zinsknechtschaft“ als Wortdenkmal für den Mißbrauch einer Parole durch die Nationalsozialisten und als Synonym für Mammonismus, Kapitalismus etc.

Schwierige Erinnerungsarbeit

Ein Großteil unserer Arbeit ist Erinnerungsarbeit, die Verknüpfung und Differenzierung der Gedanken von gestern und heute. Wie schwer das manchmal ist, will ich an einem Beispiel verdeutlichen: Neulich hörte ich im Radio ein Gespräch, in dem Erhard Eppler als Erfinder der Unterscheidung zwischen wert- und strukturkonservativ hingestellt wurde. Ich erinnerte mich aber, daß ich in den 70er Jahren das Wort „wertkonservativ“ zum ersten Mal hörte und dann überlegt habe, was von konservativ übrig bleibt, wenn man das wertkonservativ abzieht. Ich kam damals zu dem Schluß, daß es das strukturkonservative ist. Ich meine auch, daß ich diese Überlegung in einem Informationsblatt verwendet und die Linken in der Politik als strukturkonservativ eingestuft habe. Später habe ich dann gehört, daß das Wort wertkonservativ von Eppler geprägt wurde. Meine Erinnerung kollidiert also mit der gehörten Aussage im Radio. Bei einer flüchtigen Suche im Internet stoße ich auf einen Beitrag Michael Mertes aus dem *Rheinischen Merkur* Nr. 11, 16.03.2006 über die Frage wie konservativ die sogenannten Konservativen sind.

...

Was in beiden Selbstauskünften auffällt, ist der vorsichtige Umgang mit dem Wort „konservativ“: Die CDU spricht von „wertkonservativen Gedanken“; die CSU sagt, sie sei „auch“ konservativ – und begründet das wie ihre Schwesterpartei mit dem Rückbezug auf Werte. Es entbehrt nicht der Ironie, dass mit dem Wort „wertkonservativ“ eine Formulierung in das Grundsatzprogramm der CDU eingesickert ist, die von ihrem Erfinder vor allem auch gegen die Unionsparteien gerichtet war. Erhard Eppler, einer der brilliantesten Köpfe vom linken Flügel der SPD, hatte 1975 in seinem Buch „Ende oder Wende“ die begriffliche Unterscheidung zwischen „wertkonservativ“ und „strukturkonservativ“ vorgeschlagen. Diesem Gegensatzpaar ist in der politischen Rhetorik eine Karriere gelungen, wie sie wohl nur noch der Differenzierung zwischen „Primärtugenden“ und „Sekundärtugenden“ beschieden war.

Zu einer Zeit, da „links“ und „fortschrittlich“ noch als Synonyme galten, erkannte Eppler, dass die aufkeimende Ökologiebewegung durchaus konservative Züge trug. Eppler wollte seine Partei für die Einsicht gewinnen, dass ein ungehemmter ökonomisch-technischer Fortschritt vieles von dem zerstören könne, was auch der Linken wichtig sei: „Wenn eine Autobahn über den Hochschwarzwald gebaut werden soll, verbünden sich Jungsozialisten mit Bergbauern gegen Christdemokraten und Industrieverbänden. Den einen geht

es darum, den Wert einer unvergleichlichen Landschaft zu bewahren, den anderen, das wirtschaftliche Wachstum zu sichern, ohne daß sie die ökonomischen Machtstrukturen gefährdet sehen.“

Die von Eppler vorgeschlagene Unterscheidung ist im Kern ebenfalls manichäisch – bei ihm sind die Kräfte des Lichts „wertkonservativ“ und die Mächte der Finsternis „strukturkonservativ“. Die Unionsparteien haben die polemische Wucht dieser Unterscheidung neutralisiert, indem sie das Wort „wertkonservativ“ in die eigene Terminologie übernommen haben. Heute heißt es denn auch im Grundsatzprogramm der CSU:

„Die Bewahrung der Schöpfung, des menschlichen Lebens ebenso wie der natürlichen Lebensgrundlagen, ist im wahrsten Sinne des Wortes ein Herzstück christlicher und konservativer Politik.“

Eine zweite Ironie liegt darin, dass das Wort „wertkonservativ“ nicht mehr – wie es die Intention seines Erfinders war – das rot-grüne Banner zierte, unter dem sich die demokratische Linke der Bundesrepublik vereinigen lässt. Mittlerweile ist es zum Schlüsselbegriff einer schwarz-grünen Annäherung im Zeichen nachhaltiger Modernisierung geworden.

„Strukturkonservativ“ muten hingegen all jene an, die vor den notwendigen Reformen des deutschen Wohlfahrtsstaates zurückschrecken.

Wenn ich nun herausfinden wollte, ob der Berichterstatter vom Rheinischen Merkur recht hat oder ob meine Erinnerung richtig ist, dann müßte ich erst das besagte Buch von Eppler lesen. Wenn dort das Wort *strukturkonservativ* vorkommt, müßte ich überprüfen, ob vor Erscheinen seines Buches schon das Wort *wertkonservativ* gebraucht wurde. Anschließend müßte ich suchen, ob ich noch meinen Schrieb von damals finde, um festzustellen, wann ich ihn verfaßt habe. Ein Aufwand, der sich einfach nicht lohnt. Es ist ja auch hier nur ein Beispiel für die Zuordnung von Worten, Aussagen etc. zu ihren Quellen, auf die vielen freiwirtschaftlichen Schriften verzichtet wurde – eben, weil sie oft mühsam ist.

Ein weiteres Beispiel für die Schwierigkeiten der Erinnerungsarbeit. Hier geht es um die Ursache eines bekannten Geschehens bzw. eines Programmes.

Ich habe neulich noch gelesen, daß der Marshallplan von den Amerikanern nach dem Krieg aus zwei Gründen aufgelegt wurde: 1. wollte man die Fehler, die nach dem ersten Weltkrieg gegenüber Deutschland gemacht wurden, nach dem Zweiten Weltkrieg nicht wiederholen und zweitens brauchte man neue, einsatzfähige und -willige Verbündete gegen den neuen Feind, der Sowjetunion.

In Wikipedia werden dann drei Gründe aufgezählt:

Für das Programm gab es drei Gründe: Hilfe für die notleidende und teilweise verhungerte Bevölkerung des durch den Krieg zerstörten Europas, eine Eindämmung (siehe: [Containment-Politik](#)) der kommunistischen [Sowjetunion](#) und die Schaffung eines Absatzmarktes für die amerikanische Überproduktion.

In der Berliner Zeitung vom 25. 8. 08 unter dem Titel „Fiskalische Aufklärung“ und in der HAZ vom gleichen Tag unter dem Titel „Gehen die USA pleite?“ wird dann von einem Aufklärungsfeldzug von ein paar Milliarden berichtet. Gegen Ende der gleichlautenden Artikel heißt es dann:

Der New York Times sagte Peterson, er wüsche sich die Zeiten nach dem Zweiten Weltkrieg zurück, als Politiker mit dem Marshall-Plan der amerikanischen Ökonomie auf die Füße geholfen hatten. Das war die Zeit, wo Kriege die Wirtschaft noch beflügelt haben.

Hier gibt es nur noch einen Grund für den Marshall-Plan, nämlich jenen, der der amerikanischen Wirtschaft auf die Beine helfen sollte. Und es wird einmal mehr bestätigt, daß die Welt bisher die Kriege als Konjunkturstütze braucht.

Nebenbei: Wer erkannt hat, daß die von der Freiwirtschaft geforderte Geldumlaufsicherung Marshallpläne und Kriege mehr als ersetzen kann, bekommt eine Vorstellung davon, welchen Druck sie in Bezug auf Weitergabe dieses Wissen auf seine Träger ausübt.

Eher zu großer als zu kleiner Aktionskreis

Die Verengung des Denkens und Handelns auf die freiwirtschaftliche Theorie war für seine Träger bisher noch nie ein Problem, eher das Gegenteil. Aufgrund der geringen Personaldecke, der Sach- und Geldmittel, konnte die volle Breite und Tiefe der freiwirtschaftlichen Theorie selten verfolgt und bearbeitet werden. Ein Beispiel für die „grenzüberschreitenden“ Aktivitäten folgt nach dem Bericht über ein Ereignis vor 40 Jahren:

Beiträge zum aktuellen Zeitgeschehen von Radio Praha

Gedenken an das Ende des Prager Frühlings vor 40 Jahren

[21-08-2008 15:28 UTC] Autor: [Daniel Kortschak](#)

Tschechien gedenkt des Einmarschs der Truppen des Warschauer Paktes vor genau vierzig Jahren. Im ganzen Land fanden zahlreiche Gedenkveranstaltungen statt.

Donnerstagmittag fand vor dem Gebäude des Tschechischen Rundfunks ein Festakt zum Gedenken an die Kämpfe um das Rundfunkgebäude am 21. August 1968 statt. Senatspräsident Přemysl Sobotka, Vizepremier Alexandr Vondra, Verteidigungsministerin Vlasta Parkánová, der Prager Oberbürgermeister Pavel Bém und der Generaldirektor des Tschechischen Rundfunks, Václav Kasík legten Kränze nieder.

Am Donnerstagvormittag empfing der tschechische Premierminister Mirek Topolánek den slowakischen Premier Robert Fico in Prag. Topolánek verwies auf die gemeinsame Geschichte beider Länder und unterstrich die engen Bindungen zwischen Tschechien und der Slowakei:

„Es ist schon genügend Zeit seit dem August 1968 vergangen, um diesen ganzen Zeitraum von der Demokratisierung bis zum gewaltsamen Einmarsch der Armeen der Bruderstaaten ohne Verklärung zu bewerten. Das hat unsere Schicksale geprägt. Wir denken, dass uns dieses Datum die historische Erfahrung gibt, um bei der Führung unserer beiden Länder dazu zu motivieren, gemeinsam für die Bürger der Tschechischen und der Slowakischen Republik zu arbeiten. Damit wir, wenn schon nicht mehr in einem gemeinsamen Staat, dann in einem Bündnis zweier außerordentlich gut befreundeter Staaten leben.“

Auch Robert Fico betonte die gemeinsam erlebte Vergangenheit:

„Vor vierzig Jahren kam es zu Ereignissen, die den großen Traum der im gemeinsamen tschechoslowakischen Staat lebenden Menschen vernichtet hat. Den Traum einer Demokratisierung der Gesellschaft, den Traum eines größeren Respekts der Menschenrechte. Auch für einen Politiker wie mich, der zu dieser Zeit gerade einmal vier Jahre alt war, ist die Wirkung dieser Ereignisse bis heute sehr stark. Ich bin daher sehr froh, dass unser heutiges Treffen unter dem Eindruck der Geschehnisse vor vierzig Jahren steht und dass wir die Gelegenheit haben, an viele interessante Begebenheiten des Jahres 1968 anzuknüpfen.“

Staatspräsident Václav Klaus traf am Vormittag in Bratislava / Preßburg mit seinem slowakischen Amtskollegen Ivan Gašparovič zusammen. Gemeinsam erinnerten sie an die Geschehnisse vor vierzig Jahren.

Bereits am Mittwochnachmittag war Klaus mit dem österreichischen Bundespräsidenten Heinz Fischer zusammengetroffen. Im direkt an der österreichischen Grenze gelegenen südmährischen Weinbauort Mikulov / Nikolsburg gedachten die beiden Staatsoberhäupter der Ereignisse im August 1968. Präsident Václav Klaus schilderte dabei seine ganz persönlichen

Erinnerungen an den Prager Frühling:

„Für unsere Generation war das Jahr 1968 mit klaren Hoffnungen verbunden. Die größten Absurditäten des kommunistischen Systems waren mit einem Schlag zu Ende. Für uns öffnete sich die Welt. Es war erstaunlich, was die Zeitungen schrieben, was gedruckt wurde. Und was man nun wieder offen sagen durfte. Nach diesem Hoffnungsschimmer war der 21. August natürlich ein böses Erwachen.“

Donnerstagabend lud Václav Klaus zu einer Gedenkfeier auf die Prager Burg. Er empfing unter anderem ehemalige tschechoslowakische Soldaten, die sich

gegen den Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen gestellt hatten.

Während meine ehemaligen Kommilitonen von der Akademie für Wirtschaft und Politik in Hamburg alle einen gutdotierten Arbeitsplatz in der Politik, den Gewerkschaften und auch in Unternehmen in der Tasche hatten – es war die Zeit des ersten großen Einbruchs im Arbeitsmarkt nach dem Zweiten Weltkrieg – und Exkommilitone Gerhard Glogowski sicher schon die erste Stufe zum Ministerpräsidenten erklommen hatte, war ich mit meiner Freiwirtschaft bei den Klinkenputzern gelandet. Ich fuhr über Land und versuchte für die Iduna-Sterbehilfe Versicherungspolice zu verkaufen. Ich war mit dem Auto unterwegs und landete beim Suchen im Autoradio bei einem deutschsprachigen tschechoslowakischen Radiosender. Was da damals berichtet und auch als Hiferufe an den Westen gesandt wurde, hatte mich so gefesselt, daß ich das Auto am Rand der Landstraße geparkt habe und stundenlang zugehört habe. Ich habe sogar den Druck der Blase ignoriert, um ja nichts zu verpassen. Das bedeutete für mich: Keine Abschlüsse, kein Geld für die Familie mit inzwischen vier Kindern. Kein Wunder, daß meine damalige Frau es irgendwann satt hatte, mit solch einem Mann verheiratet zu sein. Ich berichte das nicht, um Mitleid zu erwecken, sondern um die Situation zu beschreiben. Ich habe dann damals für die Liberal Soziale Partei ³⁴ folgende Erklärung auf den Weg gebracht, die ich hier – um mir eine erneute Abschrift zu ersparen – aus dem Anhang zu „Darauf kommt es an“ (Text 6.1 Anhang) übernehme:

Dokumentation zum politischen Hintergrund des Verfassers an
Hand einer Presseerklärung aus dem Jahr 1968 - Abschrift -

Liberal-Soziale Partei (LSP), Bonn
per Adresse: Tristan Abromeit
2850 Bremerhaven I, Schiffdorfer Chaussee 70 l. 9. 1968
Mitteilung an die Presse (9)

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Stellungnahme zu den Vorgängen in der CSSR

1.0 Lob und Tadel

1.1 Der Überfall und die Erpressungen der Sowjetunion, Polens, Bulgariens,

³⁴ Die Idee zur Gründung der Partei hatten Karl-Heinz Ventker, Osnabrück und ich – damals in Bremerhaven wohnend – unabhängig von einander. Wir hatten nicht einmal Geld in der Portokasse.

- Ungarns und der Deutschen Demokratischen Republik wird als Schande und Barberei in die Geschichte eingehen.
- 1.2 Die Kritik an dem Vorgang kann nicht scharf genug sein. Vergessen dürfen wir aber nicht, daß keine rückwärtsgewandten Schlußfolgerungen die freiheitliche Entwicklung der Menschheit fördern.
- 1.3 Der Tschechoslowakei kommt das historische Verdienst zu, die Wirksamkeit der gewaltlosen Verteidigung erstmals im größeren Rahmen ohne vorheriges Training unter Beweis gestellt zu haben, wenn auch noch nicht von einem Sieg gesprochen werden kann.
- 1.4 Die Sowjetunion lieferte den Beweis dafür, daß auch eine Gewaltherrschaft nicht völlig allgemeine zwischenmenschliche Normen außer acht lassen kann.
- 1.5 Die UNO hat erneut versagt. Eine Reform der UNO ist notwendig, wenn sie ihre Autorität nicht ganz verlieren soll.
- 1.6 Die Militärbündnisse sind keine Garantie für den Frieden, sondern eine Gefahr. Eine Welt mit relativ unabhängigen Staaten kann einen Aggressor wirksamer isolieren als eine Welt der Machtblöcke, die keinen Platz hat für die Würde und Unabhängigkeit kleinerer Staaten. Wenn wir die NATO stärken, schwächen wir die Position der Liberalen im sozialistischem Lager.
- 2.0 Was können wir Bundesrepublikaner tun, um den Tschechoslowaken zu helfen?
- 2.1 Wir dürfen den kalten Kriegern bei uns keine Chance zur Wirksamkeit lassen.
- 2.2 Wir müssen die DDR als Staat und die Ostgrenzen als gegeben anerkennen und gleichzeitig eine Außenpolitik betreiben, die die Grenzen durchlässiger macht.
- 2.3 Wir müssen mit den Siegermächten und der DDR über einen Sonderstatus für ein vereinigtes Berlin mit freien Zugängen von OST und WEST verhandeln.
- 2.4 Wir müssen die Natoverträge kündigen und die nichtmilitärische Verteidigung ausbauen.
- 2.5 Wir müssen sofort auf breiter Basis über Reformen in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen der BRD diskutieren. Wir müssen die Illusion überwinden, als hätten wir aus der Bundesrepublik das bestmögliche gemacht.
- 3.0 Eine auf Existenzsicherung einer freien Menschheit ausgerichtete Politik muß anstreben:
- 3.1 daß jeder Staat Mitglied der UNO wird;
- 3.2 daß das Vetorecht in den Institutionen der UNO aufgehoben wird;
- 3.3 daß die UNO in die Lage versetzt und verpflichtet wird, Einzelstaaten vor der Vergewaltigung durch andere Staaten und Volksgruppen vor der Ermordung zu schützen;
- 3.4 daß Abhängigkeiten einzelner Staaten von anderen einzelnen Staaten auf ein Minimum reduziert werden, daß aber die Abhängigkeit der Einzelstaaten von der Staatenwelt dagegen maximal wird, damit wirksame Sanktionen wegen Verstößen gegen internationale Normen durchgeführt werden können;
- 3.5 daß jeder mündige Mensch unzensurierte Informationen über geplante und durchgeführte militärische und politische Aktionen erhält (In jenen Gebieten, wo dies nicht gewährleistet ist, muß zwingend die UNO als Informant

aufzutreten.) ;

3.6 daß die Störungen im internationalen Zahlungsverkehr und Gütertausch beseitigt werden (Nur dann lassen sich Hunger und Armut erfolgreich bekämpfen.).

4.0 Leitsätze humaner, freier Menschen

4.1 Wir müssen den Sowjets und ihren Satelliten sagen, daß Staatskapitalismus kein Sozialismus ist.

4.2 Wir müssen den Sowjets sagen, daß der Imperialismus auch dann Imperialismus ist, wenn er unter der roten Fahne marschiert.

4.3 Wir dürfen den Sowjets aber auch sagen, daß wir sie nicht für Teufel halten, sondern für unfreie Menschen mit geistig verblendeten Führern.

4.4 Wir müssen den Albanern und Chinesen sagen, daß die Gewalt Menschheitsreformen schlecht zu Gesicht steht.

Die Aufforderung an die Tschechoslowaken, sich mit militärischen Mitteln zu verteidigen, kommt der Aufforderung zum Selbstmord gleich.

4.5 Wir müssen die Schläge der Weltmächte unterlaufen und sie da treffen, wo sie am schwächsten sind, nämlich in ihrer moralischen Position.

5.0 Aufruf

5.1 Bürger der Bundesrepublik Deutschland, Ihr wart in jüngster Zeit Zeuge, wie schwer es ist, eine freiheitliche Gesellschaftsordnung durchzusetzen und zu bewahren. Laßt es Euch als Mahnung gelten und nutzt endlich Euere Bürgerrechte zur Vertiefung unserer Demokratie und zur Verwirklichung einer humaneren Welt.

5.2 Wir müssen Wege zu neuen Ufern der Menschheit suchen. Feiglinge taugen nichts für die notwendige Expedition. Die Tschechoslowaken haben uns gezeigt was Mut ist und was Mut vermag. Zeigen wir uns ihnen als würdige Nachbarn.

Tristan Abromeit
(Vorstandsmitglied)

Wir haben damals – weil wir unsere von mir formulierte Stellungnahme auch per Post in die damalige CSSR geschickt haben, sogar eine oder mehrere Antworten aus der damaligen CSSR erhalten. Die nachfolgende Antwort von der Volkszeitung habe ich noch gefunden. Da Rußland, daß im Prozeß von Glasnost und Perestroika fehlgeleitet wurde, wieder ein Gefahrenherd für den Großteil für Europa zu werden droht, scanne ich anschließend hier meinen Brief vom 5. Sept. 1990 an Jelzin und die Antwort darauf vom 21. 12. 1990 ein.

VZ VOLKZETTING

REDAKTION UND ADMINISTRATION:
PRÁČE -
VERLAG ROH

PRAHA 1
VÁCLAVSKÉ NÁM. 17
TELEFON 23 93 51-9, 23 1412


Prag, den 13. September 1968.
Sch/T

Herrn
Karl - Heinz V e n t k e r
45 O s n a b r ü c k
Schliessfach

Sehr geehrter Herr Ventker,

wir danken Ihnen recht herzlich für Ihr Schreiben vom
1.d.M., das uns sehr beeindruckt hat.

Mit freundlichen Grüßen :

F. Schatz
 VOLKZETTING
Praga 1, Václavské nám. 17

Tristan Abromeit
Gorch-Fock-Weg 3
3057 Neustadt 1
Bundesrepublik Deutschland

5. September 1990

An den
Vorsitzenden der Obersten Sowjets
von Rußland
Herrn Boris Jelzin

Moskau

UdSSR

Informationen zu einer Marktwirtschaft ohne Kapitalismus

Sehr geehrter Herr Jelzin,

bei uns in der BRD wird viel berichtet über die Schwierigkeiten die die Menschen allgemein und die Politiker speziell mit den Folgen der begrüßenswerten und notwendigen Perestroika haben.

Es wäre anmaßend von hier aus irgendwelche Vorschläge zur Lösung der vielfältigen Probleme machen zu wollen mit denen sich die Bürger der Sowjetunion abplagen müssen. Da nun aber richtigerweise als Voraussetzung eines positiven gesellschaftlichen Wandels die Offenheit über Tatbestände der vergangenen und gegenwärtigen Zeit und Möglichkeiten einer künftigen Gesellschaft als Bedingung begriffen wird, mag es doch berechtigt sein, auf das Modell einer dezentralen Gesellschaft, auf eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus hinzuweisen.

Es ist sicher so, daß die kapitalistisch geknebelte Marktwirtschaft humaner und effektiver ist, als das, was viele Menschen als "realexistierenden Sozialismus" erleiden mußten. Es ist aber auch so, daß die Menschen nicht in ihrem sozialen und ökonomischen Optimum leben dürfen, weil geistige Fehlleistungen und ein weitverbreiteter Struktur-Konservatismus auch bei uns den Weg in eine bessere Zukunft blockieren.

Wenn ich Ihnen als Anlage verschiedene Schriften sende, so habe ich nicht die Erwartung, daß Sie die selber lesen. Ich gehe davon aus, daß unter Ihren Beratern solche sind, die die deutsche Sprache lesen können und sich in der Ökonomie auskennen. Ich wäre dankbar, wenn ich eine kurze Eingangsbestätigung erhalten würde. Ich hoffe, daß die Perestroika schon so weit in der UdSSR fortgeschritten ist, daß der Geheimdienst sich nicht mehr als Zensor begreift.

Als Anlage füge ich bei:

- "Freiwirtschaft: Ein Ausweg aus dem Planungschaos" von Dirk Löhr
- "Glasnost und Perestroika in der Währungspolitik"
- "Darauf kommt es an! ..."
- "Darauf kommt es an! II - Ergänzungen"
- "Offener Brief an die Mitglieder der Volkskammer der DDR und die Mitglieder des Bundestages der BRD" jeweils vom Absender dieses Briefes

Weitere Schriften sind lieferbar:

- "Überlegungen zu einer modernen Wirtschafts- und Währungsordnung in der DDR" von Elinar Rosenbohm
- "Offener Brief an die ReformerInnen in Osteuropa" von Werner Onken
- "Quo vadis DDR und Bundesrepublik? Gibt es einen Dritten Weg zwischen Markt und Plan, zwischen Kapitalismus und Sozialismus?" von Helmut Creutz

Weitere zahlreiche Schriften und Bücher älteren und neueren Datums zu den Themen "Marktwirtschaft ohne Kapitalismus" und "Föderative Gesellschaftsgestaltung" sind in diesem Jahrhundert erschienen. Die meisten Autoren dieser offiziell ignorierten Literatur rechnen sich der von Silvio Gesell begründeten Freiwirtschaftschule zu. Meine mir selbst gestellte Aufgabe ist es, Sie und ihre politischen Freunde auf das Modell "Marktwirtschaft ohne Kapitalismus" hinzuweisen. Was Sie mit diesen Informationen machen, ist ihre Angelegenheit.

Ich hoffe, daß die Entwicklung in der UdSSR und ihren auf Autonomie pochenden Republiken freiheitlich und human ist. Ich befürchte aber - sicher mit vielen Beobachtern gemeinsam -, daß die ganze Entwicklung umkippen wird, wenn es den Menschen in der UdSSR nicht gelingt, ihre Ökonomie in Ordnung zu bringen. Daß darauß eine erneute Bedrohung für Westeuropa entstehen könnte, liegt auf der Hand. Mein Engagement ist daher nicht nur idealistischer Natur, sondern auch ein Akt der Gefahrenabwehr.

Mit freundlichen Grüßen

Anlagen

**ГРУППА ЭКСПЕРТОВ
ПРЕДСЕДАТЕЛЯ ВЕРХОВНОГО
СОВЕТА РСФСР**

N _____
от "21" _____ 12. _____ 1990г.

на N _____

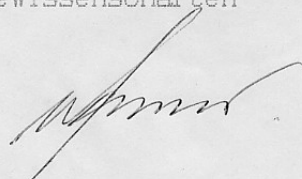
Дом Советов РСФСР
103274 Москва, К-274,
Краснопресненская наб., 2, к. 334
Тел.: 205-68-80

Geehrter Herr Abromeit!

Ich danke Sie für eine geschickte interessanteste
Literatur. Gesagten Überlegungen sind uns ungefähr ähnlich.
Ich bin versichert, das diese Ideen uns in Lösung unserer
Problemen eine Hilfe leisten werden.

Im Auftrag B. N. Elzin

Chef der Expertgruppe,
Doktor der Ökonomiewissenschaften



Igor Nit

Mangelnder Erfolg = mangelnde Qualifikation?

Wenn man mir für diese politischen Aktivitäten ein Zeugnis ausstellen würde, müßte darin stehen:

„Er bemühte sich, ...“ und das würde dann heißen: Ich wurde meiner selbstgestellten Aufgabe nicht gerecht. Es lag nicht am mangelnden Wissen über die NWO. Die nachfolgende Notiz gibt darüber Auskunft.

oooooo

Notiz vom 13. 11. 05 für die Mailing-Liste NWO

Der Dritte Weg - Die natürliche Wirtschaftsordnung

- ein programmatischer Beitrag für die Grüne Bewegung
- erstellt zum Programmkongreß der GRÜNEN im März 1980 in Saarbrücken.

Und Erinnerung an das Wirken von Ernst Winkler

Hallo Freundinnen und Freunde der NWO!

Ich hatte Anlaß in alten Unterlagen zu suchen. Ich bin bei Briefen von Dr. Ernst Winkler (Naturwissenschaftler) hängen geblieben. Ernst Winkler ist u.a. der Verfasser der „Theorie der Natürlichen Wirtschaftsordnung“ von 1952 und „Vor einer Mutation unseres Wirtschaftssystems“, 1984, außerdem war er Mitbegründer der „Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft“.

Am 11. April 1980 schrieb er mir:

...“Für Ihre sehr aufschlußreichen Informationen und besonders für Ihr Typoskript „Der Dritte Weg (NWO)“ bin ich sehr dankbar. Zu diesem Entwurf darf ich Ihnen meinen Glückwunsch und meine Hochachtung aussprechen. Sie haben nicht nur die Freiwirtschaftslehre in korrekter und gut verständlicher Weise dargestellt, sondern darüber hinaus ganz im Geist der Freiwirtschaft eine Erweiterung zu einem, für heute erforderlichen Programm geschaffen. Auch mit dem überwiegenden Teil dieser Erweiterung bin ich grundsätzlich einverstanden, wenn man auch über diese oder jene Frage noch diskutieren könnte und obgleich viele der von Ihnen aufgegriffenen aktuellen Fragen sich nach Verwirklichung der NWO von selbst erledigen würden. Aber für den von Ihnen angestrebten Zweck war dies wohl so richtig.“

Ich trage das hier nicht vor, um eigene Leistungen zum Transport der NWO-Botschaft in die Öffentlichkeit hervorzuheben, sondern aus drei Gründen:

1. Es ist so, daß ich manchmal das Gefühl habe, die NWO-Inhalte zerfasern sich bis zur Unbrauchbarkeit, weil die Nachrücker in der NWO-Transportkette, die manchmal nur einen Aspekt der NWO aufgegriffen haben, nicht genügend Gelegenheit bekommen, das ganze Spektrum der NWO zu verinnerlichen. Eine Schrift, die stichwortartig auf 56 Seiten (Nach Neuformatierung 75 S.) einen Überblick gibt, kann da Nachhilfe geben.
2. Ich weiß nicht mehr, in welcher Auflage meine Schrift in erster Auflage erschienen ist. Sie ist mehrmals nachgedruckt worden. Es war jedenfalls eine Schrift, die vom angesprochenen Publikum gerne genommen wurden. Auf der letzten SG-Tagung sagte mir ein Teilnehmer, er hätte diese Schrift in der

Staatsbibliothek (?) in München und dadurch die Freiwirtschaft entdeckt.

3. Gerade dadurch, daß diese Schrift von den Linken in der grünen Partei abgeblockt wurde, ist sie auch heute noch als Aufklärungsschrift im Wirrwahr der Aussagen der politischen Parteien nützlich. Der Text ist auf meiner Internetseite unter der Nr. 2 zu finden.

Aber weil heute die meisten im Parlament vertretenen Parteien die „Soziale Marktwirtschaft“ als Zielgröße für sich reklamieren, sollten wir im NWO-Umfeld Auskunft darüber geben können, was ursprünglich damit gemeint war. Ich habe einiges Material darüber in meinem Schrieb „Die Bundestagswahl 2005“ zusammen getragen; empfehle aber ausdrücklich dazu die Schrift „Freiheit? - Die zentrale Frage im politischen Ringen um eine gerechte Sozialordnung“ von Ernst Winkler. (Sonderdruck der *Fragen der Freiheit*, 1980)

Ebenfalls sollte bei allen Neuerscheinungen die bereits erwähnte Schrift von Winkler „Vor einer Mutation unseres Wirtschaftssystems“ , 1984, nicht vergessen werden.

Bei der Suche nach dem letztgenannten Titel kam mir ein anderer Sonderdruck der FdF aus dem Jahr 1981 wieder ins Blickfeld. Der Titel: „Die Ordnung der Kultur, des Staates und der Wirtschaft für die Gegenwart – sieben Thesen“. Winkler ist hier einer von 10 Autoren des Gemeinschaftswerkes. Ich fand hier besonders die „Geistesgeschichtliche Genealogie der Thesen“ interessant, sie beginnt mit Thomas von Aquin und endet mit Walter Eucken.

Es grüßt
Tristan Abromeit

oooooooooooooooo

Das Lob von Dr. Winkler war so etwas wie ein freiwirtschaftlicher Ritterschlag. Ist die Erwähnung dieses Lobes in einem Umfeld, wo auch mit Lob geheizt wird, Eigenlob? Und wenn ja, heißt es dann: „Eigenlob stinkt!“ Antwort von Friedrich Schiller, unserem fast vergessenen Dichturfürsten: „Nur dem Neider stinkt es!“ Bei diesen Überlegungen ist mir aufgegangen, daß ich wenig über die inzwischen verstorbene Person *Dr. Ernst Winkler* weiß. Es gibt auch kein freiwirtschaftliches Personenlexikon. Winkler war wohl Naturwissenschaftler. Er soll auch eine Professur gehabt haben. Im Internet sind viele Ernst Winkler gespeichert, meinen E.W. habe ich aber nicht gefunden. Im geschichtlichen *Grundriß der NWO-Bewegung Silvio Gesells* habe ich auch kein passendes Stichwort gefunden. Ehemalige freiwirtschaftliche Aktivisten finden sehr schnell Platz auf dem Friedhof der Vergessenheit.

Linke und Rechte sind Systembestandteil

Über die im politischen Sinn *Rechten* habe ich mich in meinen hier entstandenen „Bekanntnissen“ wenig geäußert. Das liegt daran, daß ich keinen Kontakt zu ihnen und „nichts an dem Hut“ von ihnen habe. Dabei ist es so, daß die Rechten genauso wie die Linken eine natürliche Erscheinung in der politischen Gliederung sind. Diese Gliederung wiederholt sich in „linken“, „rechten“ Gruppen und in solchen der „Mitte“. Selbst einzelne Menschen sind nicht durchgängig rechts, links oder mittig. Ein einzelner Mensch kann konservativ und progressiv gleichzeitig sein, je nachdem wo der Bezugspunkt liegt. Wir neigen heute dazu, die NSDAP als eine rechte politische Partei zu betrachten. Als sie entstanden ist und ihre Wirkzeit hatte, standen aber rechte und konservative Gruppierungen zu ihr im Widerspruch. Auch ein wesentlicher Teil des Widerstandes gegen Hitler kam aus dem rechten politischen Lager. Das, was wir unter den Worten *Antifaschisten* auf der einen Seite und *Glatzköpfe* auf der anderen Seite zusammenfassen, kann nicht Gegenstand einer Auflösung oder Vertreibung sein, sondern muß durch den politischen Wettbewerb gezwungen werden, sich zu kultivieren. Eine der Weisheiten des Gründers des Internationalen Freundschaftsheimes in Bückeberg, Pastor Wilhelm Mensching – ich berichtete schon von ihm – war: „In jedem Menschen wohnt ein Stück von Gott, auch in dem schlimmsten Verbrecher!“ Dies gilt dann auch für Rechts- und Linksextremisten. Wenn Links- und Rechtsextremisten freiwirtschaftliche Inhalte übernehmen, ist das keine Kathastrophe, sondern Ausdruck davon, daß die freiwirtschaftlichen Gedanken allen Menschen gehören. Die liberalen Kernmannschaften der Freiwirtschaft müssen nur Acht darauf geben, daß die Intentionen der Freiwirtschaft nicht in ihr Gegenteil verwandelt wird. (Im Moment besteht die Gefahr, daß sie das selber besorgen.)

Revision ist Bestandteil jeglicher Wissenschaft

Ekkehard Lindner hat ja in seinem Abschiedsbrief vom aktiven Dienst in der Freiwirtschaft auf den Historiker Ernst Nolte, 85 Jahre alt, hingewiesen. Ich werde nicht nur ein Link sondern auch einen Text von ihm aus dem Netz in den Anhang stellen, damit auch die, die keinen Internetanschluß haben, ihn lesen können. Da alles Forschen eine Infragestellung des bis dahin als richtig Angenommenen ist, ist die Revision des bisher gesi-

cherten Wissens die selbstverständliche Aufgabe der Wissenschaft. Das gilt auch für die Geschichtsschreibung oder hier besonders, weil es eine Geschichtsschreibungspolitik als Rechtfertigungstechnik für die real ablaufende Tagespolitik gibt. Eine Revision unserer Geschichtsbilder kann aber nicht bedeuten, daß wir die abgelaufene geschichtliche Zeit wie einen Uhrzeiger einfach zurückdrehen können, weil das ja nur zur Folge hätte, daß den geschichtlichen Grausamkeiten bewußt neue hinzugefügt würden. Geschichtsrevision auf Europa bezogen heißt für mich, die tatsächlichen Ursachen für Katastrophen des vorigen Jahrhunderts offenlegen, damit nicht die gleichen Fehler wiederholt werden und die Gleichberechtigung aller Individuen in allen Völkern der EU (und darüber hinaus) nicht nur als Lippenbekenntnisse, sondern als geschichtlich und philosophisch begründete Wahrheit in die Gefühlsschichten der Menschen verankert werden können. Das ist wichtig, um ein Gegengewicht zu bekommen, wenn die Regierungen das Gleichgewicht verlieren. Das Gefühl der Gleichwertigkeit wird sich bei Europäern aber nur dann durchsetzen können, wenn alle sich ihrer Schuld am ersten und zweiten Weltkrieg bewußt werden und aufhören, diese nur bei den Deutschen zu verorten.

Ein paar Worte über meine Einstellung zu den Juden:

Ich habe in meiner biographischen Notiz sinngemäß geschrieben, daß mein Familienname nicht nur auf Litauen verweist, sondern vermutlich auch jüdischen Ursprungs ist und daß mich diese Überlegung froh machen würde, weil sich dadurch mein genetischer Reichtum durch die noch größere Vielfalt meiner Herkunft noch vergrößern würde.

Jeder Jude, der nur deshalb in Bedrängnis kommt, weil er ein Jude ist, kann sich meines Beistandes sicher sein, wenn ich dieses Bedrängnis in meinem Lebensumfeld wahrnehme.

In Bezug auf Israel stehe ich eindeutig auf der Seite derjenigen Juden, die einen gerechten und friedlichen Ausgleich mit den Palästinensern suchen. Die Volk-ohne-Raum-Politik der Nazis war falsch und inhuman und die der Israelis – die sie betreiben – ist es genauso. Die Gründung des Staates Israel wurde inspiriert von dem Gedanken, sich dem Druck des Antisemitismus in der ganzen westlichen Welt entziehen zu können. Die Vertreibungs- und Vernichtungspolitik der Nazis haben die Gründung des israelischen Staates zu Lasten der Palästinenser massiv gefördert. Die darauf folgende Wiedergutm-

chungspolitik der BRD war dann für die Palästinenser nur die Fortsetzung der deutschen Israelpolitik mit anderen Mitteln. Wir Deutschen sind Schuldner der Palästinenser wider Willen, wobei ich Palästinenser nicht nur als unschuldige Lämmer sehe. Wenn man das nicht laut bei uns sagen darf ohne dafür in die Ecke für die Bösen gestellt zu werden, dann leben wir nicht in einem freien Land, für das die BRD immer wieder ausgegeben wird. Die Ermahnungen an China wegen der Einhaltung der Meinungsfreiheit wären dann die reine Heuchelei.

Soweit Juden versuchen, die Schuld des deutschen NS-Staates für die Leiden der Menschen unter denen ein großer Teil (aber nicht nur) Juden waren, als eine Mine zu betrachten, die es gilt zu erhalten, um sie auf Dauer ausbeuten zu können, bin ich Gegner dieser Juden, die ein solches Ansinnen haben.

Da ich Gegner des Kapitalismus bin, weil dieser die Ursache für den Hungertod und Kriegstod von Abermillionen Menschen ist, bin ich auch ein Gegner jener Menschen, die den Kapitalismus als Möglichkeit der persönlichen Bereicherung und Machtentfaltung erhalten wollen, das gilt auch dann, wenn der Betreffende ein Jude ist.

Massenmord ist keine Erfindung der Neuzeit

Wildgänse rauschen durch die Nacht
Mit schrillum Schrei nach Norden;
|: Unstete Fahrt habt Acht, habt Acht,
Die Welt ist voller Morden. :|

heißt es in einem Lied von *Walter Flex* von 1917. Dieses Morden begann nicht erst unter Hitler. Unter dem Titel – ein Zitat - „Wer die Feinde nicht hasst, liebt Gott nicht“ berichtet Karl-Ludwig Baader in der HAZ vom 26. August 2008 über den neunten Band von Karlheinz Deschners „Kriminalgeschichte des Christentums“.

Wird derzeit über „Religion und Gewalt“ diskutiert, rückt vor allem der Islam mit seinen fundamentalistischen Versionen ins Visier. Dabei erinnert die Kreuzzugsrhetorik, die der noch amtierende amerikanische Präsident zur Begründung des Irak-Kriegs bemühte, auch stark an die christliche Gewalttradition.

Seit mehr als zwei Jahrzehnten geht ihr der streitbare Autor Karlheinz Deschner in seiner auf zehn Bände angelegten „Kriminalgeschichte des Christentums“ nach. Jetzt ist Band 9 erschienen, der die Verbrechen von Christen und christlichen Kirchen von der Mitte des 16. bis Anfang des 18. Jahrhunderts dokumentiert - eine Schilderung und Aufzählung unvorstellbarer Massaker und Grausamkeiten, gleichermaßen erbarmungslos begangen gegen Heiden und „Ketzer“ (das war immer der etwas anders gläubige Christ) und stets im Namen des Herrn und zu Eigennutz und Frommen des katholischen Klerus oder protestantischer Führer.

Der Band setzt ein mit den Eroberungszügen der Portugiesen und Spanier in Südamerika, wobei Deschner mit Begriffen wie „amerikanischer Holocaust“ drastisch vor Augen führen will, welches Ausmaß Raffgier und Mordlust annahmen. Innerhalb eines Jahrhunderts sank die Bevölkerung Zentralmexikos von etwa 25 Millionen auf weniger als zwei Millionen. Mehr als drei Millionen Indianer verloren zwischen 1494 und 1508 allein auf Haiti ihr Leben, durch Massaker, Sklaverei und Zwangsarbeit.

Kein Grund für ein schlechtes Gewissen: Der Aztekenschlächter Hernan Cortés hörte täglich die Messe, und die Puritaner, die die Indianer in Nordamerika ausrotteten, taten auch nur Gottes Werk. Zudem vertrugen sich Sklaverei und Sklavenhandel, an dem auch katholische Orden gut verdienten, durchaus mit der christlichen Lehre. ...

Die Freiwirtschaftstheorie ist das Versprechen, daß die Motive für das Massenmorden drastisch reduziert werden. Dieses Versprechen ist realistisch. Man muß es nicht glauben, es ist schon jetzt theoretisch einsehbar, in der Anwendung kann die Aussage verifiziert werden, da bin ich mir sicher.

Auf dem Weg zum Schlußwort

Das Schlußwort will ich mit einem Zitat eines Menschen, der Deutscher und Jude war, bilden. Er gehört der Generation meines Vaters (* 1905) an. Ich muß aber vorher noch etwas ausholen: Unsere Wahrnehmungen und Wertungen politischer Fakten und Abläufe hängen ja nicht nur von erarbeiteten Einsichten und erworbenen Theorien ab, sondern auch vom Geburtsjahrgang, Geburtsort und sozialen Umfeld, also von den gemachten Erfahrungen. Die Welt stellt sich jedes Mal anders dar für einen der 1904, 1934 oder 1964 geboren ist. Weil man in der Regel in einem Familienverband aufwächst, hat man theoretisch auch immer eine Rückgriffsmöglichkeit auf die Erfahrungen der Elterngeneration. Diese Rückgriffsmöglichkeit war aber den meisten Angehörigen meiner Genera-

tion verbaut, weil trotz verbaler Verneinung der Kollektivschuld die Väter- und Großvätergeneration als die Bösen schlechthin gehandelt wurden. Auch wenn die meisten die Geschichte anders erlebt hatten, als sie offiziell dargestellt wurde und wird, sie konnten eigentlich nur schweigen, nicht nur weil der Überlebenskampf nach dem Krieg ihre restliche Kraft ganz beanspruchte und die Scham über die bekannt gewordenen im Namen Deutschlands begangenen Massenverbrechen sie drückte, sondern weil sie gar nicht die Möglichkeit hatten, Gegenbeweise zu den Darstellungen in dem von den Siegern diktierten Geschichtsbild zu liefern. Es war daher ein Gebot der Stunde und Lebensklugheit, einfach das Bild von der unendlich großen, einmaligen und alleinigen Schuld der Deutschen zu akzeptieren, um wieder politisch handlungsfähig zu werden. In meiner Familie wurde nach dem Krieg auch nicht viel über die Nazizeit gesprochen, dabei waren meine Eltern wenig nationalsozialistisch belastet. Meine Mutter hatte nach meiner schweren Geburt eine Schwangerschaftspsychose bekommen und wurde daher vor der Öffentlichkeit unter der neuen NS-Herrschaft versteckt. Später – so hat sie mir erzählt – hätte sie meinen Vater in der Partei angemeldet, weil er sich selber dazu nicht entschließen konnte. Meine Eltern hatten ein Friseur- und Fotogeschäft und vier Kinder: Realpolitik war angesagt. Ich kann mich erinnern, daß ich von meiner Mutter eine Uniform für meine Mitgliedschaft beim Deutschen Jungvolk bewilligt bekam, weil dafür nur die halbe Kleiderpunktzahl erforderlich war.³⁵ Insgesamt war nach meiner Erinnerung der ideologische Druck auf die Bevölkerung in unserem Dorf in der NS-Zeit geringer, als der Druck, der vom Herrschaftsanspruch der Kirche nach dem Krieg ausging.

Isa Bening

Ich hatte das Glück, einer Wahlverwandschaft mit Luise Bening - von meinen Familien Tante Isa genannt -, Jahrgang 1913, zu haben, die ein halbes Jahrhundert bis zu ihrem Tod 1993 dauerte. Ich war also nicht nur auf die offizielle Literatur über die Nazi-Zeit angewiesen, sondern hatte neben meinen eigenen Erfahrungen als Kind ihren Erfahrungsschatz zur Verfügung. Isa stand nicht im Widerstand gegen den NS-Staat aber im Widerspruch zu ihm. Als sie nach dem Reifezeugnis studieren wollte, um Mathematiklehrerin zu werden, wurde ihr dies von den neuen Herren verweigert, weil noch Spuren

³⁵ Für die, die es nicht erlebt haben. Es genügte beim Einkauf nicht, wenn man Geld hatte, man brauchte auch Bezugsscheine bzw. Bezugspunkte. Die Nationalsozialisten haben nicht nur den Schulzwang eingeführt, sondern für die damalige Zeit auch den Mitgliedschaftszwang für Kinder ab 10 Jahre in der nach Alter gestaffelten NS-Jugendorganisationen.

von einer Kinderlähmung bei ihr sichtbar waren. Sie wich aus auf die Jugendpflege in ein christlich-soziales Frauenseminar. Um als „staatlich anerkannte Volkspflegerin“ in der Familienfürsorge arbeiten zu können, mußte sie einem NS-Frauenverband beitreten. In der Familienfürsorge konnte sie relativ gut an den NS-Direktiven vorbei arbeiten, weil sie im Außendienst nicht so leicht zu kontrollieren war. Sie mußte dann aber trotzdem ausweichen und hat in den Bayerischen Motoren Werken in Eisenach gearbeitet. Ihr wurde dann aber zum Verhängnis, daß sie ihre ganze Kraft tatsächlich in die Werksfürsorge steckte und die Anforderungen der NS-Frauenschaft an ideologischer Arbeit ignorierte. Aber ein Verfahren wurde trotzdem zu ihren Gunsten entschieden. Sie wich dann nach Berlin aus: Studium der Psychologie an der Humboldt-Universität und gleichzeitig Arbeit in den Siemens-Schuckert-Werken (Frauens Schulung in der Ausbildungsabteilung etc. und Sachbearbeiterin im Sozialpolitischen Büro). Berlin bedeutete aber vor allem, den Krieg in seiner vollen Stärke miterlebt zu haben: Bombenangriffe, Hunger, Feuer löschen z. B. im psychologischen Institut und der Humboldt-Universität und mit dem letzten Zug raus aus Berlin nach Hannover, Tod der Freunde, Raußchmiß aus dem Elternhaus durch die Besatzung und Fortsetzung des Studiums unter Nachkriegsbedingungen in Göttingen. Ich habe, um meine Erinnerung aufzufrischen, in ihre Zeugnismappe geschaut. Neben ihrem Diplom vom 1. 3. 1949 mit „sehr gut“ findet sich die „Entnazifizierungs-Entscheidung“ vom 4. 4. 1949: „Die Betroffene wird als Entlastete in die Kategorie V (fünf) eingestuft.“ Ich finde heute im Nachhinein das ganze Entnazifizierungsverfahren als eine zusätzliche Demütigung der Deutschen, einfach als politisch kurzsichtig, idiotisch. Man stelle sich vor, unsere heutigen Hochschulsabsolventen in Deutschland, England, Frankreich und den USA müßten neben ihrem Examen sich noch einer Gesinnungsprüfung unterziehen. Was mir noch bei der Durchsicht der Zeugnisse wieder bewußt geworden ist, ist die Verquickung von Partei, Staat und Unternehmen in der NS-Zeit. Auch heute ist diese Verquickung schon wieder zu groß.

In einem der Briefe an Isa Bening von ihrer Freundin aus Israel – eine Freundschaft die ein Leben lang bestand, aber in der Nazizeit blockiert war – war auch von der ungewöhnlich guten Zeit der Juden in der Weimarer Republik zu lesen.

Der Schatz im Papiercontainer

Die letzten Jahre ihres Lebens hat Isa Bening im Eilenriede-Stift in Hannover verbracht. Wenn ich meine Besuche beendet habe, habe ich immer alte Zeitungen und anderes Papier mit zu den Containern genommen, die vor der Anlage standen. Bei einem dieser Gänge – es sind jetzt schon über fünf Jahre her – schaute unter den Zeitungen und Zeitschriften im Behälter auch eine Ecke von einem Buch hervor. Ich denke so bei mir: „Wer wirft denn jetzt schon ganze Bücher zum Altpapier?“ Ich will überprüfen, um was für ein Buch es sich handelt und stelle fest, daß sich eine kleine Bibliothek unter den Zeitungen verbirgt. Ich habe alle Bücher aus dem Container geholt und das war ein Kofferraum voll.

Ich habe damals gedacht, es muß nicht nur eine „Baby-Klappe“ geben, sondern es müßten auch „Bücherklappen“ eingerichtet werden. Ich wollte die Bücher gleich in der Evangelischen Fachhochschule für Sozialarbeit – ein Sohn von mir aus erster Ehe hat da studiert – abgeben. Aber dort war zu der späten Tageszeit alles verschlossen. Ich habe die Bücher mit nach Hause genommen und zum Teil weitergereicht und zum Teil warten ihre Inhalte noch darauf von mir entdeckt zu werden. Ich konnte dann an Hand von Kennzeichnungen feststellen, daß diese (sicher auf das Altenheim reduzierte) Bibliothek Prof. Dr. Karin Freund-Heitmüller gehört hat. Sie war gestorben (Davon bin ich ausgegangen.) und hatte wohl keine Verwandten oder Freunde, die sich für ihren Büchernachlaß interessiert haben. (Eine Bewohnerin des Altenheimes, die soziale Dienste leistet, klagte mir eines Tages, daß die Erben nicht an den schönen Dingen, die die gestorbenen Alten hinterlassen, interessiert sind, sondern nur an ihrem Geld.) Nach den Themenschwerpunkten der Bücher hat Frau Freund-Heitmüller wohl Theologie und Anglistik gelehrt. Jedenfalls hat Karin Freund-Heitmüller einen Bruder oder Mann gehabt, der Ludwig Freund hieß. Dieser hat Bücher und Schriften hinterlassen mit Titeln wie:

„Philosophie – ein unlösbares Problem“, „Am Ende der Philosophie“, „Menschenwürde und Politik“, „Das Verhältnis von Staatskunst und Ethik“ und „Eine politikwissenschaftliche Beurteilung der >Friedens-Studie der EKD<“.

Ludwig Freund

Die Bücher sind alle seiner Karin gewidmet. Ich stelle den Autor an Hand des Umschlagtextes von seinem Buch „Politische Waffen – Grundkonzeption der westlichen Verteidigungsstrategie“, 1966, vor:

DER AUTOR Ludwig Freund, geboren 1898 in Mülheim/Ruhr, Frontsoldat im 1. "Weltkrieg, bis 1933 aktiv im Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, 1934 Emigration in die USA, 1936 auf Empfehlung Albert Einsteins wissenschaftlicher Assistent an der Columbia-University, später Professor für Soziologie und Politikwissenschaft an verschiedenen amerikanischen Universitäten, 1959 Rückkehr nach Deutschland. Wohnt jetzt in Hannover.

Und während ich das hier schreibe, habe ich das Gefühl, die Themen von Ludwig Freund kommen zurück. Die HAZ vom 27. August 08 meldet auf der Titelseite:

Moskau: Wir haben keine Angst vor Kaltem Krieg

Und Stefan Koch leitet seinen Leitartikel *R u s s l a n d Am Wendepunkt* wie folgt ein:

Der Kreml läutet eine Zeitenwende ein. Mit dem Versuch, der Republik Georgien am Völkerrecht vorbei zwei Gebietsteile abzutrennen und diese zu unabhängigen neuen Staaten zu erklären, verabschiedet sich Moskau von einem europaweiten Miteinander, das nach dem Mauerfall zwei Jahrzehnte lang funktioniert hat. An die Stelle von Kooperation/Transparenz und gegenseitigem Respekt lässt Moskau eine Politik der puren Machtausübung treten. ...

Diese Entwicklung zeigt mir, daß ich doch alle Tassen im Schrank habe. Ich habe die Entwicklung so kommen sehen. Sie wurde mehr vom Westen programmiert, als vom Osten geplant. Verhalten sich die USA anders als Rußland? Man muß nicht nur an den Irak denken, sondern die Raketenstationierung in Polen und die Anerkennung der Trennung des Kosovo von Jugoslawien hat Rußland als Angriff auf seine Interessen gesehen. Eine Wahl Barack Obamas zum Präsidenten der USA wird daran wohl nichts ändern. Es wird in diesen Tagen oft die Einhaltung des Völkerrechts eingefordert. Das Völkerrecht schützt z. B. aber auch die Unterdrückung von Minderheiten und egoisti-

sche Ölinteressen. In der Tat fehlt das freiwirtschaftliche Denken in Ost und West, das die Menschenrechte stärkt und dem Völkerrecht einen neuen Geist einhauchen könnte.

Schrumpfung der Wegezeiten macht Gesamtordnung nötig

Und wenn ich an Ludwig Freunds Emigration in die USA denke, fallen mir natürlich auch Berichte über die Schwierigkeiten der USA-Regierung ein, die sie damals damit hatte, den bedrängten Juden aus Europa die Tore zu öffnen, weil sie selber mit dem Antisemitismus im eigenen Lande zu kämpfen hatte. Und noch etwas wurde mir bewußt. Durch die Verkürzung der Reisezeiten sind sich die Kontinente näher gerückt. Als der Bruder meines Großvaters mütterlicherseits vor der Wende zum 20. Jahrhunderts in den USA auswanderte war das ein finanzieller und auch körperlicher Kraftakt, den viele Auswanderer nicht überstanden haben. Nach dem Zweiten Weltkrieg war es ein Glücksfall, wenn man Verwandte in den USA hatte und die Möglichkeit der Auswanderung dorthin erschien den Menschen als Lottogewinn. Meine Eltern haben damals mit mir als 13-jährigen ein „ernsthaftes“ Gespräch über meine mögliche Auswanderung in die USA geführt. Ich wollte nicht, mir schien Amerika so weit weg wie der Mond. Später als ich nach Kanada auswandern wollte, hatte ich nicht den richtigen Beruf. In den 50er Jahren war ich einmal mit einem Erzfrachter in einem Hafen auf Neufundland. Nach etwa 24 Stunden liefen wir wieder aus. Vom Land habe ich so gut wie nichts gesehen. Heute rief mich meine jetzige Frau von ihrem Arbeitsplatz in den USA an: „Vergeßt nicht, mich am Samstag vom Flugplatz abzuholen!“ Unsere drei Kinder, die das Jugendalter bald alle verlassen haben, waren neulich mit ihr in den USA. Das, was sie dort gesehen und erlebt haben, wäre ganz anders, als sie es erwartet haben, berichteten sie hinterher. Ich habe hier zu Hause noch ein paar Schnitzereien aus Ebenholz, die ich in meiner Seefahrtzeit aus Afrika mitgebracht habe. Heutzutage kauft man solche Gegenstände bei uns im Kaufhaus in der Kleinstadt. Das alles ist – wenn man die ökologische Belastung nicht mit einbezieht – eine gute Entwicklung – wenn, ja wenn nicht für Bomben und Terror auch die „kurzen Wege“ benutzt würden. Mehr als die „langen Wege“ gestern erfordern die „kurzen Wege“ von heute eine ökonomische Weltordnung zu entwickeln, die die Bomben und den Terror vermeiden hilft. Die NWO kann einen wesentlichen Beitrag dazu leisten.

Die Mahnung

Das Schlußwort von Ludwig Freund ist aus seinem schmalen Band „Aussenpolitische Grundsätze – Deutschland und die friedliche Koexistenz“. Es ist 1963 erschienen. Er schildert dort auch seine Erfahrungen mit der Deutschfeindlichkeit, die ihn wieder nach Deutschland zurück trieb und über seine Enttäuschung nach seiner Rückkehr aus den USA über die deutschen Intellektuellen in der damaligen Zeit. Er beschreibt das 1963 wie folgt:

Wir müssen uns damit abfinden, daß der Deutschenhaß einiger „liberaler“ Kreise im westlichen Ausland das darstellt, -was ein englischer Autor einmal „den Antisemitismus der modernen Liberalen“ genannt hat, das heißt: es ist aussichtslos, mit ihnen vernünftig zu diskutieren. „To argue with such people is uphill work.“ Während in England und Amerika der Rassismus von den liberalen und intellektuellen Kreisen allen 'Gruppen im In- und Ausland gegenüber verurteilt wird, 'halten nicht unbedeutende und im Gegenteil sehr einflußreiche Segmente derselben intellektuellen Schicht und zahlreiche ihr folgende, nichtintellektuelle Bevölkerungsgruppen ausgesprochen rassistische Vorurteile gegenüber den „unwandelbaren“ Deutschen für völlig legitim. „Wenn in den letzten Jahren 'die Träger dieses speziellen Vorurteils sich durch die amerikanische Politik und die Nachrichten aus Deutschland, die ihrem Vorurteil kontinuierlich -widersprachen, seelisch 'gehemmt fühlten, dann reagierten sie ihre Voreingenommenheit durch die 'Wahl von Büchern ab, die sie lasen und durch ihren Eifer oft zum Rang von Bestsellern erhoben.“²⁴ Norbert Mühlhölzer hält es für keinen Zufall, daß Jener Massenstrom von Büchern über die „unverbesserlichen Nazi-Deutschen“ die Zahl der populären Bücher über den sowjetischen Gegner gewaltig überschattet.

...

In alle Offenheit muß freilich zugegeben werden, daß die Leistung und innere Haltung großer Teile der in Deutschland jetzt erfolgreichen intellektuellen Schicht den Vergleich zur Glanzzeit deutschen Geistes, welcher der Verfasser sich bei diesem Akt verpflichtet fühlte, nicht im geringsten rechtfertigt. Im Gegenteil kaum einen Wechsel der geistigen Atmosphäre bot. ...

(S. 52 f.)

Das Schlußwort

Das Nachfolgende, was Freund zu Deutschland sagt, ist eine Botschaft, die auch sinngemäß auf den Verbund freiwirtschaftlicher Akteure übertragbar ist.

... Überempfindlichkeit oder furchtsame Zurückhaltung aber wird von niemandem gedankt und macht sich in der Politik niemals bezahlt. Die Abneigung der Unbelehrbaren wird dadurch nicht überwunden. Wie beim Antisemitismus nährt sich auch ihr Haß an der bloßen Existenz des Objekts.

Ein souveräner Staat wie die Bundesrepublik muß nach Ablauf der hinter ihr liegenden „Karenzzeit“ und „Bewährungsfrist“ den realen Faktoren der Politik entsprechend handeln können. "Wenn der deutsche Staat aus Furcht vor gewissen Reaktionen oder Stimmungen im Ausland oder auch auf Grund des Einflusses unpolitischer und verwirrter Köpfe im Inland es unterläßt, die ihm von den Siegerstaaten in Potsdam zugestanden und verbliebenen Rechte zu verteidigen, so hat er damit auch praktisch den Daseinsgrund für seine Souveränität verwirkt, er hat sich selber faktisch aufgegeben.

Die Außenpolitik eines von Gegnern wie Freunden leicht verwundbaren Staates erfordert doppelte Klugheit und Takt. Wer aber dabei die international verbürgten, anscheinend zum Handelsobjekt für andere gewordenen Rechte des eigenen Staatswesens nicht energisch wahrnimmt, wird im harten Spiel der politischen Kräfte und nationalen Egoisten überrannt. Wer sein eigenes Recht oder sein eigenes vitales Interesse nicht schützt, dem kann in dieser Welt, die trotz aller idealistischen Selbsttäuschungen hart und voller Gefahren ist, nicht geholfen werden. Andere übernehmen diese Funktion nicht für ihn oder jedenfalls nur dann, wenn sie es auch als in ihrem eigenen Interesse liegend erkannt haben. In der weltpolitischen Arena aber bedarf es dazu des beständigen Bemühens und der Agitation, nicht der selbstverleugnenden Differenzierung, der politischen Askese, auf deutsch der Leisetreterei, die von niemandem respektiert oder honoriert wird. ... (S.61 f.)

- TA -

Nachträge vom September 2008

Zusammenhänge - Gemeinsames - Trennendes

30. 8. 2008

Anfrage über die NWO-Liste an den Redakteur der HUMANWIRTSCHAFT

Hallo Andreas Bangemann und Mitleser!

Bei der Suche nach aktuellen Informationen über das Mittelstandsinstitut von Prof. Hamer bin ich auf folgenden Beitrag

<http://www.neo-liberalismus.de/forum/messages/1881.html>

mit der Überschrift "Humanwirtschaft - Ausweg aus der Krise" gestoßen.

Gibt es einen Zusammenhang zwischen HW und Hw?

Gruß Tristan Abromeit

oooooooooooooooooooo

Lieber Herr Abromeit,
bei dieser HUMANWIRTSCHAFT handelt es sich eher um die von Herrn
Klaussner geprägte:

<http://www.google.de/search?q=humanwirtschaft+klaussner&ie=utf-8&oe=utf-8&aq=t&rls=org.mozilla:de:official&client=firefox-a>

Sowohl Hamer, als auch Klaussner stellen die Bekämpfung von Personen und Machtstrukturen in den Vordergrund und hantieren mit Verschwörungstheorien zur Untermauerung. Das hat in unserer HUMANWIRTSCHAFT keinen Platz. Wir sind und bleiben System-Reformer. Wir kämpfen nicht gegen dunkle Mächte oder Nutznießer des Bestehenden. Wir setzen uns für eine bessere Ordnung ein.

Herzliche Grüße Andreas Bangemann

oooooooooooooooo

Antwort auf die Nachricht von Andreas Bangemann vom 30.08.2008

Lieber Herr Bangemann,
ich empfehle doch gar nicht, daß wir unsere Rolle als System-Reformer aufgeben. Im Gegenteil, ich sehe mich häufiger veranlaßt, darauf hinzuweisen, daß wir unsere Rolle nicht verwässern oder gar verraten sollten.

Konkret geht es hier um drei Dinge:

1. Konkurrenzbeobachtung
2. Ausschauhaltung nach Kooperationspartner
3. Hilfestellung für Mitglieder und Interessenten.

Wir bewegen uns mit unserem Anliegen auf dem Markt für Ideen. Da ist es wichtig zu wissen, welche Konkurrenz mit welchen Produkten wir haben.

In meiner nächsten Arbeit zitiere ich Arthur Rapp, der auf einem Merkblatt auf Theodor Duimchen verweist und sagt, daß das seit 1923 sein Leitspruch ist.:

"In aller Politik gehört es zu den wichtigsten Aufgaben, natürliche Bundesgenossen zu erkennen, und zu den Sieg verleihenden Fähigkeiten, den Weg zu ihnen rechtzeitig zu finden."

Kooperationspartner können auch solche Menschen und Organisationen sein, mit denen man in Teilbereichen übereinstimmt.

Sie stellen ein Produkt her, das HumanWirtschaft heißt, da kann es ihnen doch nicht gleichgültig sein, wenn unter dem gleichen Namen noch andere Produkte auf dem Markt angeboten werden. Auch können Sie es nicht dem Zufall überlassen, ob die Leser der Zeitschrift, dessen Redakteur Sie sind, bei der Begegnung mit anderen Humanwirtschaften die Inhalte auch richtig differenzieren.

Was wir für die Menschen, die sich der NWO verbunden fühlen und für die, die wir umwerben, gebrauchen, ist eine Synopse ³⁶ der Inhalte der Gruppen im Ideenmarkt:

- a) die in irgendeiner Weise gegen Kapitalismus wirken.
- b) die sich in irgendeiner Weise der NWO verpflichtet fühlen und
- c) die sich in irgendeiner Weise für die Marktwirtschaft engagieren.

Die gemeinsamen Schnittmengen dürften unter b) am größten sein. Weil die Worte Marktwirtschaft und Kapitalismus oft als Synonym verwendet werden, kann es sein, daß es unter a) und c) solche Gruppen gibt, mit denen es keine gemeinsamen Schnittmengen gibt. Das dürfte aber die Ausnahme sein. Die Regel dürfte aber sein, daß sich dort partielle Kooperationspartner befinden. Die Bereitschaft zur Kooperation dürfte dann steigen, wenn die Umworbenen feststellen, daß wir ihr Anliegen sachlich richtig darstellen.

Zu dem Text von Eberhard Hamer „Humanwirtschaft - Ausweg aus der Krise“

Der Link, den ich übermittelt habe, verweist nicht auf die Internetseite von seinem Mittelstandsinstitut und der Inhalt und der Link verweisen auch nicht auf

³⁶ Eine **Synopse** (weniger gebräuchlich **Synopsis**, von [altgriechisch](#) *synopsis* = „Zusammenschau“, „Entwurf“, „Überblick“) nennt man im weiteren Sinne eine Gegenüberstellung oder vergleichende Zusammenfassung gleichartiger [Daten](#) und [Texte](#) in zwei oder mehr Dokumenten. (Wikipedia)

Betr.: Kooperationspartner, wenn Übereinstimmung in Teilbereichen besteht

Lieber Herr Rapp, lieber Tristan,
hier möchte ich mich mal einmischen: Übereinstimmung in Teilbereichen kann nicht das einzige Kriterium sein, um eine Organisation zum Bundesgenossen auszuwählen. Arthur Rapp hat sicherlich nicht gemeint, dass zum Beispiel Organisationen vom rechten Rand, die in der Zinskritik mit der FWB übereinstimmen, für uns als Kooperationspartner akzeptabel wären. So verstehe ich auch Ihren letzten Satz, lieber Herr Rapp.
MfG Josef Hüwe

1. 9. Lieber Herr Hüwe,

danke, dass Sie auf eine mögliche Missverständlichkeit hinweisen. Ich lege meine Hand dafür ins Feuer, dass mein Vater das *nicht* gemeint hat und lasse ihn quasi selbst durch einen Antrag der Kreisgruppe München an den FSU-Vorstand auf Unterlassung aller Verhandlungen mit der Sozialistischen Reichspartei Deutschlands (SRP) [1] von 1952 auf www.nwo.de/listen-texte.htm (34) sprechen.

Der Antrag ist auf seiner Maschine getippt und dürfte überwiegend von ihm formuliert sein. Er ist jedenfalls einer der beiden Unterzeichner. Den Begriff "Brüder" hat er öfters abwertend gebraucht; es wäre gut gewesen, wenn er ihn in Anführungszeichen gesetzt hätte, aber der gesamte übrige Text macht unmissverständlich, was mein Vater gemeint hat. (Der Eingangsstempel rechts oben stammt von mir. Mein Vater hat mir den Text offenkundig damals übergeben.)

Herzliche Grüße, Anselm Rapp

Ramp
- 8. Feb. 1981

A n t r a g

Die Kreisgruppe München beschließt folgenden Antrag, der über den Landesverband an die Parteileitung in Hamburg zu leiten ist und bittet gleichzeitig den Landesverband, diese EntschlieÙung den anderen Orts- und Kreisgruppen des Landesverbandes Bayern und den anderen Landesverbänden der FSU bekanntzugeben:

Der Parteivorstand wird aufgefordert, unverzüglich alle Verhandlungen mit früheren SRP- Mitgliedern und anderer Neonazisten und rechtsradikalen Organisationen oder deren Mitgliedern sofort zu unterlassen und die Landesverbände und Ortsgruppen anzuweisen, keinerlei Mitglieder aufzunehmen, die früher der SRP, einer anderen neofaschistischen oder rechtsradikalen Organisation angehörten oder noch angehören. Ferner sind die Landesverbände bzw. die Ortsgruppen anzuweisen, bei Eintreten neuer Mitglieder diese vorher bei ihrem Antrag versichern zu lassen, dass sie niemals der SRP oder einer anderen neofaschistischen oder rechtsradikalen Organisation angehört haben oder angehören.

Begründung:

1. Es ist taktisch der größte Fehler, zu versuchen, frühere SRP-Mitglieder oder andere Mitglieder rechtsradikaler oder neofaschistischer Organisationen zur Mitgliedschaft der FSU zu gewinnen. Einmal ist freisozialer Geist und nazistische überhaupt nationalistische Gesinnung unvereinbar, und andermal besteht die Gefahr, daß bei Aufnahme einer größeren Anzahl solcher Brüder die Organisation in neofaschistisches Fahrwasser gelangt und damit der Sinn der Bewegung völlig verkehrt und ausserdem politisch unwirksam wird, weil solche Organisationen verboten werden. Es hat überdies keinen Zweck, in Konkurrenz mit der DP, der FDP und anderen Rechtsparteien zu treten bei dem Bemühen, solche Neofaschisten als Stimmvieh oder als Mitglieder zu gewinnen.
2. Die Hauptgefahr besteht darin, dass diese Neofaschisten unsere Organisation unterwandern, in ihr Fahrwasser lenken und damit ihren Sinn in das Gegenteil verkehren.
3. Die gegenwärtige Chance der FSU in Verbindung mit der Freien Mitte besteht in erster Linie darin, die weiten bürgerlichen Kreise für uns zu gewinnen, die linksrepublikanisch eingestellt sind und die den Liberalismus um der Freiheit auf kulturellem und wirtschaftlich Gebiet willen, erstreben.
Dieser wirtschaftlich versinkende Mittelstand, dem nicht nur der Handel, der Handwerker, Facharbeiter und Meister, sowie der kleine Unternehmer angehört, hat heute keine echte politische Heimat und dürfte in erster Linie für uns zu gewinnen sein.
4. Wer nach dem Krieg der SRP oder einer anderen neofaschistischen Organisation angehört hat, hat damit den unwiderlegbaren Beweis erbracht, daß er politisch entweder unreif und urteilslos ist, oder immer noch die verbrecherische Gesinnung des Hitlerismus hegt. Solche Brüder sind für die FSU untragbar und müssen auf das schärfste von uns abgelehnt und bekämpft werden.
5. Nur ein klares Bekenntnis zu echtem freisozialem Geist und eine klare Ablehnung nazistischer und neofaschistischer Gesinnung, die bei jeder Gelegenheit in Wort, Schrift und insbesondere in der "Freisozialen Presse" immer wieder zum Ausdruck kommen muss, kann uns davor bewahren, daß wir auf Grund der unverzeihlichen Verhandlungen und Ausführungen des Parteivorsitzenden in den Geruch einer verkappten neofaschistischen, zumindest nazifreundlichen, nationalistischen Organisation kommen und damit die Geister abstoßen, die wir mit geeigneter Propaganda für die Bundestagswahl gewinnen könnten.
Diese klare Ablehnung ist ferner erforderlich, um von vornherein allen Möglichkeiten zu begegnen, dass wir eines Tages Gefahr laufen, als politische Partei wegen angeblicher neofaschistischer Tarnung verboten zu werden.

++++

Textliche Ausarbeitung:

Helmut Haacke
Arthur Rapp

Der Antrag wurde
einstimmig angenommen.

(Abschrift 1981 durch A.Rp.)

Meine Anmerkungen zu den Zusammenhängen ...

Auch diese wenigen Mails verdeutlichen die Schwierigkeiten der Verständigung und die Gefahr der verengten Wahrnehmung, wenn wir die Maßstäbe politischer Korrektheit oder die Wertmaßstäbe der faschistoiden Antifaschisten in unsere eigenen Köpfe implantieren.

Als ich meine Anfrage an Andreas Bangemann stellte, ob es zwischen den verschiedenen Begriffen von Humanwirtschaft Zusammenhänge gäbe und dann anschließend von der

Konkurrenzbeobachtung, Ausschauhaltung nach Kooperationspartnern und Hilfestellung für Mitglieder und Interessenten

sprach, habe ich gar nicht an politische Parteien gedacht, sondern an andere Ökonomieschulen und Bürgergruppen, wie die unsrigen, die sich entsprechend ihren Erkenntnissen oder Ideen Einfluß auf die Gesellschaftsgestaltung nehmen wollen. Natürlich gehören auch die Parteien, Gruppen am rechten und linken Rand dazu. So wie ein Bakteriologe bei seinen Forschungen, von jenen Bakterien ausgehen muß, die er vorfindet und nicht von denen, die er sich wünscht, so muß auch der Gesellschaftsforscher und der Gesellschaftsgestalter von dem ausgehen, was er an Vorstellungen und ihren Trägern in der Gesellschaft vorfindet. Wer in den genannten Bereichen panische Angst hat, sich anzustecken, sollte sich besser eine andere Aufgabe suchen.

Als Akteure auf dem Ideen-Markt oder im politischen Gestaltungsbereich ist es wichtig - wenn wir nicht völlig blind agieren wollen - zu wissen, wer noch mit welchen Vorstellungen um die Herzen und / oder Köpfe der Menschen wirbt. Auch die „Hilfestellung“ ist nicht einfach so dahergesagt: An anderer Stelle habe ich gesagt, daß jeder, der die Freiwirtschaft als Ökonomieschule und als politisches Gestaltungsangebot für sich entdeckt, schon vorgeprägt ist. Es wäre eine enorme Erleichterung, wenn die Neulinge (aber auch die Alten) sich anhand einer Synopse der ökonomischen und politischen Gestaltungsideen orientieren könnten, worauf sie sich einlassen (eingelassen haben). Eine solche Orientierung macht doch die Akteure auf die Inhalte der NWO bezogen schneller sattelfest.

Und nur die Erwähnung von „Ausschauhaltung nach Kooperationspartnern“ läßt gleich

wieder die Alarmglocken läuten, anstatt Chancen und Gefahren ruhig abzuwägen. Schon bei meinem ersten Hinweis (in dem vorliegenden Gesamttext) auf Athur Rapps Leitspruch „natürliche Bundesgenossen zu erkennen“ habe ich ja darauf hingewiesen, daß das ein schwieriges Geschäft ist. Mit seinem FSU-Antrag von 1952 zeigt er ja, daß man auf der Hut sein muß, sich nicht mit den falschen Bundesgenossen einzulassen. Aber mit anderen Personen und Personengruppen (der verschiedensten Art) zu kooperieren, gehört nicht nur zum politischen Alltagsgeschäft, sondern überhaupt zum gesellschaftlichen Leben. Auch daß es da zu Kooperationen kommt, in denen es nur wenig Übereinstimmung in den Interessen gibt, ist normal. Heute morgen las ich z. B. in der Zeitung, daß am 1. Mai in Hannover die NPD eine Veranstaltung durchführen will. Dagegen bildet sich ein Bündnis von Gruppen, die sonst keine Berührungspunkte haben. Wenn die vereinigten Gegendemonstranten bessere Argumente als die NPD-Leute haben und die Demonstration nicht nur deshalb mitmachen, weil sie die Gelegenheit bietet, zu zeigen, daß man zu den besseren Menschen gehört, ist dagegen doch nichts zu sagen. Mich stört an diesem Bündnis nur, daß auch die Antifaschisten dabei sind, weil ich sie im Hinblick auf den Rechtsextremen für inverse Extremisten halte. Auch in unseren Mailinglisten kooperieren wir aufgrund einer Selektion von Gemeinsamkeiten. Wenn wir auch alle das Trennende zwischen uns kennen würden, käme ein Gedankenaustausch vermutlich gar nicht oder nur schwieriger zustande.

Die TrägerInnen der NWO-Gestaltungsidee sind in der Lage von Seuchenbekämpfern, die – um tätig zu werden – die verseuchten Gebiete nicht meiden können. Für uns gibt es im demokratischen und humanitären Sinne keine unverseuchten gesellschaftlichen Gebiete. Das politische Mittelfeld ist gegenüber den linken und rechten Feldern nur minder verseucht. Es mag gerechtfertigt sein, daß wir unsere geringen Kräfte auf das Mittelfeld konzentrieren, das ist aber kein Grund, NWO-Botschafter zu verdammen, die sich in die Außenfelder als Aufklärer vor wagen.

So sympathisch mir der Antrag von Arthur Rapp und Helmut Haacke aus dem Jahr 1952 ist, realistisch betrachtet, kommt es immer wieder zu Bündnissen zwischen Gruppen mit geringen Schnittmengen und zu Mitgliedschaften mit vorbelasteten Personen. Das liegt zum einen daran, daß häufig ein politischer Druck zum gemeinsamen Handeln zwingt und zum anderen, daß nur ein geringer Prozentsatz der Menschen überhaupt bereit ist,

in die politische Arena zu steigen. Die SPD, CDU/CSU und die FDP haben ihre Mitglieder zum Teil aus Personen, die nationalsozialistisch belastet waren, rekrutiert. Wobei auch berücksichtigt werden muß, daß die NSDAP-Mitgliedschaft kein Block der Bösen war, sondern ein bunter Haufen mit divergierenden politischen Vorstellungen, von denen nicht immer und alle in der Lage waren, das Böse zu erkennen und / oder zu verhindern.

Auch die Grünen waren am Anfang ein sehr heterogener Haufen. Sie wurden von der FSU-Führung nicht als Bündnispartner akzeptiert. Dies hatte zur Folge, daß die Position freiwirtschaftlicher grüner Parteigründer mit dem Wachsen der Partei immer schwächer wurde. In diesem Fall war die Zurückhaltung der freiwirtschaftlichen Leute eine Fehlentscheidung, die das grüne Projekt für uns zu einem Verlustgeschäft gemacht hat.

Gestern las ich nachfolgenden Text:

Aus: Aus dem Leben eines romantischen Realisten. Ludwig Stadelmann 1917 – 2004 von Gerhard Senft, in: Zwischen Zeiten und Unzeiten, 2007

6. Aufbruch in ein „Neues Leben“

Das NS-Regime hatte 1938 die endgültige Anbindung Österreichs an die Moderne vollzogen. Ein in vielen Bereichen rückständiges und strukturschwaches Land wurde im Höllentempo zu einem mit modernsten Technologien ausgestatteten Industriegebiet umgeformt. Das boomende Wirtschaftsleben, das Absinken der Arbeitslosenziffern bildeten jedoch nur einen Scheinerfolg ab. Die wesentlichen Kräfte wurden auf kommende militärische Auseinandersetzungen ausgerichtet und 1945 zeigten sich die Folgen der nationalsozialistischen Expansionspolitik. Das Ausmaß menschlichen Leides, die kriegsbedingten Sachschäden standen in keiner Relation mehr zu den vorhergehenden „Modernisierungsleistungen“ des NS-Regimes. Auch in seiner globalen Dimension betrachtet stellt der Zweite Weltkrieg ein noch nie da gewesenes Ereignis dar. Verglichen mit dem ersten großen Weltenbrand 1914-1918 forderte er ein Vielfaches an Menschenleben, allein sechs Millionen aus „rassischen“ Gründen Verfolgte kamen in den Todeslagern des Dritten Reiches um.

Der französische Romancier Stendhal (d. i. Henri Beyle) hatte während der napoleonischen Kriege die Beobachtung gemacht, dass gerade derjenige, der sich inmitten eines Schlachtengetümmels befindet, am wenigsten davon mitbekommt. Die bewegte Zwischenkriegszeit hatte Stadelmann auch nur eine vernebelte Wahrnehmung der Gegebenheiten gestattet. Nichts vermochte ihn aber daran zu hindern, sich in der Folge ein Bild vom verbrecherischen Charakter des nationalsozialistischen Regimes zu verschaffen. Ludwig

Stadelmann zählte nicht zu jenen Zeitgenossen, die von der Vernichtungsmaschinerie des Dritten Reiches nichts mitbekommen haben wollten. Nie sprach er mit Beschönigungsversuchen: Er hatte bei etwas mitgemacht, bei dem er im Grunde nicht mittun wollte, und er fühlte die schuldhafte Verstrickung. Nach all dem Erlebten galt für ihn das Diktum Hannah Arendts: „**Keiner hat ein Recht auf Gehorsam.**“ Stadelmann entsprach auch nicht dem Typus des berüchtigten „Herrn Karl“, also jenem Österreicher, der jede politische Umbruchsituation günstig für sich zu nutzen versteht. Die wesentliche Lehre, die Stadelmann aus seinem Jugendirrtum zog, lautete: nie wieder einer politischen Partei beitreten! Nie wieder wollte er der Gefahr ausgesetzt sein, sich in einem Umfeld wieder zu finden, das er gar nicht angestrebt hatte. ...

(S. 40, ohne Fußnoten, Hervorhebung durch TA)

Hier sind zwei Aussagen, die mich im Themenzusammenhang interessieren. „Nie wieder wollte er der Gefahr ausgesetzt sein, ...“ Nie wieder in das falsche Boot steigen“. Wer so denkt, macht sich selbst zu einem politisch Unmündigen. Er läßt dann andere bestimmen, was für ihn richtig ist. Und es widerspricht der Aussage: „Keiner hat ein Recht auf Gehorsam.“ Der Gehorsam ist nicht nur dann eine Gefahr, wenn wir uns in einem diktatorischen Staat wiederfinden, sondern auch dann, wenn wir uns der sozialen Norm des politisch korrekten Handelns unterwerfen, der Norm – sie mag noch so gut gemeint sein – der wir die Wirkung eines Diktates attestieren, der wir uns zu beugen haben. Wer auf einem Schiff ist, das zu versinken droht, hat in der Regel keine Wahl, mit wem er ins Rettungsboot steigt. Oder: Wer auf einem Schiff ist, das abgelegt hat, kann sich erst im nächsten Hafen von der Besatzung und den Passagieren trennen. Wer nicht auf ein Schiff einsteigt, weil er Angst hat, er könne in schlechte Gesellschaft kommen, muß zusehen, wie andere sich fortbewegen, während er selber auf dem gleichen Fleck verharren muß.

Synopse der Ideenvermittler im politischen Ideenmarkt

Wenn ich auf See, im Wald, im Bergwerk, in der Luft oder in der Stadt bin, benötige ich Markierungen, damit ich weiß, wo ich bin und sehen kann, welcher Weg mich zu meinem Ziel führt. Wenn ich eine Botschaft im Ideenmarkt an die Frau oder den Mann bringen will, dann sollte ich meine Mitbewerber kennen und ich sollte Gemeinsames und Trennendes kennen. Ich brauche dann zum Beispiel nicht meine Kraft, Zeit und Geld zu verschwenden mit der Werbung für die NWO bei einer Gruppe, die für die Einführung der Zentralverwaltungswirtschaft wirbt. Meine Situation als werbender Gesprächspart-

ner ist besser, wenn ich eine – wenn auch oberflächliche – Vorstellung von dem habe, was mein Gegenüber oder Adressat selber denkt und will.

Ich halte es aber nicht für realistisch, daß eine solche Synopse von einer freiwirtschaftlichen Organisation erstellt wird, weil es dazu an finanzieller und personeller Kapazität fehlt. Ich halte es aber für möglich, daß so eine vergleichende Übersicht der Ideenvermittler zustande kommt, wie Wikipedia. Die Vereinigungen haben sicher ein Interesse daran, daß sie selbst in einem solchen Verzeichnis erscheinen. Es könnte jeweils eine Selbstdarstellung bzw. Selbstbeurteilung und eine Fremdbeurteilung geben. Die dargestellten Vergleichsdaten könnten zwischen 10 und X liegen. Manche Kästen könnten mit Links hinterlegt werden, z.B. für Satzungen, interne Statistik etc. Der Nutzen einer solchen Übersicht hängt natürlich auch davon ab, wie präzise gefragt und geantwortet wird. Vielleicht gibt es schon so eine Übersicht oder ist im Entstehen begriffen. Vielleicht kann eine Leserin, ein Leser dieser Zeilen diese Idee in ein dafür aufgeschlossenes Forum einbringen.

Bedingungen einer freiwirtschaftlichen Geldreform

Die Bedingungen einer freiwirtschaftlichen Geldreform sind:

1. Die Quantifizierbarkeit des Geldes, dazu muß klar sein, was Geld ist und was kein Geld ist: Also die Gültigkeit der Quantitätstheorie wird vorausgesetzt.
2. Die Umlaufsicherung des Geldes, damit sichergestellt werden kann, daß das von der Zentralbank in Umlauf gebrachte Geld auch tatsächlich und gleichmäßig umläuft. Dazu muß klar sein, daß die Umlaufgeschwindigkeit (besser Umschlaghäufigkeit oder Ausnutzungsgrad) des Geldes zwar soweit sinken kann, daß das Geld als Tauschvermittler ausgeschieden wird, also seine Umschlaghäufigkeit auf Null sinken kann, aber daß sie nicht beliebig beschleunigt werden kann, weil das Geld nur als Vorschuß auf künftige Leistungen schneller sein kann als die Erstellung der Güter und Dienstleistungen selbst.
3. Das Preisniveau muß meßbar sein. Es muß also einen brauchbaren Währungsindex bzw. brauchbare Indizes geben. (Ein Meßinstrument für die Währungsstabilität.)

Kann eine der Bedingungen nicht erfüllt werden, bleibt die freiwirtschaftliche Geldreform ein Traum. Weil die exakte Quantifizierung des Geldes nicht mehr gegeben ist,

wenn neben der Zentralbank noch andere Personen oder Institutionen Geld schöpfen können – die Geschäftsbanken stehen in diesem Verdacht –, ist die genaue Analyse der Geldschöpfung für die Freiwirtschaft eine Überlebensfrage.

Was ist Geld, Guthaben, Kredit?

Helmut Creutz hat sich in der Ausgabe 05/2008 der Humanwirtschaft erneut bemüht, mit seinem Beitrag „Geld oder Guthaben“, Klarheit in das verwirrende Thema zu bringen. Ich fürchte, daß ihm nur eine Minderheit der Leser in seiner Argumentation folgen wird. Offensichtlich gibt es bei diesem Thema Barrieren des Verstehens. Gesell schreibt dazu:

Um eine Sache dem menschlichen Begriffe zu erschließen, muß sie in Raum und Zeit darstellbar sein. Der bargeldlose Handel wirkt vexierend, nur weil wir ihn in Raum und Zeit nicht zu lokalisieren vermögen. Solange das nicht gelingt, steht natürlich der Geist wie der Ochs vor dem Berge.

(NWO, 1949, S. 363)

Das Giralgeld ist also ein Thema, das die Freiwirtschaftsschule seit ihrer Entstehung begleitet (und spaltet). Um die Fehler, die beim vom Gegenstand losgelösten Denken unterlaufen können, zu vermeiden, hat Karl Walker sein volkswirtschaftliches Planspiel entwickelt. Das „Spiel“ in dem zusammengesetzten Wort sollte man aber nicht wörtlich nehmen. Es ist nämlich Arbeit, Arbeit die Zeit und Kenntnisse benötigt, z.B. die doppelte Buchführung. Aber auch dann erschließt sich nicht jedem auf Anhieb der Sinn der Sache. Als Walker 1965 - auf mein Drängen hin - sein Planspiel in der Akademie für Wirtschaft und Politik vorführen konnte, wurde ihm sinngemäß gesagt: „Die Buchführung hätte man schon gelernt, die bräuchten sie bei ihm nicht zu lernen.“ Hinten herum habe ich dann aber gehört, daß man ihn nur eingeladen hatte, um ihn „abzuschießen“. Was ein schlechtes Licht auf die Wissenschaftlichkeit der beteiligten Wirtschaftswissenschaftler wirft. Aber es muß doch eine wirtschaftswissenschaftliche Fakultät geben, die noch wißbegierig genug ist, um die Möglichkeiten des Planspiels auszuloten. Walker hatte damals auch schon das Angebot, daß sein Planspiel auf den Rechner übertragen wird. Er wollte es nicht, weil die einzelnen Vorgänge dem Auge sichtbar bleiben sollten. Da aber die heute möglichen PC-Netzwerke ganz andere Möglichkeiten bieten als zu Walkers Zeiten (z.B. 20, 100 oder 200 Mitspieler in einem Saal, so daß die visuelle Kontrolle und die mündliche Kommunikation erhalten bleibt), sollte die Übertragbarkeit auf den PC erneut geprüft werden.

Um mit diesem Thema endlich weiter zu kommen, wäre es sicher auch nützlich, neben der realen Geldschöpfung der Zentralbanken bisher erarbeitete Alternativmodelle vergleichend (als Synopse) zu beschreiben. Wenn das nicht geschieht, wird es zu leicht als Verteidigung des Bestehenden und Blockierung des Besseren verstanden und dadurch bei der Aufnahme anderer Fakten geigelt.

Ein weitere Beitrag zur Klärung der Geldschöpfung kann auch sein, wenn die Möglichkeit des völlig abstrakten (Kann man da von virtuellem Geldes sprechen?) dargestellt wird. Gesell beschreibt diese Möglichkeit in seinem Beitrag „*Bargeldloser*“ *Verkehr?* im Anhang der NWO.³⁷ Bei dieser Methode müßte jeder Bürger ein Konto haben. Karl Walker weist in seinem Buch „Das Buchgeld“ darauf hin, daß in einem solchen Fall, sich neben diesen Geldkonten ebenfalls wie heute Girokonten einfinden würden. Meine Bedenken sind, daß ein solches Geldsystem in Verbindung mit diskutierten neuen Personalausweisen den Innenministern endlich der gläserne Mensch ermöglicht würde.

Ich kann mir auch vorstellen, daß im Format der Konto- und Kreditkarten reine Geldkarten ohne Konten bei einer Bank kreiert werden. Diese Karten wären dann so etwas wie eine Geldbörse. Das zu zahlende abstrakte Geld würde direkt von der Karte des Zahlers auf die Karte des Empfängers übertragen. Die Erstausrüstung der Karten mit abstraktem Geld würde von der Zentralbank vorgenommen - beim Start einer Währung mit einem Betrag pro Kop; bei der Umstellung des Systems wie bei der Umstellung von DM auf Euro; bei der laufenden Geldmengenanpassung ??) Das gedankliche Durchspielen dieser Möglichkeiten birgt die Chance in sich, daß leichter verstanden wird, warum das Giral- oder Buchgeld kein Geld ist.

Inflation, Warenkorb, Index

Es gibt Artikel, die sich dem Leser nicht richtig erschließen. Das kann am Schreiber oder am Leser liegen. Ich mußte mir diese Frage stellen, als ich den Artikel „Inflation – gefühlte Wahrheit oder gefühlte Unwahrheit“ von Wilhelm Schmülling in der HUMANWIRTSCHAFT 05/2008 gelesen habe. Ich habe gedacht, Artikel in einem freiwirtschaftlichen Organ sollten unterhalten oder aufklären, am besten gleichzeitig beides,

³⁷ Ich übernehme den Beitrag in meinen Anhang.

aber nicht verwirren und noch dazu zentrale Begriffe des Freigeldes desavouieren, nämlich den Warenkorb und den Index. Es ist sicher angebracht, immer wieder den Unterschied zwischen Preisstabilität und Preisniveaustabilität zu erläutern, aber dazu muß doch nicht ein Berufstand bzw. die Statistik als Wissenschaft von oben herab als dumm hingestellt werden. Daß es immer wieder Schwierigkeiten mit der Erhebung, der Auswertung und Darstellung von statistischem Material gibt, wissen die Statistiker selbst am besten. Und es gibt wohl nichts, wo man nicht mit betrügen könnte. Auf einer Weinbrandflasche steht z. B. 36% Alkohol. Tatsächlich mögen vielleicht nur 26% drin sein. Irgendwann schmeckt man es. Spricht das gegen die Prozentrechnung und gegen die Kennzeichnungspflicht des Alkoholgehaltes?

Wilhelm Schmülling schreibt:

Sie „fühlen“ die Belastung in der Haushaltskasse und entlarven damit gleichzeitig die Statistik, die eine Inflation von 3,3% ausweist. Insofern ist die von den Käufern an der Kasse „gefühlte Inflation“ Realität. Mit der Statistik hingegen kann man herrlich manipulieren, weil der zugrunde gelegte „Warenkorb“ willkürlich ausgewählte Waren enthält, die trotz unterschiedlicher Gewichtung und trotz ehrlichen Bemühens der Statistiker nicht die „Wahrheit“ darstellen, sondern nur den errechneten Durchschnittspreis der jeweiligen Waren.

Und weiter:

Ganz klar, dass Statistiker zwar rechnen, aber nicht den Begriff „Inflation“ analysieren können - mit Ausnahme derer, die die HUMANWIRTSCHAFT lesen (die gibt es!). Denn immer wieder werden Preissteigerungen bei einzelnen Waren mit Inflation gleichgesetzt. Bei gleichbleibender nachfragehaltender Geldmenge können die Verbraucher zum Beispiel bei steigenden Energiepreisen diese Mehrkosten nur mit reduzierter Nachfrage nach anderen Waren oder Dienstleistungen

kompensieren.

Wenn Wilhelm Schmüllig geschrieben hätte, die Journalisten können zwar schreiben, aber in der Regel nicht den Begriff „Inflation“ definieren, dann hätte ich noch zustimmen können, weil oft in der Berichterstattung tatsächlich die Stabilität von Einzelpreisen und der Preisniveaustabilität nicht auseinander gehalten werden. Aber den Statistiker, die die Kaufkraftstabilität einer Währung zu dokumentieren haben, ist der Inhalt des Begriffs „Inflation“ durchaus geläufig, weil er in den Lehrbüchern der Volkswirtschaftslehre durchaus korrekt definiert wird.

Anders sieht es aus mit dem Begriff *Index*, der eng verbunden ist mit dem des *Warenkorbes*. Im Registerband zu Gesells Gesammelten Werken wird in 14 von 18 Bänden auf das Stichwort *Index* in einer Häufigkeit verwiesen, die mir das durchzählen als zu mühsam erscheinen läßt. Ich habe dagegen in dem vierbändigen Werk „Allgemeine Volkswirtschaftslehre“ von Andreas Paulsen, in dem dreibändigen Werk „Einführung in die Wirtschaftstheorie“ von Erich Schneider und in der „Geschichte der Volkswirtschaftslehre“ von Siegfried Wendt in den Sachwortregistern die Stichworte *Index*, *Währungsindex* und *Preisindex* gar nicht gefunden.

Die Begriffe *Freigeld* und *Indexwährung* sind ohne die Begriffe Warenkorb und Index nicht erklärbar. Die Begriffe Inflation und Deflation haben sich gleichzeitig mit der Vorstellung von der Quantität oder der Quantitätstheorie des Geldes durchgesetzt. Es wäre schön, wenn ein Kandidat der Sozialwissenschaften für seine Diplomarbeit das Thema „Entstehung und Geschichte der Begriffe Warenkorb, ...“ wählen würde. Hier würden auch die Verdienste der Freiwirtschaftsschule sichtbar. Der Begriff *Inflation* erklärt eine ökonomische Erscheinung, die davor üblicherweise mit dem Begriff *Teuerung* bezeichnet wurde.

Wilhelm Schmülling schreibt (siehe oben):

Mit der Statistik hingegen kann man herrlich manipulieren, weil der zugrunde gelegte „Warenkorb“ willkürlich ausgewählte Waren enthält, ...

Bei Gesell ist in seiner NWO, 1949 auf Seite 363 zu lesen:

Eine Sache aber, die sich willkürlich behandeln läßt, ist nicht „gesetzlos“, da sie doch den Gesetzen folgt, wonach sich die Handlungen richten. (Übrigens sind die Begriffe „gesetzlos“ und „willkürlich“ Gegensätze, wenigstens bei diesem Gegenstand.)

Der Duden, Das Herkunftswörterbuch, 1963, sagt dazu:

Willkür w: Das Substantiv mhd. wil[le]kür ist eine Zusammensetzung aus den unter -> Wille- und ->-Kür behandelten Wörtern.

Es bedeutet demnach eigtl. „Entschluß, Beschluß des Willens“, d. h. „freie Wahl oder EntschlieÙung“. Die abwertende Bedeutung (wie in 'Willkürherrschaft'), die in Ansätzen schon im Mhd. da war, gilt seit der zweiten Hälfte des 18. Jh.s fast ausschließlich. Abl.: willkürlich (spätmhd. willekürlich), beachte dazu die Verneinung unwillkürlich „ohne Absicht“ (18. Jh.).

Fest steht jedenfalls, daß die Auswahl der Waren und deren Gewichtung im Warenkorb nicht beliebig ist und auch nicht dem Zufall überlassen bleibt. Vermutet werden kann, daß die Bildung des Warenkorbes nicht nur wissenschaftlichen sondern auch politischen Interessen ausgesetzt ist. Das besagt aber nicht, daß wir auf den Warenkorb verzichten können, sondern es ist eine Aufforderung, für dieses sozialökonomische Instrument eine Öffentlichkeit herzustellen. Die Redaktion von HUMANWIRTSCHAFT wird sicher leicht fündig, wenn sie nach Autorinnen oder Autoren sucht, die ihre Leser über dieses Thema aufklären. Es gibt ja in der Tat auch Differenzen bei der Messung der Inflationsrate. In dem auf Schmüllings Artikel folgenden Beitrag von Simon Bichlmaier mit dem Titel „Der Dollar – ein sinkender Stern. Der Euro als neue Weltwährung?“ heißt es auf Seite 26 der HW in der Spalte 2:

Die These des „stabilen Euro“ erscheint angesichts der seit Jahren im zweistelligen Prozentbereich erfolgenden Ausweitung der Geldmenge M3 und einer „wahren Inflationsrate“ von statistisch-korrekten „12%“ verwegend.

Dazu gibt es eine Endnote:

- 8) Lt. Prof. Brachinger/Schweiz, lag die wahre Inflationsrate des Euro Anfang 2002 bei 10%, sank dann etwas ab und liegt heute bei 12%. Prof. Brachinger nahm einfach die Originaldaten des Statistischen Bundesamtes und gewichtete diese bzgl. ihrer tatsächlichen Kaufhäufigkeit realistischer (It. „Wirtschaftswoche“-Titel, 2.6.2008, S.24-31: „Der Euro war eben doch ein Teuro...“).

Bekanntlich können unterschiedliche Warenkörbe gebildet werden. Die Frage

ist hier, ob es auf nationaler Ebene und internationaler Ebene des Euroraumes sachlich als richtig zu erklärende Auswahlkriterien gibt. Die Anschlußfrage ist dann gleich, welcher Warenkorb oder welche Warenkörbe gelten zur Zeit für die Europäische Zentralbank, wer bildet die Warenkörbe und wie reagiert die EZB mit den nationalen Zweigstellen auf unterschiedliche Entwicklungen in den nationalen Warenkörben im Währungsverbund?

Handlungsräume für die Freiwirtschaft?

EZB enttäuscht Börsianer ... Trichet betont weiterhin Inflationssorgen HAZ vom 5. 9. 08

Frankfurt (rtr). Schwache Aussichten für die Wirtschaftsentwicklung drücken die Stimmung am deutschen Aktienmarkt. Die Anleger reagierten am Donnerstag enttäuscht, dass die Europäische Zentralbank (EZB) trotz Konjunkturabkühlung keine Zinssenkung andeutete. Der Dax fiel um fast 3 Prozent auf 6279 Punkte. „Das sind die alten Themen: Rezessionsängste, Finanzmarktkrise und tatsächlich schlechte Konjunkturdaten aus Deutschland und der Euro-Zone“, sagte ein Börsianer.

Die EZB ließ den Leitzins für die Euro-Zone wie erwartet bei 4,25 Prozent. Notenbankchef Jean-Claude Trichet gab zudem keine Hinweise auf eine bevorstehende Zinssenkung. „Die Aussicht auf sinkende Zinsen hätte dem Aktienmarkt dadurch ein bisschen Unterstützung gegeben, dass sich die Konjunktur und damit die Unternehmensgewinne verbessern könnten“, sagte Aktienstratege Carsten Klude von MM Warburg. „Die Inflationsrisiken stehen für die EZB weiter im Vordergrund. Wir bewegen uns allenfalls im Schnecken-tempo Richtung Zinssenkung, da muss mehr Druck auf die EZB entstehen.“

Trichet machte deutlich, dass die Währungshüter die Gefahren für die Preisstabilität höher ansetzen als die positiven Effekte einer Zinssenkung auf die Konjunktur in Europa. Es sei wahrscheinlich, dass die Inflationsrate im Euro-Raum noch für einige Zeit deutlich über dem von der EZB als tolerabel betrachteten Niveau von knapp unter 2 Prozent liegen werde.

Die jüngsten Wirtschaftsdaten bestätigten die Abschwächung des realen Wachstums in der Jahresmitte. Dies sei aber teilweise eine technische Reaktion auf das starke Wachstum zu Jahresbeginn. Zudem gehe die Abschwächung auf dämpfende Effekte unter anderem durch die hohen Energiepreise zurück.

„In diesem Umfeld bleibt es zwingend geboten, Zweitrundeneffekte auf breiter

Front bei Löhnen und anderen Preisen zu vermeiden“, betonte Triebet. Preisstabilität auf mittlere Sicht sei das vordringlichste Ziel der EZB. Daran hielten die Währungshüter entschieden fest, da so auf mittlere Sicht Kaufkraft erhalten und damit nachhaltig Wachstum und Beschäftigung gestützt würden.

Die Frage ist ja seit über 100 Jahren, wie können die wesentlichen währungstheoretischen Erkenntnisse der Freiwirtschaftsschule in die angewandte Sozialökonomie (Wirtschaftspolitik und Zentralbanktechnik) eingebracht werden. Mir kam beim Lesen der obigen Nachricht die Überlegung, ob eine Klage bzw. eine Strafanzeige wegen Amtsmissbrauch oder Amtspflichtverletzung des EZB-Präsidenten und seiner Vertreter ein geeignetes Instrument ist. Die Frage ist, ob die Preisniveaustabilität ein selbstgestecktes Ziel eines autonomen Gremiums ist – das eingehalten werden kann oder auch nicht - oder ob es ein gesetzlicher Auftrag ist mit Zwang zur Einhaltung. Im letzteren Fall müßten die Einkommensverluste und Vermögensübertragungen pro Jahr und pro Prozent Inflation für die verschiedenen Bereiche aufgelistet werden. Die Anklage müßte auf Vorschub für eine ungesetzliche Ent- und Bereicherung lauten. Ein Staatsanwalt, der sich nicht auf die Anzeige einlassen will, müßte mit rechtlichen Mitteln dazu gezwungen werden. Wenn ein solches Verfahren auch kein direkter Erfolg würde, wäre der Erfolg der Medienaufmerksamkeit aber gewiß. Wenn es zu einer gerichtlichen Auseinandersetzung kommen würde, müßte der EZB-Vorstand erklären, warum er eine Inflationsrate von Null nicht durchsetzen kann. Ein solches Verfahren würde genügend Gelegenheiten bieten, freiwirtschaftliche Erkenntnisse in die öffentliche Ökonomiediskussion einzubringen. Die ganze Angelegenheit wäre für die freiwirtschaftlichen Gruppen ein Projekt, das sie meistern könnten, wenn sie denn wollen.

Von der Durchsetzung neuer Ideen

Aus:

BÜCHER

Revolution – nun auch in der Biologie / Über das „Fühlen“ als grundlegende Eigenschaft alles Lebendigen / Von Dieter Dieterich
in: „Das Gespräch aus der Ferne“ Heft Nr. 385, Sommer 2008 / www.gadf.de

Andreas Weber: Alles fühlt. Mensch, Natur und die Revolution der Lebenswissenschaften.

... Wie schwierig es ist und wie lange es dauert, bis grundlegende neue Erkenntnisse zu tragenden Schlussfolgerungen in den Köpfen der Wissenschaftler und schliesslich auch in Institutionen und Richtlinien finden, dafür ist wissenschaftsgeschichtlich die Quantentheorie ein beredtes Beispiel. Es war der sachlich nüchterne Max Planck, der im Rückblick auf die Geschichte der Physik und ihrer weitreichenden Ideen ernüchtert und resigniert feststellte, dass noch so gut begründete neue Einsichten und daraus folgende Theorien sich nicht durchsetzten, weil ihre Gegner überzeugt werden, sondern dadurch, dass diese Gegner altern und sterben und die jungen Wissenschaftler von Anbeginn mit den neuen Einsichten vertraut werden. Warum ist das so?

Überzeugungen, auch falsche und überholte, sind nicht frei flotierende und überschreibbare „Software“, sie sind im Gehirn verankert in neuronalen Verschaltungen von zumindest einer gewissen Stabilität, die nur durch (uns noch zu wenig bekannte) starke - und das heißt wohl: gefühlsbeladene - Impulse neu strukturiert werden können. In diesem Zusammenhang ist aufschlussreich und überaus dankenswert, dass Andreas Weber gar nicht den wissenschaftsüblichen Versuch macht, sein Thema (das fühlende Subjektsein alles Lebendigen) distanziert und gleichsam von Hoher Warte aus gedanklich zu entwickeln und an die Einsicht für sein vernünftiges Argumentieren zu appellieren. Vielmehr weist er mit biographisch erzählerischen Mitteln - die in der strengen Wissenschaft immer noch verpönt sind - auf, wie er selbst zum fühlenden und mitfühlenden Menschen wurde und dadurch den Zugang zum Thema seines Buchs gefunden hat. ... (S. 40)

-TA-